Zerstörung Königsbergs vor 75 Jahren S. 10

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro

Nr. 34 – 23. August 2019 | UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND | ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Steht eine »Putin-Dämmerung« bevor?
Die Mittelschicht in Russland begehrt auf 2

Deutschland

Vertreibungsgebiete gibt es nicht mehr
Folklore Festival beugt sich dem Wandel des Zeitgeistes 3

Hintergrund

Waffen für islamische Staaten
Deutsche Rüstungsexporte zurückgegangen 4

Preußen / Berlin

Zukunft für den ländlichen Raum
Willkommene Gentrifizierung in Brandenburg 5

Ausland

Es droht eine Eskalation
Hongkong schlittert immer tiefer in die Krise 6

Kultur

Spendabler Ehrenbürger
Augsburg ehrt Maximilian I. mit einer Ausstellung 9

Geschichte

Als die Briten kamen
Königsbergs Bombardierung vor 75 Jahren 10

4 191814 302902 34

Sie rüttelten mit ihrer Kandidatur ihre Genossen wach: SPD-Politiker Ralf Stegner und Gesine Schwan Bild: Imago images/Rainer Unkel

Führungsprobleme

SPD und CDU plagen Sorgen mit ihrem Spitzenpersonal

Je kleiner die verbliebenen ehemaligen Volksparteien werden, umso schwerer, scheint es, sind sie zu lenken. Das liegt entweder an den Parteien selbst oder an ihrem Spitzenpersonal.

Letzteres ließ die SPD vermuten, die sich vor Kurzem noch in einer Lage befand, die in keinem Handbuch für Parteienwesen beschrieben wird: Der Sessel der Nummer eins wird vakant, und niemand findet sich, der darauf Anspruch erhebt. Das gab es noch nie. Denn jede Partei setzt in ihrer Konstruktion stillschweigend den Ehrgeiz der Tüchtigen voraus, so, wie es jeder Verband tut oder auch die Wirtschaft. Will niemand, dann ist etwas gründlich schiefgelaufen.

Doch immerhin hat diese sonderbare Gegebenheit eines ins Bewusstsein gerückt, was schon lange klar war: Mit der Überzeugungskraft, dem Umfang und dem Einfluss ist auch das Spitzenpersonal der einstigen Volksparteien geschwunden. Formate wie vor 30 Jahren sucht man heute vergebens.

Immerhin ist es der SPD gelungen, in der Personalfrage eine Wende herbeizuführen, wenn auch durch einen denkbar brutalen Vorgang. Die Vorstellung, dass Gesine Schwan und Ralf Stegner die Genossen anführen könnten, hat diese, soweit sie wenigstens im 20., wenn auch nicht im 21. Jahrhundert angekommen sind, erbleichen lassen. So ist das Gegenteil der Verweigerung eingetreten, und Aspiranten aller Schattierungen und jeglichen Herkommens drängen sich zur Wahl. Doch auch diese Wende hat kein Spitzenpersonal hervorgebracht; der Einzige, der sich so verstehen dürfte, ohne lächerlich zu wirken, ist Olaf Scholz.

> Besser gar keinen oder einen schlechten Bundesvorsitzenden?

Im Gegensatz zur SPD hat die CDU mit Annegret Kramp-Karrenbauer bereits einen Bundesvorsitzenden, aber was für einen. Sein Kaliber zeigt sich im Umgang mit dem Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz vom August 2012 bis zu dessen Versetzung in den einstweiligen Ruhestand im November 2018, Hans-Georg Maaßen. Kramp-Karrenbauer ließ den Verdacht unwidersprochen, sie wolle den verdienten, hochangesehenen und erfolgreichen Mann aus der Partei werfen. Er habe mit ihr nichts mehr gemein, so sinngemäß.

Nun steht es außer Frage, dass Maaßen in allen Dingen das darstellt, was in der Vor-Merkel-Ära Kern und Mitte der CDU war, damals, als sie sich noch um die 40 Prozent bewegte. Alle Hoffnungen, Kramp-Karrenbauer würde ihrer Partei nach Angela Merkel eine Periode der Besinnung und Erholung, der Selbstfindung gönnen, sind verflogen. Was einst ihr Kern war, gilt heute als „rechter Rand“. Die heutige Mitte der CDU bewegt sich auf abschüssiger Ebene, auf ideologisch verbrannter Erde, welche die SPD auf ihrem Marsch nach links hinterlassen hat.

Allein die Grünen erhoben sich zu einem Steilflug. Doch sie versäumen es, sich bei Angela Merkel dafür zu bedanken.

Florian Stumfall

HARALD TEWS:

Selbstbetrug

Bis zu 860 Passagiere passen in einen Airbus A380. Man stelle sich vor, jeder würde vom schlechten Gewissen gepackt und aus Rücksicht auf das Klima mit einem Segelboot den Atlantik überqueren. Also 860 Schiffe, jedes mit eigenem Kapitän, eigener Crew und eigenem Proviant an Bord. Was wäre das für ein logistischer Aufwand! Derzeit gönnt sich eine junge Klimaaktivistin aus Schweden diesen Luxus, weil sie zum UN-Klimagipfel nach New York nicht mit dem Flugzeug reisen wollte. Fliegen sei ja klimaschädlich, so das Argument.

Die unsägliche PR-Aktion der Greta Thunberg wäre es umso mehr. Ein Tross von Begleitern fliegt der Schwedin hinterher. Selbst der Hamburger Kapitän der Jacht wird per Flugzeug die Rückreise antreten. Damit man sich diese umweltschädliche Werbekampagne gegen Treibhausgase schönredet, will man diese Aktivitäten pekuniär ausgleichen. Zur CO_2-Kompensation spendete man Geld an Umweltorganisationen, um so das Gewissen zu beruhigen.

Heißt also zukünftig: Wir können uns den größten Ökoschwachsinn erlauben, weil wir ja eine Klimaabgabe leisten. Kein Scherz, junge Menschen der Fridays-for-Future-Bewegung denken heute so. Es ist ein einziger Selbstbetrug, der durch Thunbergs Aktion nur noch mehr befördert wird.

Würden die 860 A380-Passiegiere sie zum Vorbild nehmen, wäre das Klima der Greta-Ideologie nach nicht mehr zu retten. Allein der Bau solcher teuren Karbonfasern-Jachten, mit der auch Thunberg reist, ist alles andere als „nachhaltig“. Statt Energie für den Bau solcher Werbeboote zu vergeuden, sollte man Energie aufbringen, vernünftig zu denken.

AfD könnte bei Brandenburgwahl stärkste Kraft werden

Erwartet werden für die SPD 18, Grüne und CDU jeweils 17, die Linke 15, die FDP 5,5 und die Freien Wähler 3,5 Prozent

Landtagswahlen in Brandenburg waren stets eine klare Sache. Die SPD stellt den Ministerpräsidenten, das war quasi Gesetz. Nun könnte sich die Ausgangslage verändern. Kurz vor der Wahl am 1. September hat die Alternative für Deutschland beste Chancen, stärkste Partei zu werden. Der SPD droht dagegen ein Absturz auf 18 Prozent, die Grünen und die CDU kommen wohl auf jeweils 17 Prozent. Die Linke, die seit 2009 mit der SPD in Brandenburg in einem rot-roten Bündnis regiert, erreicht vermutlich knapp 15 Prozent. Die FDP wird mit 5,5 Prozent nach fünf Jahren ohne Mandat wohl wieder den Einzug in den Landtag schaffen. Selbst der Einzug der Freien Wähler ist mit derzeit geschätzten rund 3,5 Prozent nicht völlig ausgeschlossen.

Der amtierende Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) muss um seinen Posten bangen, kann aber eventuell seine rot-rote Regierung unter Einbeziehung der Grünen fortsetzen. Vom bundesweiten Höhenflug beflügelt, winkt der Ökopartei ein Rekordergebnis im Osten der Republik. Schon wird spekuliert, die aus Brandenburg stammende Bundesvorsitzende Annalena Baerbock könnte den Regierungssessel in Potsdam erklimmen.

Es gebe in Mitteldeutschland in Teilen der Bevölkerung eine „ungute Grundstimmung“, formulierte

Bild: Imago images/Martin Müller

Kräftemessen der Parteien: Brandenburg vor der Wahl

kürzlich Brandenburgs früherer Ministerpräsident Matthias Platzeck, der die Kommission 30 Jahre Deutsche Einheit leitet. Von den herkömmlichen Parteien und ihrer Auseinandersetzung hätten sie sich abgewendet. Damit spielt Platzeck auf das voraussichtlich starke Abschneiden der AfD an. Deren Spitzenkandidat Andreas Kalbitz geht davon aus, „dass die AfD noch besser abschneiden wird als vorhergesagt“.

Woidke befürchtet, dass die AfD die Landtagswahl am 1. September gewinnt. Man könne sehen, „dass es kein Schreckgespenst ist, das wir an die Wand malen, sondern ein AfD-Sieg bittere Realität werden kann“, warnte Woidke in einer E-Mail an die rund 6500 SPD-Mitglieder im Land. Ein Großspender hat den strauchelnden Sozialdemokraten nun eine Broschüre finanziert, die in den letzten Tagen vor der Wahl an alle Haushalte verschickt wird und über die angeblichen Gefahren durch die AfD aufklären soll.

Keine guten Aussichten bestehen für die CDU. Ihre Hoffnung, sie könne in einer Großen Koalition den Regierungschef stellen, dürfte illusorisch sein. Selbst ein Jamaika-Bündnis mit den Grünen und der FDP dürfte keine Mehrheit haben. Ein Bündnis mit der AfD haben die Christdemokraten ausgeschlossen, auch wenn dies parteiintern nicht unumstritten ist.

Kalbitz rechnet für die Zukunft mit einem offeneren Umgang der CDU mit seiner Partei. „Ich bin zuversichtlich: Der Ton der CDU wird sich ändern.“ *Peter Entinger*

MELDUNGEN

Neandertaler in Schlesien

Breslau – Archäologen der Universität Breslau haben in Oberschlesien eine über einen längeren Zeitraum genutzte Steinwerkstatt der Neandertaler entdeckt. Bei den in Klein-Peterwitz bei Ratibor, heute einem Ortsteil von Kranowitz, gemachten etwa 60 000 Jahre alten Funden handelt es sich um die bisher einzige derartige Feuerstein-Bearbeitungsstelle in Mitteleuropa außerhalb von Höhlen. Erstmals konnten hier komplette Werkzeugherstellungsprozesse von der Flintknolle bis zum fertigen Gerät rekonstruiert werden, die demnach zur Gänze vor Ort erfolgten. Neben den etwa 17 000 Steingeräten und -abschlägen hat man auch Knochen von Mammuten, Wollnashörnern und Pferden gefunden, die offenbar mit den lokal hergestellten Werkzeugen zerlegt wurden. Allerdings dienten die Geräte nicht nur dem Ad-hoc-Gebrauch, sondern wurden zu großen Teilen durch ihre Hersteller vom Entstehungsort mitgenommen. Bisher waren Fundkomplexe dieser Art nur aus jüngerer Zeit und vom Anatomisch-Modernen Menschen bekannt. *T.W.W.*

Kein Veto gegen Waffen-Uran

Gronau – Das britisch-niederländisch-deutsche Urananreicherungsunternehmen Urenco, das rund ein Drittel der weltweiten Aktivitäten in diesem Bereich der Atomwirtschaft kontrolliert, erhöht den Anreicherungsgrad für Uran 235 in seiner Anlage in Neu-Mexiko von fünf auf 19,75 Prozent. Offiziell wird eine Waffennutzungsfähigkeit erst ab einem Anreicherungsgrad von 20 Prozent erreicht, sodass mit dem neuen „HALEU“ (High Assay Low-Enriched Uranium) die internationalen Kontrollschwellen genau unterlaufen werden. Laut Urenco ist der Stoff „für zivile, friedliche Anwendungen in bestehenden und neuen Kraftwerken sowie für Forschungs-, Test- und Medizinische-Isotopen-Einrichtungen“ vorgesehen. Das US-Verteidigungsministerium hat als bisher einzige bekannte Einrichtung Interesse an einem Erwerb des neuen Stoffes angemeldet. Die Bundesregierung als Teil-Aufsichtsbehörde äußerte keine Einwände gegen das Vorhaben, bei dem vermutlich in Jülich entwickelte Zentrifugen zum Einsatz kommen dürften – sowie möglicherweise in Gronau angereichertes Uran. *T.W.W.*

Minsk setzt auf die EU

Minsk – In den vergangenen vier Jahren hat sich die Beziehung zwischen der EU und Weißrussland deutlich verbessert, was auch an der erleichterten Kreditvergabe der Europäischen Investitionsbank an das Land zum Ausdruck kommt. Ebenso floriert der Warenumsatz und die EU unterstützt eine Aufnahme Weißrusslands in die Welthandelsorganisation WTO. Es laufen Vorbereitungen über eine Vereinbarung zur erleichterten Vergabe von Schengen-Visa an Weißrussen. Nach dem Besuch von Federica Mogherini, EU-Beauftragte für Außen- und Sicherheitspolitik in Minsk, hofft der weißrussische Premierminister Sergej Rumas, dass die EU-Sanktionen gegen sein Land wegfallen könnten. Aus EU-Sicht müssten dafür aber noch weitere Reformen seitens der weißrussischen Regierung zur Demokratisierung des Landes erfolgen sowie ein Verbot der Todesstrafe. *MRK*

Steht eine »Putin-Dämmerung« bevor?

Vernetzt in der Breite – Der Aufstand der Mittelschicht in Russland bekommt eine neue Qualität

Woche für Woche gehen in Moskau Zehntausende Menschen auf die Straße, um gegen die Beschneidung ihrer Rechte zu protestieren. Die Regierung macht jedoch weiter wie bisher, und Präsident Putin setzt auf sein bewährtes Image der Stärke.

„Dopuskaj“ (Zulassen) und „Otpuskaj“ (Freilassen) lauten die Forderungen auf den Transparenten der Demonstranten. Schriftsteller, Komiker und Oppositionspolitiker schließen sich den Protesten an. „Wir wollen, dass unsere Rechte beachtet werden! Wir kommen wieder! Wir werden solange auf die Straße gehen, wie nötig ist, bis die Verfassung befolgt wird. Russland wird frei sein!“, drohte die für die Wahl zum Stadtparlament nicht zugelassene Kandidatin Jelena Rusakowa.

Die Proteste beschäftigen mittlerweile sowohl die russische Presse als auch Wissenschaftler in Diskussionsrunden. Und das zu einer Zeit, in die das 20. Jubiläum von Wladimir Putin an der Macht fällt. Am 9. August 1999 rückte Putin in die erste Reihe der russischen Politik auf. Sein Vorgänger Boris Jelzin machte ihn zunächst zum Ministerpräsidenten, und nur fünf Monate später wurde Putin Russlands Präsident. Seine Popularität steht in engem Zusammenhang mit der Beseitigung des Chaos' der Jelzin-Ära und der Wiederherstellung des russischen Nationalstolzes. 2014, nach dem von vielen Russen als historischen Moment empfundenen Krim-Anschluss, hatten Putins Zustimmungswerte ihr Allzeithoch erreicht.

Doch das Image des starken Präsidenten hat Risse bekommen. Ein neuer sogenannter Krim-Faktor, der seine Umfragewerte aus dem Tal herausholen könnte, ist innenwie außenpolitisch nicht in Sicht. Dagegen häufen sich die Misserfolge: Die Sanktionen des Westens wirken sich aus, immer wieder kommt es zu folgenschweren Pannen wie die Explosion der „Wunderwaffe“ auf dem Militärgelände von Njonoska, bei dem Radioaktivität freigesetzt wurde. Kurz davor ereignete sich eine Explosion auf einem Munitionslager in Krasnodar, die im Radius von 20 Kilometern zur Evakuierung der Bevölkerung führte. Daneben wüten seit Wochen Waldbrände in Sibirien. Bei all diesen Katastrophen erwies sich die Staatsmacht als hilf- und machtlos.

Es sind Stagnation, Behördenwillkür und die Korruption der Eliten, welche die Menschen auf die Straße treiben. Die Proteste haben laut Beobachtern eine andere Qualität bekommen gegenüber den Massenprotesten von 2011/2012. Die Demonstranten fordern Respekt gegenüber den Bürgern und ihre demokratischen Rechte ein. Es gehen Menschen auf die Straße, die keiner politischen Partei angehören, deren einzige Verbindung über das Internet läuft. Sie haben eine gehobene Protestkultur entwickelt: ohne Provokationen, Ausschreitungen oder revolutionäre Barrikaden. Und sie entwickeln neue Strategien. Werden sie von der Polizei aus einem Teil der Stadt vertrieben, versammeln sie sich blitzschnell anderswo, oder sie organisieren ihre Demonstrationszüge gleich von verschiedenen Richtungen aus. Neu ist, dass die Bewegung ohne Führer auskommt. Sie organisiert sich selbst über die sozialen Netzwerke. Deshalb bleibt auch die Eliminierung der Führer – wie die wiederkehrenden Verhaftungen Alexej Nawalnijs oder zuletzt die von Ljubow Sobol – wirkungslos. In den vergangenen drei, vier Monaten zeigte sich in Mos-kau eine bislang verborgen gebliebene Mittelschicht in der Öffentlichkeit, auf deren Forderungen die Regierung keine angemessene Antwort findet. Ihre Plattform sind die sozialen Netzwerke, die der Propaganda der regierungstreuen TV-Sender eigene Sichtweisen entgegensetzt.

> Einschüchterung seitens der Regierung bleibt wirkungslos

Mit so viel Gegenwehr wegen einer als unbedeutend geltenden Stadtparlamentswahl hat Putins Elite offenbar nicht gerechnet. Wohl auch nicht mit dem Mut, den die Demonstranten beweisen. Sie zeigen weder Angst vor dem harten Vorgehen der Polizei noch vor Gefängnisstrafen.

Angesichts der angeheizten Stimmung und des Muts der Demonstranten öffnet sich auch die Presse gegenüber Themen, die bislang nicht, nur in langweiligen, regierungstreuen Texten oderallenfalls am Rande behandelt wurden. Journalisten scheuen sich nicht, mit Namen und Foto ihre kritischen Analysen zu veröffentlichen. Politologen und Wissenschaftler diskutieren öffentlich darüber, dass die Regierung eine gemeinsame Sprache mit den Unzufriedenen finden sollte, und Fragen nach einer „Putin-Dämmerung“ werden laut wie auch die Tatsache, dass Putin nicht ewig regieren können wird.

Solange der Lebensstandard in einem Land zufriedenstellend ist, mag sich die Bevölkerung mit nicht gewährten Bürgerrechten noch arrangieren. Kann die Regierung ihre Versprechen aber nicht mehr halten, regt sich Widerstand. Genau das passiert gerade in Russland. Allgemein kritisiert wird die Härte, mit der Russlands Mächtige auf die Proteste der Jugend reagieren. Stagnation, Verkrustung und Ultrakonservatismus führten nur dazu, dass die Jugend sich vom System abwende. Erhöhe sich der Druck im Kessel, könne dies zur Explosion führen. Auch, dass die Sicherheitskräfte maskiert sind, stößt auf Widerstand. Bereits 1000 Bürger haben eine Petition unterschrieben, in der sie fordern, dass Polizisten Namensschilder tragen.

Putin selbst steht in der Kritik, weil er sich, während 50 000 Menschen in Moskau protestierten, bei einem Biker-Festival in Sewastopol auf der Krim aufhielt. Dort mimte er auf einem Motorrad in Begleitung von Alt-Rockern den starken Mann.

Zwar ist die Zahl von 50 000 Demonstranten im Verhältnis zur Moskauer Gesamtbevölkerung von zirka zwölf Millionen gering, doch sehen Politologen in den Protesten eine Gefahr für die Kremlelite. Es gehe um eine Systemänderung, da den Oppositionellen nichts an materiellen Dingen liege, sondern sie die Freiheit fordern. .Kremlsprecher Dmitrij Peskow ließ bezüglich Putins Schweigen zu den Protesten verlauten, der Präsident verfolge die Ereignisse sehr wohl, müsse sich aber um eine Vielzahl von Problemen kümmern, sodass er nicht zu jedem Einzelnen seine Meinung sagen könne.

Manuela Rosenthal-Kappi

Statt einen Dialog mit den Unzufriedenen im Land zu suchen, setzt der Präsident weiter auf die Symbolik der Stärke: Wladimir Putin beim Besuch des Motorradclubs „Nachtwölfe“ in Sewastopol auf der Krim

Foto: pa

Christen zwischen Hoffnung und Verzweiflung

Während Präsident Erdogan in Istanbul den Grundstein für eine neue Kirche legte, brannten Kirchen im Südosten

In Istanbul hat Präsident Tayyip Erdogan den ersten aramäischen Kirchenneubau seit 1923 genehmigt. Gleichzeitig fielen im Tur Abdin, dem Hauptsiedlungsgebiet syrischer Christen im Südosten der Türkei, viele Grundstücke den Flammen zum Opfer.

Präsident Erdogan legte Anfang August in Istanbul persönlich den Grundstein zum ersten Neubau eines syrisch-orthodoxen Gotteshauses seit Ausrufung der türkischen laizistischen Republik. Der syrisch-orthodoxe Bischof Yusuf Cetin von Konstantinopel sprach von einem historischen Tag. Der Bau soll im Stadtteil Bakirkoy im europäischen Teil der Stadt entstehen, wo es bisher keine Kirche gibt. In Bakirkoy hatten sich besonders viele syrische Flüchtlinge niedergelassen. Von den etwa 3,6 Millionen syrischen Flüchtlingen in der Türkei leben mehr als ein halbe Million in Istanbul. 17 000 von ihnen sind syrisch-orthodoxe Christen.

Das Grundstück, auf dem die Kirche gebaut werden soll, gehörte nicht der syrisch-orthodoxen, sondern der katholischen Kirche. Der Grundsteinlegung ging ein Rechtsstreit der beiden Kirchen voraus, der, vermittelt über den ökumenischen Patriarchen Bartholomäus I. und Papst Franziskus, gütlich geregelt wurde. Die Türkei ist seit Ausrufung der Republik 1923 durch den Atheisten Kemal Atatürk ein säkularer Staat, in dem jeder Bürger ein Recht auf freie Religionsausübung hat.

Andererseits haben nach dem Friedensvertrag von Lausanne nur Juden und orthodoxe, katholische und armenische Christen einen offiziell gesicherten Rechtsstatus. Die Christen, die 1914 noch fast 30 Prozent der osmanischen Bevölkerung ausmachten, stellen heute nur noch 0,1 Prozent der türkischen Bevölkerung, nimmt man die Hundertausenden von Kryptochristen aus.

Unter den laizistischen Regierungen unter Atatürk und seinen kemalistischen Nachfolgern wurden die Rechte der Christen immer mehr beschnitten, und die letzten Hunderttausenden griechischen Christen wurden in den 1960er Jahren vertrieben. 1971 wurde die einzige Ausbildungsstätte für griechisch-orthodoxe Priester des Ökumenischen Patriarchats auf der Insel Chalki geschlossen. Bis heute wurde sie trotz internationalen Drucks nicht wiedereröffnet.

Es waren die islamischen AKP-Regierungen unter Erdogan seit 2002, die die Minderheitenrechte der Religionsgemeinschaften stärkten und christliche Abgeordnete wieder ins türkische Parlament brachten. Jüdische und christliche Gemeinden erhielten in den vergangenen Jahren Teile ihrer konfiszierten Immobilien im Wert von rund zwei Milliarden Euro zurück, die unter den Vorgängerregierungen beschlagnahmt worden waren.

> Brandstiftung, um Rückkehrer aus der EU fernzuhalten?

Dennoch verstärkten sich unter Erdogans radikalislamischen Ausfällen, mit denen er die einheimischen Christen für die Politik des Westens mitverantwortlich machte, die verbalen Angriffe und Drohungen gegen die letzten einheimischen Christen. Allerdings braucht der Präsident nach der Wahlniederlage bei der neu anberaumten Bürgermeisterwahl in Istanbul und dem Konflikt mit den USA um die Stationierung russischer Raketen sowie nach dem EU-Konflikt um die Schürfrechte vor Zypern außenpolitische Erfolge. Der Bau einer christlichen Kirche könnte ein erstes Zeichen der Öffnung sein.

Nachdem Erdogan jahrelang erfolglos versucht hatte, das größte Kloster in der Türkei, Mor Gabriel im Tur Abdin im Südosten des Landes, zu enteignen, nehmen Brandstifter ihm scheinbar die Arbeit ab. Tagelang brannte es in den Gebieten um die beiden Klöster Mor Gabriel bei Midyat und Deir Ul Zafaran bei Mardin, in denen die letzten Christen der Türkei relativ kompakt leben. Die Feuerwehr löschte nicht, obwohl große Ländereien und Häuser bedroht waren.

Bei den bedrohten Häusern handelt es sich um solche von aus Zentraleuropa zurückgekehrten aramäischen Christen, die nach jahrelangen Streitigkeiten die Besitztitel ihrer Häuser zurückerhielten und dort moderne Häuser gebaut haben. Diese Gebiete liegen südlich von Midyat Richtung syrischer Grenze bis Nusaybin, dem einstigen Nissibis, im Südosten der Türkei. Der Name Tur Abdin bedeutet so viel wie „Berg des Knechtes Gottes“. Das dort liegende Kloster Mor Gabriel, in dem sich auch ein Bischofssitz befindet, ist neben den koptischen Klöstern Ägyptens eines der ältesten Klöster der Christenheit, es stammt aus dem vierten Jahrhundert und wurde durchgehend fast 1700 Jahre lang von syrischen Mönchen bewohnt.

Nach Angaben der Behörden sind mittlerweile 200 Hektar Land verbrannt. Auch ein christlicher Friedhof stand in Flammen. Für die Menschen in der Region steht damit nicht nur die Ernte auf dem Spiel, sondern sie sehen auch ihre Kirchen, Klöster und Häuser, die oft in unmittelbarer Nachbarschaft zum Bürgerkriegsland Syrien liegen, bedroht.

Immer mehr Menschen glauben, dass die Feuer absichtlich gelegt wurden. Im Sommer besuchen viele aramäische Heimwehtouristen aus Zentraleuropa ihre Heimatorte. Viele Analysten verstehen die Brände als Angriff auf diese rückkehrwilligen Christen. Sie vermuten eine Taktik dahinter, damit nicht mehr Christen in die vor einigen Jahren bereits fast komplett von Christen entleerte Region zurückkehren. Ohne das alte biblische Rückzugsgebiet im Tur Abdin haben auch die Christen in Istanbul keine Zukunft, dann ist der Kirchneubau dort, sollte er je fertig werden, nur Augenwischerei.

Bodo Bost

Vertreibungsgebiete gibt es nicht mehr

Das Neustädter Folklore Festival beugt sich dem Wandel des Zeitgeistes

Das kleine, verschlafen-idyllisch wirkende Städtchen Neustadt in Holstein erwacht alle drei Jahre zu einem großen Sommerfest der Völkerfreundschaft mit bunt verkleideten Menschen aus der ganzen Welt. Seit über 60 Jahren veranstalten Neustadts Bürger das „europäische folklore festival“ auf ihrem großen Marktplatz inmitten der Ostseestadt. Zehn Tage wird dort rituell getanzt, gesungen und geschunkelt, fast jeder darf mitmachen.

Als Zeichen der Weltoffenheit von muslimischen Kindern und Jugendlichen angeführt: Trachtengruppen in Neustadt Bild: T. Gehrke

Die erstmals 1951 durchgeführte Trachtenwoche fußt auf den bitteren Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs, der die kleine Stadt am Meer in den letzten Kriegswochen heimsuchte. Wenige Stunden vor Kriegsende versenkten britische Kampfbomber vor Neustadt auf der Ostsee zwei große deutsche Passagierdampfer und verursachten so den Tod von über 7000 Menschen. Ihre sterblichen Überreste wurden noch Jahre später an die Strände der Lübecker Bucht gespült.

Unzählige Flüchtlinge und Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten landeten zudem an der Schleswig-Holsteinischen Ostseeküste an und fanden dort eine neue Heimat. Sie bildeten die Keimzelle der Trachtenwoche, um ihr schlesisches, sudetendeutsches, ostpreußisches und pommersches Brauchtum zu pflegen und zu überliefern. Volksgruppen also, die in Lied und Wort, Musik und Tanz, Menschen und Charakter ihre Heimat und Landschaft darstellten, um ihre Kultur, Identität und Tradition zu bewahren und den Frieden zu feiern.

Bei den Treffen der Gruppen untereinander sollten keine künstlerischen Leistungen erzielt werden, sondern Laienspieler oder Volkstänzer sollten ihr Heimatland und dessen Menschen in echter, schlichter und ausdrucksvoller Form sprechen lassen.

Schnell weitete sich der Teilnehmerkreis weltumspannend aus. Alle 400 Gäste der 14 Gruppen werden auch heute noch privat bei Neustädter Familien untergebracht, das Festival selbst wird von über 100 ehrenamtlichen Bürgern organisiert. So wurden und werden Freundschaften geschlossen, die teilweise schon über drei Generationen hinweg Bestand haben.

Vor 50 Jahren erhielt die Ostseestadt daher für ihre Bemühungen vom Europarat die Europafahne verliehen und darf sich somit Europastadt nennen. Obwohl alles unter dem Europabanner steht, sind heute längst Tänzer aus Brasilien, Chile, Korea oder der Mongolei dabei.

Im Jahr 2004 wurde dann durch das das Kuratorium der Trachtenwoche, ein Zusammenschluss der Fraktionsvorsitzenden der Neustädter Politik, die Umbenennung in „europäisches folklore festival“ beschlossen, um jünger und moderner zu erscheinen, denn das dünkelhafte Wort „Tracht“ verbanden die heutigen Macher immer weniger mit dem eigentlichen Auftrag des Festivals, Frieden in Europa zu stiften. Die Fraktionsvorsitzenden befanden auch auf dem Höhepunkt der Immigrationskrise vor drei Jahren, das Erscheinungsbild der deutschen Trachtengruppen an den Zeitgeist der deutschen Willkommenskultur anzupassen.

Seither werden die Deutschen Tänzer beim Festumzug von muslimischen Kindern und Jugendlichen angeführt, als Zeichen von Weltoffenheit, Toleranz und Vielseitigkeit, schwärmt Barbara Helbach von der Festivalleitung im Neustädter Rathaus im Interview. Die Flüchtlingskinder aus Syrien freuen sich sehr über ihre neue Aufgabe, ein Teil des Festivals zu sein. Als politischer Standpunkt sei das aber keinesfalls zu verstehen, schließlich gebe es bis jetzt noch keine Beschwerden, versichert sie.

Allen Beteiligten merkt man schnell im Gespräch ihre Leidenschaft für die Veranstaltung an. Alles Handeln diene nur der guten Sache der Toleranz, Vielseitigkeit und Völkerverständigung, freut sich die Vorsitzende des Kuratoriums.

Auch werden nur authentische Folkloregruppen, also beispielsweise nicht eine türkische Gemeinde aus Deutschland, sondern eine moderne Tanzgruppe direkt aus Istanbul, also aus bestehenden Ländern, eingeladen. „Das kulturelle Erbe des deutschen Ostens, die einstigen Initiatoren des Festivals, ist heute nicht mehr dabei, denn Pommern, Ostpreußen und Schlesien bestünden ja nicht mehr, zudem haben wir mehr Länderbewerbungen als wir Zusagen erteilen können und müssen genau abwägen, wen wir haben wollen,“ erklärte Barbara Helbach.

Die Revolution frisst ihre eigenen Kinder. Übrigens: Russland als größter europäischer Nachbar war seit der Krim-Krise auch nicht mehr zu Gast. *Thilo Gehrke*

MELDUNGEN

Bieterschlacht um Osram

München – Um die Übernahme der deutschen Traditionsfirma Osram ist ein Wettbewerb von Bietern entbrannt. Bereits von der Finanzaufsicht genehmigt wurde eine Offerte der US-Finanzinvestoren Bain Capital und Carlyle, die am 5. September ausläuft. An einer Übernahme des Beleuchtungsherstellers Osram ist zudem der Halbleiterhersteller AMS interessiert. Das Unternehmen aus der Steiermark beliefert unter anderem den US-Technologiekonzern Apple. AMS-Konzernchef Alexander Everke kündigte die Absicht an, zusammen mit Osram einen weltweit führenden Anbieter von Sensorlösungen und Photonik, einer Technik der Informationsverarbeitung, die auf der Wechselwirkung von Lichtsignalen beruht, schaffen zu wollen. *N.H.*

Aktueller Unfallatlas

Wiesbaden – Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder haben den aktualisierten Unfallatlas 2018 herausgegeben. Eine digitale Karte zeigt an, wo und wie viele Unfälle mit Personenschaden passiert sind. Angezeigt werden bislang nur 13 Bundesländer; Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und Thüringen sollen bei der nächsten Aktualisierung im Sommer 2020 folgen. Erstmals wurden in dieser Ausgabe Ergebnisse der Hauptstadt Berlin berücksichtigt und Karten zu Unfällen von Güterkraftfahrzeugen wie zum Beispiel Lastkraftwagen angezeigt. Genutzt werden kann der Unfallatlas im Internet unter https://unfallatlas.statistikportal.de. Hamburg, Berlin, Hannover, Stuttgart, Nürnberg und München verzeichnen darin Straßenabschnitte, die eine besonders hohe Unfallhäufigkeit aufweisen. *CRS*

Einstiger Tennisprofi im Aus

Saarbrücker Fraktion »Die Linke« verliert Claudia Kohde-Kilsch

Die bei der letzten Kommunalwahl geschrumpfte Fraktion der Linken im Saarbrücker Stadtrat hat ihre langjährige Fraktionschefin Claudia Kohde-Kilsch verloren. Der 55-jährige ehemalige Tennisprofi hat seinen Austritt aus der Fraktion erklärt. Auf ihrer Facebook-Seite schreibt die gebürtige Saarbrückerin von zwischenmenschlichen Gründen und einem offenbar schwierigen Umgang innerhalb der Partei, Probleme, an denen sie sich nun nicht länger abarbeiten wolle. Im Vorfeld der geplanten Neuwahl des Fraktionsvorstands war parteiintern bekannt geworden, dass ihre Wiederwahl zur Fraktionschefin nicht mehr als sicher galt.

Will sich nicht an den Problemen der Saarbrücker Fraktion „Die Linke“ abarbeiten: Claudia Kohde-Kilsch

Bild: Superbass / CC-BY-SA-3.0 (via Wikimedia Commons)

In den 1980er Jahren war Kohde-Kilsch eine der bekanntesten saarländischen Sportlerinnen und eine der großen Stars im Tennis, in der Weltrangliste war sie unter den ersten zehn. 1987 gewann sie mit Helena Sukova in Wimbledon im Doppel. Allerdings stand sie dabei immer etwas im Schatten von Steffi Graf. Die einst von ihrem Stiefvater und Förderer angelegten Millionen aus dem Tennisgeschäft waren bald weg, 2009 meldete Kohde-Kilsch Privatinsolvenz an und verklagte ihren Stiefvater.

Seit 2017 ist Kohde-Kilsch als Bundestrainerin des Deutschen Tennis Bundes (DTB) zuständig für die Talentsichtung und -förderung in den mitteldeutschen Landesverbänden.

Politisch wurde aus der ehemaligen Tennis-Weltklasse-Spielerin eine der letzten Hoffnungen der Linkspartei. Wegen Oskar Lafontaine wollte die einstige Tennismillionärin als Quereinsteigerin für die sozial Schwachen kämpfen: Das habe sie im Sport gelernt, sagte sie damals. Geglaubt hat es ihr jedoch kaum jemand. Denn nachdem sie für Lafontaine Wahlkampf gemacht hatte, schlug der sie 2012 persönlich für das Amt der Parteisprecherin der Linken im saarländischen Landtag vor. Mit Wirkung zum 1. Mai jenes Jahres berief die Landtagsfraktion Kohde-Kilsch zur Pressesprecherin.

Mit dem Machtverlust von Lafontaine sank auch ihr Stern bei den Linken. Trotz persönlicher Intervention Lafontaines wurde sie für die Bundestagliste 2013 nicht auf einem sicheren Platz nominiert. Der Fraktionsvorsitzende erntete damals erstmals Buhrufe aus seiner eigenen Partei. Für Kohde-Kilsch reichte es 2014 nur noch für ein Mandat im Saarbrücker Stadtrat.

Dieses möchte sie jetzt trotz ihres Austritts aus der Fraktion der Linkspartei nicht zurückzugeben. Sie werde ihr Mandat im Stadtrat als Fraktionslose und als Mitglied der Linkspartei wahrnehmen, erklärte sie. Vor beides setzt sie allerdings ein „vorerst“ – gut möglich also, dass sie demnächst die Partei wechselt und in eine andere Fraktion eintritt. *Bodo Bost*

Erfolgreicher Protest

Das IZM fordert nicht mehr zum Schlagen von Frauen auf

Das Islamische Zentrum München (IZM) im Stadtbezirk Schwabing-Freimann ist eine der ältesten und größten Moscheen in Deutschland. Umso größer war der gesellschaftliche Aufschrei, dass gerade diese Vorzeigemoschee unter Berufung auf den Koran die Ansicht vertreten hat, dass im Fall einer „in größeren Schwierigkeiten steckenden Ehe“ der Mann verpflichtet sei zu „Ermahnung, Trennung im Ehebett und Schlagen“. Anführerin des Protests gegen die islamischen Eheratschläge war Cumali Naz, selbst Muslima und integrationspolitische Sprecherin der SPD im Münchner Stadtrat. Sie sagte: „Aufrufe zu Gewalt, ganz gleich von wem und gegen wen, haben in unserer Gesellschaft keinen Platz.“ Andere haben die Anweisung als „menschenverachtend“ bezeichnet. Unisono wurde gefordert, dass die entsprechende Passage „schnellstmöglich von der Internetseite der Moschee verschwinden“ müsse, wenn man sie schon nicht aus dem Koran entfernen könne. Die Staatsanwaltschaft München hat auf Anfrage eines Radiosenders mitgeteilt, die Empfehlungen des IZM zum Thema „Frau und Familie im Islam“ muteten „teilweise befremdlich an, erfüllten jedoch keinen Straftatbestand.“

Der Protest hatte Erfolg. Der Text wurde von der Homepage der Münchener Moschee entfernt. Insoweit hatte der öffentliche Protest Erfolg.

Der Verfassungsschutz Bayern beobachtet das IZM seit Jahren. Er rechnet das Netzwerk der extremistischen Muslimbruderschaft zu, was diese auch gar nicht abstreitet, fühlt sich die Muslimbruderschaft doch als Flaggschiff des gesamten Islam.

> Das IZM gilt in Deutschland als Vorzeigemoschee

Das IZM entstand aus einer Initiative in Deutschland verbliebener muslimischer Hilfstruppen der deutschen Wehrmacht während des Zweiten Weltkriegs. Es wurde 1973 eröffnet und ist Sitz der Islamischen Gemeinschaft in Deutschland e.V. Es gehört heute dem Zentralrat der Muslime in Deutschland unter Ayman Mazyek an, der sich gerne in Diskussionssendungen fortschrittlich gibt, aber seine eigenen erzkonservativen Organisationen nicht im Griff hat oder nicht haben will. Das IZM gibt sogar eine akademisch anmutende „Schriftenreihe des Islamischen Zentrums München“ heraus, die in Universitäten ausliegt.

Zentrale Person des Zentrums ist der baltendeutsche Publizist und Konvertit Ahmad von Denffer, der sich, wie es immer wieder heißt, in letzter Zeit radikalisiert habe. Von 1978 bis 1984 war der 70-Jährige wissenschaftlicher Mitarbeiter der Islamic Foundation im englischen Leicester, die der Jamaat-e-Islami (Islamische Gemeinschaft) nahesteht, einer radikalislamischen Organisation, die 1941 in Britisch-Indien gegründet wurde und heute mit Zweigen in Pakistan, Indien und Bangladesch politisch aktiv ist, daneben aber dort und in anderen Ländern auch Missionierung und islamische Erziehungsarbeit betreibt. Seit 1984 ist von Denffer Referent für deutschsprachige Angelegenheiten des IZM, dessen Leiter damals Mahdi Akef war, eine spätere Führungsfigur der Muslimbruderschaft, deren europäischer Führer, Tariq Ramadan, gerade wegen Vergewaltigungsvorwürfen in Frankreich inhaftiert war. *B.B.*

Zeitzeugen

Bild: Imago/Christian Spicker

Angela Merkel – Als deutsche Bundeskanzlerin steht die CDU-Politikerin auch dem Bundessicherheitsrat vor, der die Rüstungsexporte des Landes genehmigt. Im Oktober 2012 verteidigte sie Waffenverkäufe an Länder wie Saudi-Arabien als „Instrument zur Friedenssicherung." Zweieinhalb Jahre später entfachte das wahhabitische Regime in Riad einen blutigen Krieg im Jemen.

Andreas Schwer – Bis Ende 2017 stand der Manager im Dienste des deutschen Waffenproduzenten Rheinmetall. Dann wechselte er an die Spitze der neu gegründeten saudischen Rüstungsholding Saudi Arabian Military Industries (SAMI). Dieser staatseigene Konzern soll bis 2025 in die Liga der weltgrößten Rüstungsunternehmen aufsteigen und das Regime in Riad unabhängiger von Waffenimporten machen und damit gegen Embargos immunisieren.

Bild: Heinrich Böll Stiftung

Katja Keul – Erst durch eine Kleine Anfrage der Bundestagsabgeordneten der Grünen kam 2013 zutage, dass der Bundessicherheitsrat den Export von 104 Kampfpanzern vom Typ Leopard 2 und 50 Schützenpanzern Marder 1A3 an Indonesien genehmigt hatte, obwohl die Menschenrechtslage dort alles andere als unproblematisch war und kein anderer NATO-Staat deshalb solche Waffensysteme an das südostasiatische Land verkaufen wollte.

Fernando Maria Azcueta – Unter dem Kommando des Fregattenkapitäns der argentinischen Marine unternahm das in Deutschland gebaute U-Boot der Klasse 209 „ARA San Luis" (S-32) während des Falklandkrieges 1982 mehrere Torpedoangriffe auf britische Kriegsschiffe. Diese misslangen allesamt wegen gravierender Bedienfehler seitens der Mannschaft, jedoch waren die U-Boot-Jäger der Gegenseite außerstande, die „San Luis" aufzuspüren und zu vernichten.

Bild: חיל הים הבוד

Eli Sharvit – Der Vizeadmiral fungiert seit September 2016 als Oberkommandierender der israelischen Marine. In dieser Eigenschaft unterstehen ihm unter anderem die von ThyssenKrupp Marine Systems (TKMS) in Kiel gebauten U-Boote der Dolphin-Klasse, welche wahrscheinlich auch als nukleare Erstschlagswaffe genutzt werden können.

Waffen für islamische Staaten

Deutsche Rüstungsexporte gingen zurück – Saudi-Arabien importierte auf Umwegen

Rüstungsexporte machen deutlich weniger als ein Prozent der Gesamtausfuhren der Bundesrepublik aus, sind aber dennoch von erheblicher außenpolitischer Relevanz. Das zeigen nicht zuletzt einige Zahlen und Fakten im Hinblick auf 2018.

Im vergangenen Jahr ging der Gesamtwert der Rüstungsexporte unseres Landes um 22,7 Prozent zurück: Statt bei 6,242 Milliarden Euro wie 2017 lag er nur noch bei 4,824 Milliarden Euro. Das war der dritte Einbruch in Folge seit 2016. Andererseits nahm Deutschland damit immerhin noch den vierten Rang in der Liste der weltweit größten Waffenexporteure ein – nach den USA, Russland und Frankreich, aber noch vor der Volksrepublik China.

Besonders gerne gekauft wurden 2018 wieder Kampfpanzer beziehungsweise Schützenpanzerwagen, Haubitzen, Hubschrauber und Handfeuerwaffen, insbesondere die aus dem Hause Heckler & Koch, welche mittlerweile in 92 Staaten im Einsatz sein sollen. Anhaltend hoch war zudem das Interesse an Marineschiffen wie U-Booten und Fregatten sowie Einzelkomponenten für deren Bau oder Modernisierung: Fast die Hälfte der Einnahmen aus den Rüstungsexporten des Vorjahres wurde hiermit erlöst.

Bemerkenswert ist dabei, welche Staaten als Hauptabnehmer in Erscheinung traten. Das sind – wenn man die jeweiligen Euro-Summen für die Einkäufe bei deutschen Firmen zugrundelegt – laut dem Rüstungsexportbericht der Bundesregierung für 2018: Algerien (818 Millionen), die USA (525 Millionen), Australien (434 Millionen), Saudi-Arabien (416 Millionen; 67 Prozent mehr als 2017!), Südkorea (231 Millionen), Großbritannien (206 Millionen) und Pakistan (174 Millionen). Dazu kommen unter anderem auch noch: Indien (97 Millionen), Katar (96 Millionen), Oman (48 Millionen), die Vereinigten Arabischen Emirate (45 Millionen), Indonesien (21 Millionen), Bahrein (16 Millionen) und Ägypten (14 Millionen). Das heißt, deutsche Rüstungsgüter gehen in nicht unwesentlichem Maße an islamische Staaten beziehungsweise Regimes und in Krisenregionen, während der Anteil der Lieferungen an EU- oder NATO-Länder nur bei 47 Prozent lag.

> Nur 47 Prozent der Ausfuhren an EU- oder NATO-Staaten

Diese Exportpolitik begründete die Bundesregierung mit zum Teil haarsträubenden Argumenten. So wurde anlässlich des Ende 2018 genehmigten Verkaufs einer Fregatte der MEKO 200-Klasse an Ägypten für rund 500 Millionen Euro verkündet, dass das Kriegsschiff wohl kaum gegen protestierende Oppositionelle eingesetzt werde. Und Berlin glaubte anscheinend auch dem autokratisch regierenden ägyptischen Präsidenten Abd al-Fattah as-Sisi, der behauptete, sein Land wolle mit der Fregatte die Seewege im Mittelmeer sicherer machen und das Schlepperunwesen bekämpfen.

Offenbar wiegt sich die Merkel-Regierung in der Illusion, sie könne im Falle eines Falles, also wenn die Waffen dann doch anders als erhofft eingesetzt werden, einfach die vereinbarten Lieferungen unterbrechen. Dabei zeigt das Beispiel von Saudi-Arabien, wie wenig praktikabel das ist. Wegen des Krieges im Jemen sollten keine weiteren deutschen Rüstungsgüter an das Regime in Riad gehen. Also beschafften die Saudis diese sich nachfolgend auf dem Umweg über andere Staaten wie Großbritannien und die USA. Darüber hinaus sind viele Waffensysteme europäische Gemeinschaftsprojekte, was den Entscheidungsspielraum Berlins ohnehin deutlich einschränkt. Das war wohl auch der Grund für die verschämte Aufhebung des vollmundig verkündeten Waffenembargos im September 2018.

Wolfgang Kaufmann

Bild: pa

Haifa: Israelische Soldaten auf einem U-Boot der Klasse Dolphin, das mit atomaren Marschflugkörpern bestückt werden kann

Sicherheitsrat entscheidet über Exporte

Welche Rüstungsgüter in welche Länder exportiert werden dürfen, entscheidet der Bundessicherheitsrat. Das Gremium existiert seit Oktober 1955 und hat aktuell neun ständige Mitglieder: Neben der Bundeskanzlerin, der die Leitung obliegt, sind das der Chef des Bundeskanzleramtes sowie die Minister für Finanzen, Auswärtiges, Inneres, Justiz, Verteidigung, Wirtschaft und Entwicklung. Diese Personen tagen und beraten im Geheimen, und die Protokolle ihrer Sitzungen landen als Verschlusssache im Bundeskanzleramt. Dennoch dringen immer wieder aufschlussreiche Interna an die Öffentlichkeit.

Während in der Zeit vor 1998 einvernehmliche Entscheidungen der Mitglieder des Bundessicherheitsrates angestrebt wurden, änderte sich das unter der Kanzlerschaft von Gerhard Schröder (SPD) und Angela Merkel (CDU): Nun reichte die einfache Mehrheit der Stimmen. Meinungsverschiedenheiten gab es meist dann, wenn Exporte in Länder außerhalb der EU oder der NATO

> Nur noch einfache Mehrheit nötig

zur Diskussion standen, weil dann die Menschenrechtslage dort und die politische Situation in der ganzen Region kritisch beurteilt werden mussten.

Bundestag und Bundesrat haben keinerlei Mitspracherecht bei den Genehmigungsverfahren. Grünes Licht für den Export von Rüstungsgütern zu geben, gilt als ureigene Aufgabe des Bundeskabinetts, welches sich dabei auf Artikel 26 des Grundgesetzes beruft, in dem es heißt: „Zur Kriegführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden." Eine Bekräftigung dieses Rechtsstandpunktes erfolgte am 21. Oktober 2014 durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes. Dessen Kernsatz lautet: „Die Beratung und Beschlussfassung im Bundessicherheitsrat unterfallen dem Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung."

Wenn das Parlament Einfluss auf Rüstungsexporte nehmen will, bleibt ihm lediglich der Weg, dies über die Verabschiedung entsprechender Gesetze zu tun. *W.K.*

Exportschlager U-Boote

129 dieser Großwaffen gingen an 20 Staaten auf vier Kontinenten

U-Boote sind die am meisten verkauften deutschen Großwaffen überhaupt: Bisher wurden 129 U-Boote an 20 Staaten auf vier Kontinenten geliefert. Damit verfügt nun fast jedes zweite Land auf der Welt, dessen Marine U-Boote im Bestand hat, über solche Tauchfahrzeuge aus deutscher Herstellung.

Den Anfang machten dabei Norwegen und Dänemark, die 1962 beziehungsweise 1965 17 Boote der Klassen 205 und 207 bestellten. Ein noch größerer Verkaufsschlager wurde das ausschließlich für den Export bestimmte Nachfolgemodell der Klasse 209 – es avancierte zum weltweit meistgebauten dieselelektrischen U-Boot nach dem Zweiten Weltkrieg. Hiervon gingen 66 Stück in verschiedenen Bauvarianten nach Griechenland, Portugal, Argentinien, Peru, Kolumbien, Venezuela, Ecuador, Chile, Brasilien, Ägypten, Südafrika, Südkorea, Indonesien, Indien und in die Türkei, welche alleine schon 14 Boote kaufte.

Großer Beliebtheit erfreuen sich derzeit auch die Nachfolgeklassen 212A, 214, 218 und Dolphin. Diese verfügen vielfach über einen parallelen außenluftunabhängigen Brennstoffzellenantrieb, der enorm lange Tauchzeiten ermöglicht, wie man sie sonst nur von U-Booten mit Kernreaktor kennt. Außerdem sind die Boote dadurch auch extrem leise – nicht wenige Fachleute bezeichnen sie sogar als die leisesten der Welt. Bislang wurden 18 Einheiten der Klassen 212A und 214 an Italien, Griechenland, Südkorea und Portugal geliefert. Dazu kommen vier von Singapur bestellte Boote der Klasse 218. An Israel wiederum, das in den 1970er Jahren bereits drei Einheiten der Gal-Klasse erhielt, gehen die Boote der Dolphin-Klasse, welche aller Wahrscheinlichkeit nach auch mit atomaren Marschflugkörpern bestückt werden können und damit wohl zu den gefährlichsten Offensivwaffen Tel Avivs zählen.

> Verkäufe selbst an zwei verfeindete NATO-Mitglieder

Und sonst taugt der Export deutscher U-Boote oft gleichfalls nicht zur Konfliktprävention. Man denke da nur an die parallelen Verkäufe an die zwei verfeindeten NATO-Mitglieder Griechenland und Türkei, die ihre Rivalität auch und gerade auf See ausleben. *W.K.*

Preußische Allgemeine Zeitung
WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Zukunft für den ländlichen Raum

Willkommene Gentrifizierung in Brandenburg – »Coworking« entdeckt das Dorf als Arbeitsplatz

Sie bieten eine Möglichkeit, Dörfer wiederzubeleben und verlassene Gebäude vor dem Verfall zu retten: Teilnehmer an „Coworking"-Projekten in Brandenburg

Bild: Imago images/ Westend61

Einige Landkreise in den östlichen Bundesländern werden laut Prognosen nach den Abwanderungszahlen der vergangenen Jahrzehnte bis zum Jahr 2035 nochmals bis zu einem Viertel ihrer Einwohnerzahl verlieren. In Brandenburg zeigt sich nun ein Weg, wie selbst abgelegene Regionen wieder eine Zukunft haben können.

Mit einer gemeinsamen Untersuchung haben das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung und die Denkfabrik Neuland 21 darauf aufmerksam gemacht, dass zunehmend Menschen aus Wissens- und Kreativberufen im Alter zwischen 30 und 49 Jahren die Vorzüge der ländlichen Regionen entdecken.

Für die Studie „Urbane Dörfer – wie digitales Arbeiten Städter aufs Land bringen kann" wurden 18 Wohn- und Arbeitsprojekte untersucht, bei denen zum Beispiel Programmierer, Grafikdesigner oder Kulturmanager von der Großstadt aufs Land gezogen sind.

Bei den Projekten handelt es sich um Seminar- und Gästehäuser, aber auch um sogenannte Coworking Spaces. Diese bieten Freiberuflern und Selbstständigen die Möglichkeit, vorübergehend Schreibtische oder Räume anzumieten, ohne selbst ein eigenes Büro unterhalten zu müssen.

Bislang sind solche Angebote vor allem aus Großstädten bekannt. In Brandenburg ist eines der ersten Coworking-Projekte samt Wohnmöglichkeit auf dem Lande auf einem ehemaligen Gutshof in der Nähe der Stadt Bad Belzig entstanden. Dort stehen 20 Räume für Freiberufler, kleine Teams und „digitale Nomaden" bereit.

> Projekte richten sich an Kreative und Selbstständige

Inzwischen plant man in der Region um Bad Belzig bereits weitere Modellprojekte, die mit digitalen Lösungen das Leben auf dem Land attraktiver machen sollen. Laut der Untersuchung von Neuland 21 und Berlin-Institut kann diese Entwicklung als typisch angesehen werden: Mit den Projekten ziehen oftmals auch Tatendrang und neue Ideen ein, die die gesamte ländliche Region voranbringen.

Die Landlust der Kreativen stellt zudem auch eine Chance dar, den Verfall von Bausubstanz zu stoppen. Gefragt sind keine Neubauten am Ortsrand, sondern eher alte Gebäude in der Mitte von Orten, die saniert werden. „Sie bringen frisches Leben in Gebäude, die mitunter lange leer standen und die Ortskerne verschandelt haben", kommentiert Manuel Slupina vom Berlin-Institut die Projekte.

Bislang profitiert vor allem das Land Brandenburg von der Landlust der Kreativen. Wie schon bei der dynamischen Entwicklung im sogenannten Speckgürtel, kommt Brandenburg dabei abermals die Nähe zur Millionenmetropole Berlin zugute. Die Forscher sehen sogar die Möglichkeit, dass, angelehnt an den Begriff des Speckgürtels um die Hauptstadt, künftig auch in Berlin-fernen Regionen einige prosperierende „Speckwürfel" entstehen. Grundvoraussetzung für das Leben und Arbeiten auf dem Land ist allerdings eine digitale Infrastruktur. Gerade auf diesem Gebiet hat Brandenburg unnötig Zeit vergeudet. Erst Ende 2018 hat das Kabinett in Potsdam eine Digitalisierungsstrategie und die Gründung einer Digitalagentur beschlossen.

Wie nötig Impulse der Landesregierung sind, hat sich beim schleppenden Ausbau eines Turbo-Internets gezeigt. Wie letztes Jahr bekannt wurde, haben märkische Gemeinden und Landkreise Fördermittel des Bundes zum Aufbau von Internet-Breitbandverbindungen über lange Zeit gar nicht genutzt.

Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur hatte schon 2016 ein milliardenschweres Programm aufgelegt, damit in unterversorgten Landkreisen und Kommunen schnelle Internet-Breitbandverbindungen installiert werden können.

Allein für Brandenburg hatte der Bund 273 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Die Gründung einer Digitalagentur durch die Landesregierung kann auch als eine späte Reaktion auf die schleppende Umsetzung des Programms in den märkischen Gemeinden und Landkreisen gesehen werden.

Das Förderprogramm des Bundesverkehrsministers für Breitband-Internetverbindungen war allerdings auch in vielen anderen Teilen Deutschlands kein sehr großer Erfolg. Laut einem Bericht der Funke Mediengruppe hatte Ende des Jahres 2018 nur jede dritte Kommune in Deutschland einen Zugang zu schnellem Internet. *Norman Hanert*

Berlin elektrisch mobil

Von VERA LENGSFELD

Wenn es nach Verkehrssenatorin Regine Günther ginge, wäre Berlin bald eine autofreie Stadt. Statt sich mit solchen utopischen Plänen zu befassen, sollte sich die Dame lieber um das wachsende Chaos auf Berlins Straßen kümmern. Nicht genug, dass Berlin jede Menge Probleme mit Kampfradlern hat, die sich an keine Verkehrsregel halten, Gehwege zu Gefahrenzonen machen und rote Ampeln nicht beachten.

Im Frühsommer wurde mit viel Euphorie die Zulassung von Elektrorollern gefeiert, ohne dass es klare Regeln gibt, wo sie zu fahren haben. Prompt kam es schon am ersten Wochenende zu mehreren, zum Teil schwer Verletzten. Nun diskutiert Berlin seit Wochen über die E-Scooter, über deren rücksichtslose Fahrer und zugestellte Fußwege. Sogar Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) sagte jetzt über die E-Scooter: „Ja, ich finde sie hier in der Stadt auch total nervig." Ein Ergebnis ist, wie immer, nicht abzusehen.

Vorerst sind vor allem die von Touristen frequentierten Gebiete betroffen, aber auch in reinen Wohnquartieren stolpert man schon über E-Roller oder Leihfahrräder. Kürzlich wurden E-Scooter-Fahrer sogar im Tiergartentunnel gesichtet, obwohl das streng verboten ist. Seit der Zulassung dieser Roller geht die Zahl der brennenden Autos in die Höhe.

Sieben Autos waren es in der letzten Nacht zum Sonntag. In Neu-Hohenschönhausen wurde am Sonnabendabend ein Auto abgefackelt. Wenig später brannte in Reinickendorf ein Wagen, ein weiterer fing dadurch Feuer. In Lichtenberg am Rodeliusplatz waren es am frühen Sonntagmorgen sogar vier Autos. Außerdem hat es einen Elektroroller am Kottbusser Tor in Kreuzberg erwischt.

Nicht auszudenken, wenn mal ein Elektroauto in Brand gesteckt werden sollte! Übrigens versagt der Senat auch hier.

Im laufenden Jahr hat die Zahl der in seinem Auftrag neu errichteten Ladesäulen für Elektro-Autos deutlich abgenommen. In den ersten sieben Monaten 2019 hat das vom Senat beauftragte Unternehmen Allego nur 17 Ladeeinrichtungen neu in Betrieb genommen, wie in einer Antwort der Senatsverwaltung auf eine Anfrage der CDU-Fraktion zugegeben werden musste. 2018 waren noch 59 Einrichtungen neu in Betrieb genommen worden.

Wenn das so weiter geht, landet man bald bei Null, was für Berlin typisch wäre. Ankündigungen folgt hier in der Regel die Pleite.

Mit Zuckerbrot und Peitsche

Wie Berlin und seine Bezirke der Vermüllung begegnen wollen

Weggeworfene Abfälle, aber auch die illegale Sperrmüllentledigung haben sich in Berlin zu einem beachtlichen Problem entwickelt. Im besonders betroffenen Bezirk Neukölln gingen nach Angaben des Bezirksbürgermeisters Martin Hikel (SPD) im vergangenen Jahr beim Ordnungsamt über 12 000 Meldungen über die illegale Entsorgung von Sperrmüll ein. „Das waren mehr als 34 pro Tag", so Hikel.

Im vergangenen Jahr entsorgte die Berliner Stadtreinigung (BSR) in Neukölln 9480 Kubikmeter Sperrmüll und Elektroschrott, der im öffentlichen Raum entsorgt wurde. Im gesamten Stadtgebiet beliefen sich die Kosten für die Entsorgung illegalen Mülls im vergangenen Jahr auf 4,5 Millionen Euro.

Einen großen Anteil an diesen Entsorgungen sollen unseriöse Entrümpelungsfirmen haben, die sich Entsorgungskosten sparen und Sperrmüll aus Wohnungsauflösungen einfach an den Straßenrändern abladen.

Neuköllns Bürgermeister will künftig mit höheren Bußgeldern gegen die illegale Müllentsorgung vorgehen. Nach seinen Vorstellungen sollen sich die Beträge für Müllsünder zum Teil verdoppeln

> Touristen wie auch Anwohner sollen eingespannt werden

und sogar mehr als verdreifachen. Bislang lag zum Beispiel das Bußgeld für die illegale Entsorgung von Autoreifen bei 75 Euro aufwärts. Künftig könnten mindestens 250 Euro fällig werden.

Auch der Berliner Senat plant laut einem Bericht des Rundfunks Berlin-Brandenburg (RBB) offenbar, die Verwarn- und Bußgelder für unsachgemäß entsorgten Müll zu erhöhen. Zudem sollen sie für alle Bezirke vereinheitlicht werden. Bislang ist die Höhe von Strafzahlungen in jedem Bezirk unterschiedlich geregelt. Eine weggeworfene Zigarettenkippe kann in Lichtenberg mit 20 Euro geahndet werden, in Pankow dagegen mit bis zu 100 Euro.

Zwei Berliner Bezirke wollen gegen den Müll in öffentlichen Parkanlagen nun auch mithilfe von Anwohnern und Touristen vorgehen. Die Bezirksämter Pankow und Mitte arbeiten dabei mit einem Anbieter von Stadtrundgängen zusammen. Bei dem Projekt sollen die Teilnehmer an drei Terminen im August und September in Prenzlauer Berg den Mauerpark und den Ernst-Thälmann-Park säubern. Die Teilnehmer können im Anschluss an die Aufräumaktion an einem Picknick teilnehmen und erhalten als weiteres kleines Dankeschön ein Geschenk. Vor der Putzaktion wird eine kostenlose, einstündige Führung durch die Gedenkstätte Berliner Mauer angeboten. *N.H.*

Ausbau geplant

Bahnverbindung zwischen Berlin und Wien

Mit dem Fahrplanwechsel am 9. Dezember will die Deutsche Bahn wieder eine direkte Zugverbindung zwischen Berlin und Wien anbieten. Die Strecke soll über Süddeutschland und Prag in die Hauptstadt Österreichs führen.

Laut einem Bericht des Norddeutschen Rundfunks (NDR) gibt es bei der Deutschen Bahn auch Überlegungen, eine neue Intercity-Nachtzugverbindung von Warnemünde über Berlin, Leipzig, die Saalebahn und Nürnberg bis nach Wien einzurichten. Hintergrund des Plans ist eine neue Intercity-Linie, die ab Dezember im Zweistundentakt Rostock, Berlin und Dresden verbinden wird. Auf dieser Strecke sollen ab dem nächsten Frühjahr neuwertige IC-Doppelstock-Züge zum Einsatz kommen, welche die Deutsche Bahn der österreichischen Westbahn abgekauft hat. Da das übernommene Wagenmaterial ohnehin in regelmäßigen Abständen zu einem Wartungsstützpunkt nach Österreich überführt werden muss, kann dies gleich mit der Einrichtung einer neuen, durchgehenden Zugverbindung von der Ostsee bis nach Wien verbunden werden.

> Bessere Anbindung von Breslau

Die Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) bieten mit ihrem „Nightjet" bereits seit vergangenem Dezember eine tägliche Nachtzugverbindung von Berlin nach Wien an. Diese Zugverbindung verbindet beide Metropolen über eine südöstliche Route. Über dieses Angebot ist auch das niederschlesische Breslau von Berlin aus wieder täglich und umsteigefrei per Bahn erreichbar. *N.H.*

Islamisches Opferfest

Unter strikter Geschlechtertrennung haben sich am 11. August mehr als 1000 Muslime zu einem „Gebet im Freien" auf dem Tempelhofer Feld versammelt. Anlass der Veranstaltung auf dem ehemaligen Flughafengelände war der Beginn des islamischen Opferfests Eid al-Adha. Zu dem Gebet hatte der Verein „Neuköllner Begegnungsstätte" (NBS) eingeladen. Mit Bezug auf die landeseigene Grün Berlin GmbH, die für das Tempelhofer Feld zuständig ist, sagte der FDP-Innenexperte Marcel Luthe: „Dass von allen Moscheevereinen ausgerechnet eine vom Verfassungsschutz beobachtete Organisation die Genehmigung zur Nutzung des Tempelhofer Feldes bekommt, ist höchst fragwürdig". Seyran Ates, die Mitbegründerin der Ibn-Rushd-Goethe-Moschee in Berlin-Moabit, kritisierte unter Bezug auf die Geschlechtertrennung bei dem „Gebet im Freien", dass „patriarchalisch-archaische Praktiken zunehmend aus den privaten in öffentliche Räume gebracht" werden. *N.H.*

MELDUNGEN

Neues Fieber in Asien entdeckt

Peking – In der Inneren Mongolei und der Amur-Provinz der Volksrepublik China wurde ein neues Fieber-Virus entdeckt. Es handelt sich um ein Ribovirus mit segmentierter RNS aus der auch erst vor fast fünf Jahren erstmals beschriebenen Dschingmen-Gruppe. Diese gehört wie die Erreger anderer bekannter Fieberkrankheiten – neben dem Gelb-, Dengue-, Westnil- und Zika-Fieber – zu den Flaviviren. Nach dem Wohnsitz des Erstpatienten wurde ihr neues Mitglied als Alongschang-Virus (ALSV) benannt. Symptome sind Fieber, Müdigkeit und Kopfschmerzen sowie Hautausschläge und starke Übelkeit, einige Patienten fielen ins Koma. Nach Gabe von antiviralen und antibiotischen Medikamenten klangen die Beschwerden aber nach etwa sieben Tagen wieder ab. Vermutlich bilden Taiga-Zecken (Ixodes persulcatus) den Hauptüberträger der neuentdeckten Krankheit. *T.W.W.*

Selenskij schlägt zurück

Kiew – Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat seine Regierung angewiesen, unverzüglich eine Gesetzesänderung auszuarbeiten, die es Russen ermöglicht, leichter die ukrainische Staatsbürgerschaft zu erhalten. Damit reagiert er auf die Massenproteste in Russland. Politisch Verfolgte sollen in der Ukraine Asyl und/oder Pässe erhalten. Innerhalb von drei Monaten soll das Verfahren für die Gewährung von Asyl vereinfacht werden. Die Eiszeit zwischen Moskau und Kiew hält an. Selenskij antwortet mit seinem Vorstoß auf die international kritisierte vereinfachte Vergabe von russischen Pässen an Ukrainer, vornehmlich aus den Gebieten Lugansk und Donezk. Seit der Einführung im April sind zirka 13 000 Ukrainer russische Staatsbürger geworden. *MRK*

Hongkong droht eine Eskalation

Pekings Falken steht in der Sonderverwaltungszone ein radikaler Kern von Demonstranten gegenüber

Die über sieben Millionen Bewohner zählende Sonderverwaltungszone Hongkong der Volksrepublik China schlittert durch die seit zehn Wochen andauernden Ereignisse sowohl politisch als auch wirtschaftlich immer tiefer in die Krise.

In der ehemaligen britischen Kronkolonie haben neben Studenten und Schülern Arbeiter, Beamte, Rechtsanwälte und medizinisches Personal ihren Unmut kundgetan über die schleichende Beschneidung der Autonomierechte durch die Machthaber im selbsternannten Mutterland, in dem ihnen auch die Bevölkerung nur wenig Verständnis entgegenbringt. Die Fronten haben sich weiter verhärtet, und beide Lager signalisieren nur wenig Kompromissbereitschaft. Die örtlichen Ordnungskräfte werden zwar unnötiger Härte bezichtigt, tolerierten aber fünf Tage lang friedliche Proteste am Flughafen, angeblich die Reaktion auf die schwere Verletzung einer Demonstrantin. Die Besetzung des gesamten Areals durch Tausende von teils gewalttätigen Maskierten verhinderten sie nicht. Dadurch kam am 12. und 13. August nach und nach der Flugverkehr an einem der wichtigsten Verkehrsknotenpunkte der Welt praktisch zum Erliegen. Dies betraf zirka 55 000 Reisende, die teilweise gewaltsam an der Ausreise gehindert wurden. Zwei Bürger der Volksrepublik China, ein angeblicher Polizist in Zivil und ein Journalist, wurden „enttarnt“, gefesselt und geschlagen.

Demonstranten gegen Passagiere: Als Folge der Besetzung des Flughafenareals durch Tausende von teils gewalttätigen Maskierten kam der Flugverkehr in Hongkong praktisch zum Erliegen

Bild: pa

Nach deren langwieriger Freilassung normalisierte sich die angespannte Lage am nächsten Tag wieder. Strikte Kontrollen durch Polizei und private Sicherheitsdienste sowie eine einstweilige Verfügung gegen unerlaubte Ansammlungen im Gebäude sollen nun sicherstellen, dass nur noch Personen mit Reisepass und Bordkarte Zugang gewährt wird.

Begonnen hatte alles am 9. Juni. In Anlehnung an die sogenannte Regenschirmbewegung vom September 2014, als sich Widerstand regte gegen ein Gesetz, das lediglich die Wahl eines chinagenehmen Regierungschefs zuließ, gingen zirka eine Million Menschen, so die Initiatoren, auf die Straße, um gegen einen geplanten Gesetzesentwurf zu protestieren, der eine Auslieferung von Tatverdächtigen an China ermöglichen sollte. Da das Gebiet gemäß dem Abkommen über die Zukunft Hongkongs zwischen Großbritannien und China vom 19. Dezember 1984 nach wie vor und im Gegensatz zur Volksrepublik eine unabhängige Judikative besitzt, befürchteten viele Einwohner eine Aushöhlung ihres vertraglich abgesicherten Status. Unter dem Druck der Öffentlichkeit verkündete die seit 2017 amtierende Regierungschefin Carrie Lam Cheng Yuet-ngor am 15. Juni die vorläufige Suspendierung des Vorhabens.

Doch nun forderte man eine vollständige Rücknahme und gleichzeitig den Rücktritt von Frau Lam. Zusätzlich sollten die Behörden offiziell nicht mehr von „Unruhen“ sprechen und das Vorgehen der Polizei von unabhängiger Seite untersucht sowie alle während der Zusammenstöße Verhafteten ohne Bedingungen freigelassen werden, inklusive der Randalierer. Da darauf von offizieller Seite nicht reagiert wurde, kam es Anfang August zu einem Generalstreik, der den öffentlichen Nahverkehr teilweise lahmlegte. Ebenso blieben aus Angst vor Beschädigung viele Geschäfte geschlossen.

Chen Daoxiang, Kommandeur der Volksbefreiungsarmee in Hongkong, zeigte sich bereits bei seiner Berufung im April „entschlossen, die nationale Souveränität, Einheit und territoriale Integrität des Landes zu verteidigen“. Andere Vertreter der chinesischen Regierung sprachen in Zusammenhang mit den Unruhen von „Kriminellen”, die „Zurückhaltung nicht mit Schwäche“ verwechseln sollten.

Chinas Verteidigungsminister Wei Fenghe hatte anlässlich des 30. Jahrestags der Niederschlagung der Demokratiebewegung im Juni das damalige Vorgehen als richtig bezeichnet. Die jetzige Entwicklung spielt eindeutig jenen Falken in die Hände, die den vertragsgemäß noch bis 2047 bestehenden Sonderstatus der Stadt schon vorher abschaffen wollen. Mit der Zeit hat sich ein radikaler Kern von Demonstranten herausgebildet, der die Autorität Pekings durch gezielte Provokationen offen in Frage stellt. Die Forderung, „Hongkong zu befreien“, erinnert fatal an jene des Generalissimus Tschiang Kaischek, das chinesische Festland von kommunistischen Banditen zu säubern. Es war demnach nur konsequent, die Pekinger Vertretung vor Ort anzugreifen und demonstrativ eine chinesische Fahne ins Hafenbecken zu werfen. Das öffentliche Herabwürdigen nationaler Symbole stellt jedoch für Chinesen einen Gesichtsverlust dar, den man nicht unterschätzen sollte. *M. Matthes*

Boxkampf um Kiew

K.o.-Schläge vonseiten des Präsidenten – Klitschko in der Defensive

Die Kommunalparlamente sind die letzten noch konkurrierenden Machtzentren in der Ukraine. Deshalb will der erst im Mai zum Staatschef gewählte Wladimir Selenskij nach der vorgezogenen Parlamentswahl im Juli, die zum Sieg seiner Truppe namens „Diener des Volkes“ führte, nun die Kommunal- und Regionalparlamente, wo die „Diener des Volkes“ noch nicht vertreten sind, vorzeitig auflösen und neu besetzen oder neu wählen lassen.

Das größte dieser konkurrierenden Machtzentren ist Kiew. Vitali Klitschko, einst Boxweltmeister im Schwergewicht, ist seit Mai 2014 Bürgermeister der ukrainischen Hauptstadt, jetzt aber in einen Machtkampf geraten, der das Ende seiner politischen Karriere bedeuten könnte.

Selenskij hatte einst als Komiker in seinen Satiresendungen auch Klitschko als Teil einer verfilzten, abgehobenen Politikerkaste aufs Korn genommen. Jetzt geht es dem parodierten Politiker mit anderen Mitteln an den Kragen. Klitschko sei ein Repräsentant der in den Wahlen unterlegenen Poroschenko-Generation.

Klitschko wehrt sich gegen diesen versuchten K.o.-Schlag. Er nannte auch gleich seinen neuen Gegner, den Generaldirektor des Selenskij-Senders, Alexander Tkatschenko, der als neuer Kiewer Verwaltungschef gehandelt wird.

Dabei sind sich der Sportler und der Komiker gar nicht so unähnlich. Beide sind politische Quereinsteiger und waren in einem anderen Geschäft erfolgreich, bevor sie in die Politik gingen. Mit der intransparenten, korrupten ukrainischen Wirtschaftswelt waren sie nicht verquickt. Viele Ukrainer hielten Klitschko zugute, dass er seine Dollar-Millionen „mit ehrlicher Hände Arbeit“ unter fairen und transparenten Bedingungen erworben hatte, dazu noch im Ausland.

Doch jetzt will der Schauspieler die Macht des Boxers drastisch beschneiden oder ihn ganz loswerden. Der Präsident kann dazu eine Besonderheit im ukrainischen Recht nutzen. Neben dem von den Bürgern gewählten Bürgermeister gibt es noch einen vom Präsidialamt ernannten Chef der Stadtverwaltung, der das letzte Wort und damit die eigentliche Macht hat. Unter Poroschenko war Klitschko beides in einer Person. Jetzt kann Selenskij Klitschko jemanden aus den „Dienern des Volkes“ vor die Nase setzen.

Weil Klitschko in Kiew äußerst beliebt ist, muss zunächst einmal seine Popularität angekratzt werden. Deshalb bereitet der Jurist Andrej Bogdan, der Chef des Präsidialamts unter Selenskij, eine Schmutzkampagne gegen Klitschko vor. Bogdan selbst ist umstritten, weil er als Jurist bis zuletzt für den Oligarchen Ihor Kolomojskij tätig war, in dessen Sender 1+1 Selenskij als Komiker und Fernsehproduzent tätig war.

Im Visier Bogdans sind einige der Immobiliengeschäfte in Kiew unter Klitschko. Man wirft dem Boxer vor, sich aus dem Kiewer Stadtbeutel bedient zu haben. Dabei wurde in der letzten Zeit in Kiew mehr Wohnraum erstellt als je zuvor. Hier hat Klitschko einen guten Job gemacht. Wird ihm dies jetzt zum Verhängnis?

Klitschko kämpft um sein Amt wie einst im Boxring um den Titel. Er sucht vor allem Verbündete aus alten Zeiten. In den USA traf er den Juristen und ehemaligen New Yorker Bürgermeisterkollegen Rudolph Giuliani, der auch Präsident Donald Trump unterstützte. Daneben war der Ex-Weltmeister bereits auf mehreren CDU-Parteitagen zu Gast. Klitschko will nun ein „Exekutivkomitee des Kiewer Rats“ bilden, das der präsidialen Gebietsverwaltung den Großteil der Kompetenzen für den Fall streitig machen soll, sollte er aus diesem Amt entfernt werden. *Bodo Bost*

»Yes we short«

Marokkaner solidarisieren sich mit belgischen Helferinnen

Im Süden Marokkos, in dem Berberdorf Imoulasse (50 Kilometer nördlich von Taroudant) halfen die Freiwilligen des Bauordens in den letzten Jahren, ein Kultur- und Bildungszentrum zu bauen, das den vor allem unter den Frauen und Mädchen verbreiteten Analphabetismus bekämpfen will. „Die Freiwilligen halfen den Dorfbewohnern bei der Renovierung des Kultur- und Bildungszentrums und der zerstörten Straßen“, so hieß es in dem deutschen Prospekt des Internationalen Bauordens (IBO), einer in vielen europäischen Ländern verbreiteten gemeinnützigen Organisation, die europaweit Baucamps in erster Linie für junge Erwachsene organisiert und damit soziale und gemeinnützige Einrichtungen bei Bau- und Renovierungsarbeiten unterstützt.

Drei junge belgische Frauen, die wegen des Tragens von Shorts auf dieser Baustelle in Marokko vom Tod bedroht sind, haben beschlossen, nach Hause zurückzukehren, und es wird keine neue Gruppe von Freiwilligen in dieses Land geschickt. Das gaben die belgischen Organisatoren eines Jugendlagers des IBO bekannt. Die Gruppe bestand aus 37 jungen Leuten, hauptsächlich jungen Mädchen.

Ein junger marokkanischer Lehrer protestierte dagegen, dass sie in kurzen Hosen arbeiteten, und rief in sozialen Netzwerken dazu auf, sie zu enthaupten. Ein marokkanischer Abgeordneter prangerte ihr Verhalten als „leichtsinnig“ an. Der belgische Bauorden hat zwischenzeitlich seine Camps in Marokko abgesagt. Dazu gehört auch ein Camp Ende August mit Freiwilligen aus Deutschland.

In Marokko erhielt der Bauorden nun die Zusicherung der Behörden, dass die Sicherheit der Freiwilligen, die sich noch in Marokko aufhalten, gewährleistet sei durch die Anwesenheit der Gendarmerie. „Wir verstehen jedoch voll und ganz, dass einige der Teilnehmer früher zurückkehren möchten“, sagte ein Sprecher des Ordens, der alles tun wird, um die Rückkehr zu organisieren. Der marokkanische Lehrer, der die Todesdrohungen ausgesprochen hatte, wurde verhaftet und wird wegen „Anstiftung zu terroristischen Handlungen“ angeklagt, sagte die marokkanische Sicherheit.

> Radikal-islamischer Mordaufruf wegen kurzer Hosen

Sein Aufruf zur Enthauptung erinnerte an die Ermordung von zwei skandinavischen Touristinnen, die 2018 von radikalisierten Marokkanern bei einem Bergsteigertrip in ihren Zelten im Namen einer Dschihadistengruppe grausam enthauptet worden waren. Jetzt läuft ein Prozess gegen ein Dutzend Angeklagte, die in das Verbrechen verwickelt gewesen sein sollen.

Die Drohungen gegen die jungen belgischen Freiwilligen haben in der marokkanischen Presse und den sozialen Netzwerken empörte Reaktionen ausgelöst. Mehrere Medien einschließlich des öffentlich-rechtlichen Rundfunkkanals Med1 TV richteten einen Aufruf an ihre Hörer, Zuschauer und Leser, an einem Strand in Casablanca in kurzen Hosen zu protestieren, um „eine Botschaft an die Dunkelmänner zu richten, die extremistische Gedanken aufzwingen wollen und das Image unseres Landes zerstören wollen“. Eine Initiative, die von einer Facebook-Seite mit dem Titel „Yes we short“ nach einer Petition „Tous en shorts“ ins Leben gerufen wurde, erhielt in kurzer Zeit mehr als 1000 Unterschriften, darunter die von 50 marokkanischen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Die Seite „Yes we short“ ruft Marokkaner dazu auf, einen Blumenstrauß mit einem Dankeswort an den belgischen Verband zu senden. *B.B.*

Deutsche Wirtschaft auf der Kippe

Hans-Böckler-Stiftung warnt vor einer Rezession – Merkel sieht noch keinen Handlungsbedarf

Jahrelang konnten die Regierenden in Berlin Kritik an innen- und außenpolitischen Zuständen mit dem Verweis auf die blühende Wirtschaft kontern. Doch damit scheint es vorbei zu sein. Es mehren sich die Anzeichen einer handfesten Krise.

Bild: Imago images/PEMAX

Problembereiter trotz staatlicher Förderung: Konzerne machen den Umstieg auf E-Mobilität für Krise verantwortlich

Nach zehn Jahren Aufschwung schrumpfte die deutsche Wirtschaft im zweiten Quartal um 0,1 Prozent. Alle Frühindikatoren deuten darauf hin, dass sich die Schrumpfung im dritten Quartal beschleunigt. Der Auto- und der Chemieindustrie etwa und den Maschinenbauern bricht die Nachfrage weg. Industrieunternehmen drosseln ihre Produktion, planen Entlassungen, kürzen Schichten oder planen Kurzarbeit.

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) besuchte in der vergangenen Woche den Ludwigshafener Chemiekonzern BASF, der dieses Jahr 6000 Jobs abbauen muss. Vorstandschef Martin Brudermüller nannte globale Risiken: Trumps Wirtschaftspolitik, die Auswirkungen auf China als wichtigen deutschen Markt und Lieferanten sowie die Gefahr eines ungeregelten Brexit. Hinzu komme der Strukturwandel in der Autoindustrie zum Elektromobil. Experten halten es für möglich, dass die Krise bei BASF ein Vorbote einer internationalen Talfahrt sein könnte.

Arbeitsminister Heil erklärte, es müsse keine solche Krise geben wie vor zehn Jahren. Aber sie sei auch nicht auszuschließen. Denn es gibt weitere Problemkinder unter den Dax-Konzernen. Die Deutsche Bank will rund 20 000 Stellen streichen, Bayer 12 000 Stellen und auch bei Siemens, Volkswagen und ThyssenKrupp wird Personal abgebaut.

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) sprach nach der Präsentation der jüngsten Zahlen von einem „Weckruf und Warnsignal. Jetzt gilt es, mit den richtigen Maßnahmen eine Rezession zu verhindern."

Uneinig sind Wirtschaftsvertreter über das Ausmaß der Probleme. „Deutschlands Konjunktur steht auf der Kippe", sagte Sebastian Dullien, wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung. Die Chancen für eine rasche Erholung der Wirtschaft und insbesondere der Industrie im zweiten Halbjahr seien deutlich gesunken. Die Gefahr einer Rezession beziffert das IMK derzeit auf 43 Prozent. Marcel Fratzscher, Vorstand des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung erklärte dagegen: „Wir sehen eine Abschwächung der Wirtschaft, aber es ist jetzt keine Krise", gegenüber dem Nachrichtensender n-tv. Die deutsche Wirtschaft sei grundgesund. „Wir haben gesunde Strukturen, die Unternehmen sind wettbewerbsfähig, sie sind innovativ, der Arbeitsmarkt läuft nach wie vor sehr gut."

Dennoch ist man auch in Berliner Regierungskreisen alarmiert. Erinnerungen an die große Krise im Herbst 2008 werden wach. Wie 2008/2009 soll es hohe Zuschüsse an Unternehmen geben, damit sie Mitarbeiter nicht entlassen, sondern in Kurzarbeit lange weiter beschäftigen. Aber neben dem „normalen" Kurzarbeitergeld soll es noch höhere Staatshilfen geben, wenn Betrieb und Arbeitnehmer Monate unfreiwilliger Freizeit bei schlechter Auftragslage zur Weiterbildung und zur weiteren Qualifikation nutzen.

Arbeitsminister Heil stellt einen neuen Transformationszuschuss in Aussicht. Betrieb und Mitarbeiter sollen so für die Transformation, den technischen Wandel fit gemacht werden. Der SPD-Politiker will, dass Betriebe und Arbeitnehmer gestärkt aus einer wirtschaftlichen Krise hervorgehen, wenn die Regierung die „Störung der gesamtwirtschaftlichen Lage" oder eine tiefgreifende Branchenkrise erklärt. Im Gegenzug sollen sich die Unternehmen verpflichten, kein Personal abzubauen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel sieht derzeit aber noch keinen Anlass für Konjunkturpakete. Zwar gehe die Wirtschaft in eine „schwierigere Phase", sagte die CDU-Frau. Sie warnte aber davor, die wirtschaftliche Lage schlecht zu reden. „Wir werden situationsgerecht agieren." Dullien warnt die Politik allerdings davor, die Probleme zu unterschätzen. „Dramatischer als der geringe Rückgang des Bruttoinlandsprodukts im zweiten Quartal sind dabei allerdings noch die Aussichten auf die kommenden Monate." Vor allem die Auftragseingänge und die Stimmung im verarbeitenden Gewerbe deuteten nicht auf eine schnelle Besserung hin. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) teilte in einer Pressemitteilung ebenfalls mit, dass eine Wende nicht in Sicht sei. Die Geschäftserwartungen gingen in allen Branchen zurück. Die Erwartungen an das Auslandsgeschäft seien so niedrig wie seit zehn Jahren nicht mehr.

Für das Gesamtjahr rechnete die Bundesregierung zuletzt mit einem Wirtschaftswachstum von 0,5 Prozent. Im vergangenen Jahr war das Bruttoinlandsprodukt insgesamt noch um 1,4 Prozent gestiegen. *Peter Entinger*

MELDUNGEN

Expedition auf Mond oder Mars

Jerusalem – Wie der Hauptfinanzier der in ihrem Erstversuch gescheiterten israelisch-deutschen Bereschiet-Mondexpedition, der israelische Multi-Milliardär Morris Kahn mitteilte, wollen er und die ausrichtende SpaceIL das Forschungsprogramm mit einem weiteren Flug in zwei Jahren fortsetzen, allerdings in anspruchsvollerer Weise als bisher. Wenig später spezifizierte dies SpaceIL-Mitgründer Kfir Damari gegenüber der Jerusalem Post dahingehend, dass zumindest „etwas auf den Mond gebracht oder von dort geholt", vielleicht aber auch „ein entfernterer Ort ins Visier genommen" werden solle. Bei Letzterem dürfte es sich um den Mars handeln. T.W.W.

Gutes Eis muss nicht teuer sein

Berlin – Die Stiftung Warentest in Deutschland hat 19 Sorten Vanille-Eis (darunter dreimal veganes Eis) getestet. Es wurden Aussehen, Textur, Konsistenz, Geschmack, mögliche Aroma- oder Schadstoffe, die Verpackung und Kennzeichnung sowie die mikrobiologische Qualität bewertet. Die „gute" Nachricht: Das teuerste Eis ist auch das Beste. Unter den 19 getesteten Sorten war das von Häagen-Dasz qualitativ am besten, gefolgt von Mövenpick. Die Aldi-Marke belegte Platz drei. *K.G.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.925.950.080.204€
Vorwoche: 1.925.989.429.404 €

Verschuldung pro Kopf:
23.198 €
Vorwoche: 23.199 €

(Dienstag, 20. August 2019, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Abhängig von Peking

Hongkongs bedeutendste Fluggesellschaft Cathay Pacific

Die seit Wochen anhaltenden Demonstrationen gegen die Behörden in Hongkong und vor allem die Reaktion der chinesischen Führung darauf haben die bedeutendste örtliche Fluglinie, Cathay Pacific, deren 240 Maschinen 2018 rund 35,4 Millionen Passagiere beförderten, in die schwerste Krise ihrer 73-jährigen Geschichte gestürzt. Durch die starke Abhängigkeit vom chinesischen Markt, den man wöchentlich mit 850 Flügen zu 24 Zielorten bedient, ist das Unternehmen anfällig geworden für politisch motivierte Entscheidungen der roten Mandarine.

Diese betrachten die dramatischen Ereignisse in der ehemals britischen Kronkolonie mit großer Verärgerung und dementsprechend eindeutig fiel eine Ankündigung der Chinesischen Zivilen Luftfahrtbehörde (CAAC) aus: Besatzungsmitglieder, die sich diesen „illegalen Protesten" angeschlossen oder auch nur unterstützt hätten, würden nicht nur von Flügen nach China, sondern vollständig aus dem chinesischen Luftraum verbannt. Sämtliche Besatzungslisten würden von der Zentralen Kommission für Politische und Rechtliche Angelegenheiten rigoros und ohne Ausnahme überprüft.

Mittlerweile hat Cathay Pacific zwei Piloten und zwei weitere Mitarbeiter entlassen, die vertrauliche Informationen hatten durchsickern lassen beziehungsweise als Unruhestifter verhaftet worden waren. Die Unternehmensführung hat in Peking Farbe bekennen müssen, dabei ihren „Null-Toleranz-Ansatz" unterstrichen und kurz darauf mehr Sicherheit und verstärkte interne Kontrollen bekanntgegeben. Man stelle sich hinter die Regierung in Hongkong und warne davor, das Prinzip „Ein Land, zwei Systeme" in Frage zu stellen, das die Grundlage der Autonomie der Sonderwirtschaftsregion bildet. Als zirka 55 000 Passagiere von der Streichung von 272 Flügen während der zweitägigen Flughafenbesetzung betroffen waren und einzelne Fluggäste gar am Abflug gehindert wurden, sprach man von „unzumutbarem Verhalten", das den Ruf der Stadt als Ganzes schädigen würde.

> Mit Pekings Wohlwollen scheint vieles möglich

Nachdem die Aktien von Cathay Pacific Anfang der Woche kurzzeitig auf das niedrigstes Niveau der letzten zehn Jahre gefallen waren, gab Chinas größte Kreditbank eine deutliche Verkaufsempfehlung ab. Die Sorgen der Geschäftsführung sind berechtigt, denn immerhin erzielte Cathay Pacific 2018 mehr als die Hälfte der Einnahmen von 111 Milliarden Hongkong-Dollar (über 13 Milliarden Euro) dank China und dem bedeutenden Umsteigeknoten Hongkong.

Durch geschickte Investitionen ist es der Firma ab 2006 gelungen, sich einen beträchtlichen Anteil an einem der am schnellsten wachsenden Luftverkehrsmärkte der Welt zu sichern, dessen Aufkommen Mitte des nächsten Jahrzehnts den der Vereinigten Staaten übertreffen soll. Ein wichtiger Teil davon ist das Delta des Perlflusses, das neben Hongkong noch zehn andere Städte mit zirka 70 Millionen Einwohnern umfasst, obwohl sich die starke Konkurrenz in der Region negativ auf die Preise ausgewirkt hat.

Für Cathay Pacific steht also viel auf dem Spiel, zumal durch die politischen Verhältnisse und insbesondere die enge Zusammenarbeit mit der größten chinesischen Fluglinie, Air China, der Spielraum für den kommunistischen Machthabern nicht genehme Entscheidungen sehr begrenzt ist.

Markus Matthes

Volle Kraft voraus

Von Erik Lommatzsch

Für die Kanzlerin war es der übliche Sommerurlaub. Bayreuth und Wagner, dann Südtirol. Der Boulevard wollte etwas von einer Ehekrise vernommen haben, was kaum jemanden interessieren dürfte. Nun ist Merkel zurück. Sollte sie den Abstand vom Regierungsgeschehen genutzt haben, um in sich zu gehen und ihre politischen Linien zu reflektieren, dann ist sie zu dem Schluss gekommen, dass der derzeitige Kurs alternativlos richtig ist. Volle Kraft voraus.

Bezüglich der 2015 einsetzenden „Flüchtlingskrise“, deren unumkehrbare Auswirkungen Deutschland in den kommenden Jahren nachhaltig verändern werden, erklärte die Kanzlerin bei einer Veranstaltung in Stralsund selbstbewusst, wenn auch in Verkennung der Realitäten: „Meine Politik hat das Land nicht gespalten.“ Immer wieder würde sie sagen, es sei richtig gewesen, „dass wir in einer humanitären Ausnahme- und Notsituation geholfen haben.“

> Merkel bügelt kritische Stimmen ab

Dass es sich um eine solche gehandelt hat, scheint inzwischen unhinterfragbar festzustehen, ebenso wie die „Hetzjagden“ in Chemnitz vor einem Jahr. Geschichte wird so geschrieben, wie sie das vergangene Regierungshandeln rechtfertigt und das künftige begünstigt. In Stralsund fügte Merkel ihren Ausführungen hinzu, Deutschland könne nicht nur seinen eigenen Wohlstand pflegen. „Wir können nicht nur an uns alleine denken.“ Man stutzt etwas und fragt sich, wann die deutsche Politik zuletzt „nur an uns alleine“ gedacht hat. Vielleicht, als Innenminister Seehofer unlängst mit der bahnbrechenden Erkenntnis aufwartete: „Wer als syrischer Flüchtling regelmäßig in Syrien Urlaub macht, der kann sich ja nicht ernsthaft darauf berufen, in Syrien verfolgt zu werden. Dem müssen wir seinen Flüchtlingsstatus entziehen.“ Warum ist Derartiges nicht schon längst geschehen, obwohl die „Urlaube“ seit geraumer Zeit bekannt sind? Die Gefahr, dass wir „nur an uns alleine“ denken war und ist also sehr gering.

Ein „Gebot der Menschlichkeit“, so Merkel weiter, sei die „Seenotrettung“ im Mittelmeer. Immerhin hat sich auch bis ins Kanzleramt herumgesprochen, dass „nicht immer nur die Ärmsten und Schwächsten“ kommen. Merkels Konsequenz: „Wir sprechen mit den afrikanischen Ländern, wo wir helfen können. Schlepper und Schleuser wollen wir nicht unterstützen.“ Es sind wohl nur ganz böse Zungen, die behaupten, dass die deutsche Politik seit Jahren genau das tut.

Der „Klimaschutz“ kam auch zur Sprache, wenig überraschend: Es gab Lob für Greta Thunberg und die „Fridays for Future“-Bewegung. Auf der Stralsunder Veranstaltung wurde von einem Fragesteller die Ansicht geäußert, Merkel habe Deutschland „im Namen der Toleranz in eine Diktatur“ geführt. Mag der Begriff „Diktatur“ überspitzt sein, die Tatsache, dass Merkel die kritische Stimme abbügelte und offenbar nicht einmal verstanden hat, was hier gemeint war, lässt vom Rest ihrer wohl noch zwei Jahre dauernden Regierungszeit nicht die geringste Richtungsänderung erwarten.

»Haltet den Dieb!«

Von Manuel Ruoff

Umstritten war die von Angela Merkel als ihre Nachfolgerin ins Amt gehievte CDU-Vorsitzende schon vorher. Nun hat Annegret Kramp-Karrenbauer auch noch ihre Glaubwürdigkeit verspielt. Ihre „Aber“-Konstruktion „Es gibt aus gutem Grund hohe Hürden, jemanden aus einer Partei auszuschließen. Aber ich sehe bei Herrn Maaßen keine Haltung, die ihn mit der CDU noch wirklich verbindet“ ist für jeden, der ein Mindestmaß an Logik beherrscht, eindeutig. Nach dem „aber“ kommt eine Aussage, die das Vorausgesagte entscheidend relativiert.

Unabhängig davon drängt sich die Gegenfrage auf, wo bei AKK und deren politischer Ziehmutter eine Haltung zu sehen wäre, die sie „mit der CDU noch wirklich verbindet“. Mit der Blockflöte Ost-CDU mag es zugegebenermaßen mannigfache Überschneidungen geben, aber doch nicht mit der bürgerlichen Volkspartei der Altbundesrepublik. In weltanschaulich sensiblen Politikfeldern hat die Merkel-Truppe die rot-grüne Vorgängerregierung Schröder doch längst links überholt.

> AKK hat ihre Glaubwürdigkeit verspielt

Das reicht von der Energie- bis zur Ausländerpolitik. Einen zeitgleichen Ausstieg sowohl aus der Kernkraft als auch aus der Kohleverstromung hat nicht einmal die rot-grüne Bundesregierung der deutschen Volkswirtschaft und den deutschen Verbrauchern zugemutet. Ähnlich verhält es sich beim Staatsangehörigkeitsrecht. Rot-Grün hat zwar in der Bundesrepublik geborenen Ausländerkindern das Recht auf die deutsche Staatsangehörigkeit eingeräumt, aber als junge Erwachsene mussten sie sich doch wenigstens zwischen der deutschen und der Staatsangehörigkeit ihrer Eltern entscheiden. Erst Schröders Nachfolgerin hat diese sogenannte Optionspflicht abgeschafft und den Doppelpass auch für Erwachsene mit Migrationshintergrund zur Regel gemacht.

Merkels Grenzöffnung sucht in der rot-grünen Regierungszeit ihresgleichen. Das sind nur einige Beispiele ultra-rot-grüner Politik von Merkel & Co. Dass analog dazu Hans-Georg Maaßen die AfD rechts überholen würde, werden hingegen nicht einmal die schärfsten Maaßen-Kritiker behaupten wollen.

Verdächtig an die Methode „Haltet den Dieb!“ erinnert es auch, wenn AKK in ihrem Interview für die Funke Mediengruppe Maaßen fehlende Parteifreundschaft vorwirft: „Die CDU ist ... eine Partei, die von einer gemeinsamen bürgerlich-konservativen Haltung getragen wird. Eine Politik unter dem Deckmantel der CDU zu machen, die den politischen Gegner vor allem in den eigenen Reihen sieht, wird dieser Haltung nicht gerecht.“ Man könnte da glatt meinen, es wäre Maaßen gewesen, der für einen Parteiausschluss Kramp-Karrenbauers argumentiert hätte.

Wenn ein Täter sich zum Ankläger aufspielt: Annegret Kramp-Karrenbauer hat in ihrem jüngst der Funke Mediengruppe gewährten Interview schweres Geschütz gegen Hans-Georg Maaßen aufgefahren

Bild: pa

Gegenwind

Die USA stehen über den Gesetzen

Von Florian Stumfall

Während der Jahrzehnte des Kalten Krieges war den USA die Führerschaft der freien Welt zugefallen. Die Ordnung war einfach: hier der Westen und mit ihm die Guten, dort der Osten, das Reich des Bösen. Westliche Bewunderer der östlichen Ordnung wurden im Zaum gehalten, soweit sie nicht ohnehin eine hoffnungslose Minderheit darstellten.

Das ging so bis zum Jahre 1989, als der Ostblock zu bröckeln begann, und endete endgültig mit dem Zusammenbruch der UdSSR anno 1991. Danach war die Welt nicht mehr wie zuvor, auch wenn das allzu viele Bürger, Analysten und Politiker bis heute nicht erkannt zu haben scheinen.

So kann es kommen, dass man es sich zwischen Warschau und San Francisco weiterhin in der heimeligen Lesart der Dinge bequem eingerichtet, gemäß der die USA nun die einzige Weltmacht und nach wie vor Garant für Frieden und Freiheit sind. Das schmeichelt dem eigenen Lebensgefühl und enthebt jedermann der Notwendigkeiten einer neuen Beurteilung der geänderten Weltlage.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Umso dringender ist es geboten, einmal genauer hinzusehen, wie es sich denn mit der Führungsmacht verhält. Da kann man als erstes feststellen, dass die USA in so gut wie alle Kriege auf diesem Globus verwikkelt sind, teils offen, weil sie damit begonnen haben, teils mittelbar, weil sie Unruhen schüren und Gewalt fördern.

Dass sich das nicht so nebenher entwikkelt hat, ist daran zu erkennen, dass die USA gegen 1000 Militärbasen rund um den Erdball unterhalten – Gehabe und Instrumentarium eines Imperiums.

Die USA halten sich dazu berufen, ein Welt-Imperium zu unterhalten, in dem sie der Pflicht enthoben sind, sich an die Gesetze zu halten, die für alle anderen Länder gelten. Auch das geschieht nicht im Geheimen. Die USA, die gerade China immer wieder zur Einhaltung des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen von 1982 (SRÜ) mahnen, haben das Abkommen selbst nie unterzeichnet.

Ebenso meiden die USA zahlreiche Verpflichtungserklärungen im Bereich der Menschenrechte, so die UN-Kinderrechtskonvention, die ansonsten alle UN-Mitglieder ratifiziert haben, ferner den UN-Sozialpakt und -Zivilpakt sowie die Erklärung über die Rechte eingeborener Völker. Die USA sind kein Mitglied der Vereinbarung über das Verbot von Streubomben und von Landminen. Sie sind nicht Mitglied des Internationalen Strafgerichtshofes, der für die wesentlichen Tatbestände des Völkerstrafrechts zuständig ist, für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen.

Die USA enthalten sich ebenso der Mitgliedschaft beim Internationalen Gerichtshof in den Haag, der wichtigsten Judikative der Vereinten Nationen, der für Fragen zur Charta der Vereinten Nationen zuständig ist. Nicht gezeichnet respektive ratifiziert haben die USA des Weiteren die internationale Konventionen zum Frauenrecht, die Konvention zum Recht der Wanderarbeiter, die Konvention gegen das Verschwindenlassen von Menschen sowie den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte.

Wohlgemerkt: Die Abstinenz der USA von all diesen Vereinbarungen hindert sie nicht, deren Inhalte von anderen Ländern einzufordern. Die Gesetze haben für andere zu gelten, die USA stehen darüber.

Aber im Innern, fragt da ängstlich der gläubige Mensch, im Innern sind die USA doch Bannerträger von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten? So, wie das immer war? Doch leider, auch hier gilt: Freilich war es einmal so, aber das ist lange her. Um die Liste des Niedergangs abzukürzen, nur ein Blick auf den 11. September 2001, als in New York das Welthandelszentrum in sich zusammenbrach. Damals rief Präsident George Bush junior den Krieg gegen den Terror aus, und der Jubel der Nation war ihm sicher.

Was folgte, waren zwei Maßnahmen, die wegen der Kürze der Zeit, in der sie abliefen, bis heute unerklärlich sind, wenn man annimmt, dass sie erst nach dem 11. September beschlossen wurden. Zum einen brachte es das US-Militär fertig, binnen dreier Wochen mit einer kompletten Armee auf der anderen Seite des Globus in Afghanistan aufzumarschieren, eine Leistung, die alles in den Schatten stellt, was die Welt bislang an Blitzkriegen erlebt hat. Zum anderen trat noch im Oktober der Patriot Act in Kraft, abgesegnet von beiden Parlamentskammern, auch hier eine Geschwindigkeit, die einen schwindeln macht und als beispiellos gelten muss.

Diesen Patriot Act gilt es ein wenig zu beleuchten, um zu erkennen, dass der Jubel der Nation ein wenig voreilig gewesen ist. Dieses Gesetz nämlich enthält folgende Bestimmungen. Bei Telefon- und Internetüberwachungen müssen im Regelfall keine Richter mehr zugezogen werden, der Richter wird zwar informiert, ist aber verpflichtet, die Aktion zu genehmigen. Telefongesellschaften und Internetprovider müssen ihre Daten offenlegen.

Hausdurchsuchungen können ohne Wissen des jeweiligen Bürgers durchgeführt werden. Nicht mehr das Justiz-, sondern das Außenministerium entscheidet, welche Vereinigung als terroristisch zu gelten hat. Ausländer werden im Falle einer Mitgliedschaft abgeschoben. Das FBI steht über dem Bankgeheimnis, ohne dass ein Indiz gegen den Kontoinhaber vorliegen muss. Die CIA darf nun auch offiziell, was sie inoffiziell schon immer tat, nämlich auch im Inland ermitteln.

Der Autor: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier“. In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltsicht aufs Korn genommen.

Damit sind wesentliche Bürgerrechte abgeschafft. Doch der schwerstwiegende Eingriff ist anderswo festgeschrieben. Dabei geht es um einen Zusatz zu dem Ausgabengesetz des Jahres 2012, in dem der Kongress für folgende Maßnahmen seine Zustimmung gibt: Wer des Terrorismus verdächtigt wird, auch ohne weitere Indizien, nur der Vermutung eines Militärangehörigen nach, kann auf unbegrenzte Zeit inhaftiert werden, ohne dass er das Recht auf einen Anwalt oder richterliches Gehör hätte. Auch muss ihm der Grund für seine Inhaftierung nicht genannt werden.

Damit hat der Rechtsstaat in den USA endgültig Schiffbruch erlitten. Die Garantie der Freiheit für den einzelnen Bürger geht auf die Habeas-Corpus-Akte zurück, die der englische König Karl II. im Jahre 1679 unterzeichnet hat. Die heutigen USA aber, die zum Ende des 18. Jahrhunderts mit der Virginia Bill of Rights noch die englische Menschenrechtstradition fortgesetzt hatten, sind heute hinter die Zustände des englischen Absolutismus zurückgefallen.

Spätestens hier stellt sich die Frage nach der Demokratie in den USA. Auf einen kurzen Nenner gebracht muss man feststellen: Wenn ein Bewerber erst Kandidat und dann Präsident werden will, so braucht er heute an die eine Milliarde Dollar. Da gibt es zwei Möglichkeiten. Entweder er hat sie selber oder aber er muss sie sich geben lassen von denen, die sie haben. So kommt es, dass ein Präsident wie Barack Obama, der mit fremdem Geld ins Amt gekommen war, dieselbe Politik treibt wie einst die beiden Bush, die zu dem Klüngel gehörten, der die Präsidenten macht. Wer einer Gruppe von Menschen eine Milliarde schuldet, ist in seinen Entscheidungen nicht mehr frei.

Wer aber gehört zu diesem Klüngel? Ein Mann, der es wissen muss, ist Arend Oetker, Ehrenpräsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und fünf Jahre lang Vorsitzender der Atlantik-Brücke. Er sagt: „Die USA werden von 200 Ostküsten-Familien regiert und zu diesen wollen wir gute Beziehungen haben.“ Das ist die Wirklichkeit der USA im Jahre 2019. Die Bannerträger von Recht und Freiheit haben da ausgedient.

Gläubiger Schuldenkaiser

Spendabler Ehrenbürger – Augsburg ehrt Maximilian I. mit einer großen Ausstellung

Er galt als letzter Ritter. Augsburg ehrt Kaiser Maximilian I. mit einer prachtvollen Ausstellung.

Der Chronist Clemens Jäger überliefert die Worte, mit denen Kaiser Maximilian I. am Ende des Augsburger Reichstags von 1518 der Stadt Lebewohl gesagt haben soll: „Nun segne dich Gott, du liebes Augsburg und alle frommen Bürger darinnen! Wol haben wir manchen gutem muth in dir gehabt: nun werden wir dich nicht mehr sehen.“ Der von Todesahnungen erfüllte Habsburger behielt Recht. Kurze Zeit nach seinem letzten Besuch in Augsburg starb er im Januar 1519.

Maximilian hielt sich gern in der Reichs- und Bischofsstadt auf. Seine zahlreichen Besuche summieren sich auf 1037 Tage. Nirgendwo sonst in Deutschland weilte er länger. Mit der prachtvollen Sonderschau „Maximilian I. (1459–1519) – Kaiser. Ritter. Bürger zu Augsburg“ in dem nach König Max II. von Bayern benannten Maximilianmuseum gedenkt die Stadt des vor 500 Jahren gestorbenen Kaisers, den sie 1957 zum „Ehrenbürger“ ernannte.

Rund 150 wertvolle Bilder, Bücher, Objekte und Dokumente sind aufgeboten. Schwerpunkt der Schau sind die engen Verbindungen zwischen Maximilian und Augsburg. Kuratorin Heidrun Lange-Krach bescheinigt ihrer Ausstellung eine gewisse „Papierlastigkeit“. Das liegt darin, dass Augsburg ein Zentrum der Druckkunst war. Die nutzte Maximilian, um vor seinen Zeitgenossen zu prunken und der Nachwelt in guter Erinnerung zu bleiben.

Doch bevor es in der Schau glanzvoll wird, sorgt das von einem unbekannten Maler geschaffene „Totenbildnis Maximilians I.“ (16. Jh.) für einen erschreckenden Anblick. Denn der Kaiser hatte die Anweisung gegeben, dass sein Leichnam gegeißelt werde, ihm die Haare geschoren und die Zähne ausgeschlagen werden, um Buße für seine Sünden zu tun.

Porträts stellen uns Augsburger Persönlichkeiten vor, die Maximilian hilfreich zur Seite standen. Eine Federzeichnung Albrecht Dürers präsentiert den Patrizier „Matthäus Lang von Wellenburg“ (um 1518). Maximilian erhob diesen zu seinem engen Ratgeber und dank seiner Unterstützung stieg Lang zum Kardinal auf. Er rief 1508 im Dom von Trient Maximilian zum Kaiser aus.

Hans Burgkmairs Farbholzschnitt präsentiert „Jakob Fugger den Reichen“ (1511). Auch eine Ausgabenrechnung des Handelsherrn und Bankiers für Maximilian wird präsentiert. Sie weist uns darauf hin, dass er der wichtigste Geldgeber für die Kriegszüge des Herrschers sowie seine kostspielige Hofhaltung mitsamt glanzvollen Ritterturnieren war. Maximilians enorme Schulden sind so legendär wie seine Prachtentfaltung. Die ging bis hin zu den vergoldeten Fingerspitzen der Handschuhe einer Harnischgarnitur, die der bedeutende Augsburger Plattner Lorenz Helmschmied für ihn schuf.

Terrakotta-Kaiser: Standbild Maximilians I. von Hans Reichle (um 1600)

Bild: Kunstsammlungen und Museen Augsburg/Lenz Mayer

Mit ehrgeizigen Kunstaufträgen ließ Maximilian das Haus Habsburg und erst recht sich selbst feiern. Der berühmteste Künstler, der für ihn arbeitete, war der Nürnberger Albrecht Dürer. Er ist mit einem um 1518/19 von zwei Stöcken in Gold und Schwarz abgezogenen Holzschnitt vertreten, der das Brustbild des würdevoll nach rechts schauenden Maximilian präsentiert. Diese von Dürer auch als Gemälde verwirklichte Darstellung bestimmt wie keine andere unsere Vorstellung vom Aussehen Kaiser Maximilians I. Aber allen voran waren es Augsburger Künstler, die der Kaiser mit Aufträgen betraute.

Der mit Holzschnitten von Hans Burgkmair d. Ä., Hans Schäufelin und Leonhard Beck ausgestattete und von Maximilian höchstselbst verfasste autobiografische Epos „Theuerdank“ erschien 1517. Vieles andere blieb unvollendet oder kam erst nach Maximilians Tod zum Abschluss. So entwarf Leonhard Beck über 100 Holzschnitte von Heiligen, die Maximilian als Mitglieder seiner Familie reklamierte. Sie sollten seine ehrwürdige Herkunft bezeugen. Zu seinen Lebzeiten erschienen jedoch nur wenige Probedrucke, darunter die seltenen Abzüge zweier Patrone des Bistums Augsburg: die heiligen Bischöfe Ulrich und Simpert.

Die Bistumspatrone Simpert, Ulrich und Afra ruhen in der katholischen Ulrichsbasilika, ehemals Kirche des 1802 aufgelösten Benediktinerklosters St. Ulrich und Afra. Dem war Maximilian eng verbunden. 1492 nahm er als Sarkophagträger an der Translationsfeier des heiligen Simpert teil. Acht Jahre später legte Maximilian den Grundstein zum Neubau des Chores der Ulrichsbasilika und nahm an der feierlichen Weihe des Langhauses teil.

Im Maximilianmuseum sind kleinformatige Reproduktionen dreier Gemälde ausgestellt, die die Prozession, die Grundsteinlegung des Chores und die Langhausweihe zeigen. Die jeweils mehr als vier Meter langen Originalgemälde, die ein unbekannter Künstler um 1613 schuf, hängen im südlichen Querhaus und im Hochchor der besuchenswerten Ulrichsbasilika. Der fromme Herrscher trat sogar der Bruderschaft von St. Ulrich und Afra bei.

Doch die guten Beziehungen zu den Brüdern wurden auf eine harte Probe gestellt, denn sie veruntreuten die ihnen vom Kaiser zur Errichtung seines Reiterstandbildes anvertrauten Gelder. Hans Burgkmairs Entwurfszeichnung des Reiterstandbildes (um 1508) zeigt den geharnischten Kaiser, der stolz aufgerichtet im Sattel seines Pferdes steht. Vortrefflicher hätte man den „letzten Ritter“ nicht darstellen können.

Aber diesen Beinamen erhielt Maximilian erst Jahrhunderte nach seinem Tod. Kuratorin Lange-Krach ist sich sicher: Der Kaiser hätte diesen Beinamen abgelehnt, denn er sah sich seinem Rang gemäß als den „ersten Ritter“ an. *Veit-Mario Thiede*

Bis 15. September im Maximilianmuseum, Fuggerplatz 1, Augsburg, geöffnet Dienstag bis Sonntag 10 bis 17 Uhr, donnerstags bis 20 Uhr, Eintritt: 9 Euro. Internet: www.kunstsammlungen-museen.augsburg.de. Führungen auf den Spuren Kaiser Maximilians I. durch Augsburg buchbar unter www.augsburg-tourismus.de

MELDUNGEN

Ausstellung über eine Ausstellung

Berlin – Anlässlich des in diesem Jahr groß gefeierten 100. Bauhaus-Jubiläums präsentiert die Kunstbibliothek am Kulturforum, Matthäikirchplatz 6, 10785 Berlin, den von László Moholy-Nagy konzipierten Ausstellungsraum „Wohin geht die typographische Entwicklung?“ erstmals seit 90 Jahren wieder der Öffentlichkeit. 1929 hatte der Bauhausmeister 78 Schautafeln zur Zukunft der Typografie gestaltet und im Martin-Gropius-Bau in Berlin ausgestellt. Mit der vom 29. August bis 15. September präsentierten Rekonstruktion dieser Ausstellung und einer umfangreichen Publikation öffnet sich ein neuer Blick in eine der innovativsten Phasen im Schaffen des ungarischen Künstlers. *tws*

Goethe, der Naturforscher

Weimar – 23 000 Objekte umfasst Johann Wolfgang von Goethes herausragende naturwissenschaftliche Sammlung. Physikalische Experimentiervorrichtungen, Gesteinsproben, Tierpräparate und vieles mehr trug er in über 50 Jahren aus aller Welt zusammen. Der Dichter und Staatsmann beschäftigte sich mit nahezu allen zu seiner Zeit bekannten Gebieten der Naturwissenschaft und stand in regem Austausch mit deren führenden Köpfen. Anlässlich seines 270. Geburtstages zeigt die Klassik Stiftung Weimar vom 28. August, dem Geburtstag Goethes, bis zum 5. Januar 2020 mit „Abenteuer der Vernunft“ im Schiller-Museum, Schillerstraße 12, 99423 Weimar, die erste umfassende Ausstellung über Goethes naturwissenschaftliche Studien im Kontext der modernen Forschung um 1800. *tws*

Dürers bester Schüler

Die Königsberger behielten ihn gleich da – Die Karriere des Kupferstechers Jakob Binck

Als größter deutscher Kupferstecher der Renaissance gilt Albrecht Dürer. Es ist nicht vermessen zu sagen, dass sein Zeitgenosse Jakob Binck der größte in Ostpreußen tätige Kupferstecher war. Binck stammte eigentlich aus Köln, wurde wahrscheinlich in Nürnberg im Umfeld vom älteren Dürer als Grafiker geprägt und wirkte vor allem an den Höfen von Kopenhagen, Stockholm und Königsberg, wo er vor 450 Jahren gestorben ist

Binck glänzte als herausragender Porträtist, schuf viele Reproduktionen von berühmten Künstlern und unterstrich zudem als Druckgrafiker im Stil des niederländischen Malers Lucas van Leiden seine Vielseitigkeit. Damit erreichte Binck als Künstlergröße der Renaissance über seinen Tod hinaus bis in die Gegenwart eine beträchtliche Nachwirkung.

Binck wurde um 1490 in Köln geboren. Seine offenbar wohlhabenden Eltern förderten seine künstlerische Begabung und gaben ihn in diesem Zusammenhang früh in die Obhut bekannter Meister. Dazu gehörten Studien in Nürnberg, das damals zu den wichtigsten Reichsstädten und Künstlerzentren gehörte.

Eine Schlüsselgestalt dieser Kunstszene war Dürer, der nach Italienreise und Auseinandersetzung mit der dortigen Renaissancekunst Vorbild für viele Künstler wurde. Darunter zählte auch Binck, der sich zunächst in Nürnberg den Brüdern Barthel sowie Hans Sebald Beham anschloss, Schülern von Dürer, ehe er dann wohl auch den direkten Kontakt zum Nürnberger Großmeister der Künstlerschaft pflegte und von ihm lernte.

Die Nürnberger Lehrjahre umfassten das Porträtieren, die Kopie und die Kupferstecherei. Dürer war es sicherlich, der Binck auf

Bild: Courtauld Institute of Art

Selbstbildnis Bincks um 1611

die Niederländer um van Leyden verwies. Mit den Nürnberger Grundlagen unternahm der junge Künstler dann zur weiteren Vervollkommnung Studienreisen, die ihn nach 1525 in die Niederlande brachten, wo er auch mit dem fast gleichaltrige van Leyden zusammentraf. Dieser Künstler galt bald als „Großmeister der Renaissance in den Niederlanden“.

Das schlug sich bei van Leyden in religiösen Bildern, wirklichkeitsnahen Porträts und prachtvollen Kupferstichen nieder. Davon profitierte nun auch Binck, der sich als guter Schüler erwies.

Nach diesem Qualitätszuwachs reiste Binck nach Kopenhagen, wo ihn der kunstsinnige dänische König Christian III. mit Kusshand verpflichtete. Die Palette der Kopenhagener Arbeiten für den König und dessen Umfeld reichte von Porträts über Siegel bis zu Medaillons. Binck genoss bald einen hervorragenden Ruf, der ihm auch Angebote aus Schweden eintrug.

Nach einigen Arbeitsjahren in Kopenhagen ging er deshalb 1541 nach Stockholm, wo er am dortigen Hof seinen Künstlerruf mit weiteren Werken festigte. Größere Bekanntheit aus der Schwedenzeit erreichte ein Bildnis von König Gustav Wasa.

Inzwischen hatte man wohl auch in Königsberg über die Verwandtschaft in Kopenhagen Kenntnis von der künstlerischen Meisterschaft Bincks erhalten. Herzog Albrecht von Preußen, der Schwager des Dänenkönigs, erreichte 1543 den Wechsel Bincks nach Königsberg. Hier erhielt der gefragte Maler einen überaus großzügigen Anstellungsvertrag als Hofmaler, der ihm viele Reisefreiheiten und ein gutes Gehalt sicherte. Binck blieb bis an sein Lebensende Hofmaler in Königsberg, nutzte aber regelmäßig seine vertraglich gesicherten Reiseprivilegien für weitere Auslandsaufenthalte. Seine Hauptwirkungsstätten waren deshalb außer Königsberg auch immer wieder Kopenhagen, Antwerpen, Finnland und zuletzt auch Kurland.

Binck schuf vorrangig Porträts, Medaillen, Druckgrafiken, die in der Qualität denen van Leydens glichen, und Reproduktionen, die von seinen fürstlichen Auftraggebern verlangt wurden. Dabei kopierte er hauptsächlich Werke von Dürer, Hans Baldung, Martin Schongauer und Albrecht Altdorfer sowie auch von italienischen und niederländischen Größen.

Zwischendurch gab es zwei weitere Aufenthalte in Antwerpen, wo er mit Cornelis Floris Kontakt hatte, das Epitaph für die verstorbene Herzogin von Preußen erwarb, Kopien anfertigte und neue Anregungen aufnahm.

Nach einem Kurlandaufenthalt 1565 ließ es der Meister im Alter ruhiger angehen. Darüber starb er am 28. August 1569 in Königsberg. Diese Datumsangabe nimmt Bezug auf einen Brief des preußischen Herzogs an den dänischen König, in dem am 28. August 1569 das zuvor erfolgte Ableben Bincks erwähnt wird. Sein Wirken und seine Bedeutung werden bis heute in kunstwissenschaftlichen Nachschlagewerken gewürdigt.

Martin Stolzenau/tws

Kollos Berlin

Filmerinnerung an einen Operettenkönig

Ein kleines Filmjuwel über Berlin von 1895 bis 1945 und den ostpreußischen Operettenkomponisten Walter Kollo ist wieder aufgetaucht. Der 1958 entstandene Film „Solang noch unter Linden“ kommt jetzt in digitaler Bearbeitung neu als DVD und Blue-ray heraus. Am 25. August wird die neue Fassung außerdem im Scala Kulturpalast, Eisenbahnstraße 182, in Werder an der Havel um 17 Uhr aufgeführt.

An dem nach dem populären Kollo-Schlager „Solang noch unter Linden“ benannten Schwarz-Weiß-Streifen war der gesamte Kollo-Clan beteiligt. Walter Kollos Sohn Willi führte Regie und Enkel René, der später gefeierte Operettentenor, spielt die Hauptrolle. Die ebenfalls im Film mitwirkende Enkelin Marguerite sorgte jetzt für die Neuveröffentlichung.

Heute würde man den Musikfilm als Dokudrama bezeichnen: Spielszenen wechseln sich mit Gesangsdarbietungen der Kollo-Hits und historischen Filmaufnahmen ab. Das Leben Walter Kollos wird so umrahmt von der damaligen Zeitgeschichte mit Wilhelm II. oder Hindenburg in den Nebenrollen. Ganz reale Rollen füllen damalige Berliner Kabarettgrößen wie Wolfgang Gruner als Kollos Textdichter Hermann Frey aus. Deren Berliner Schnauze geben dem Film eine amüsante Note und viel Lokalkolorit. *Harald Tews*

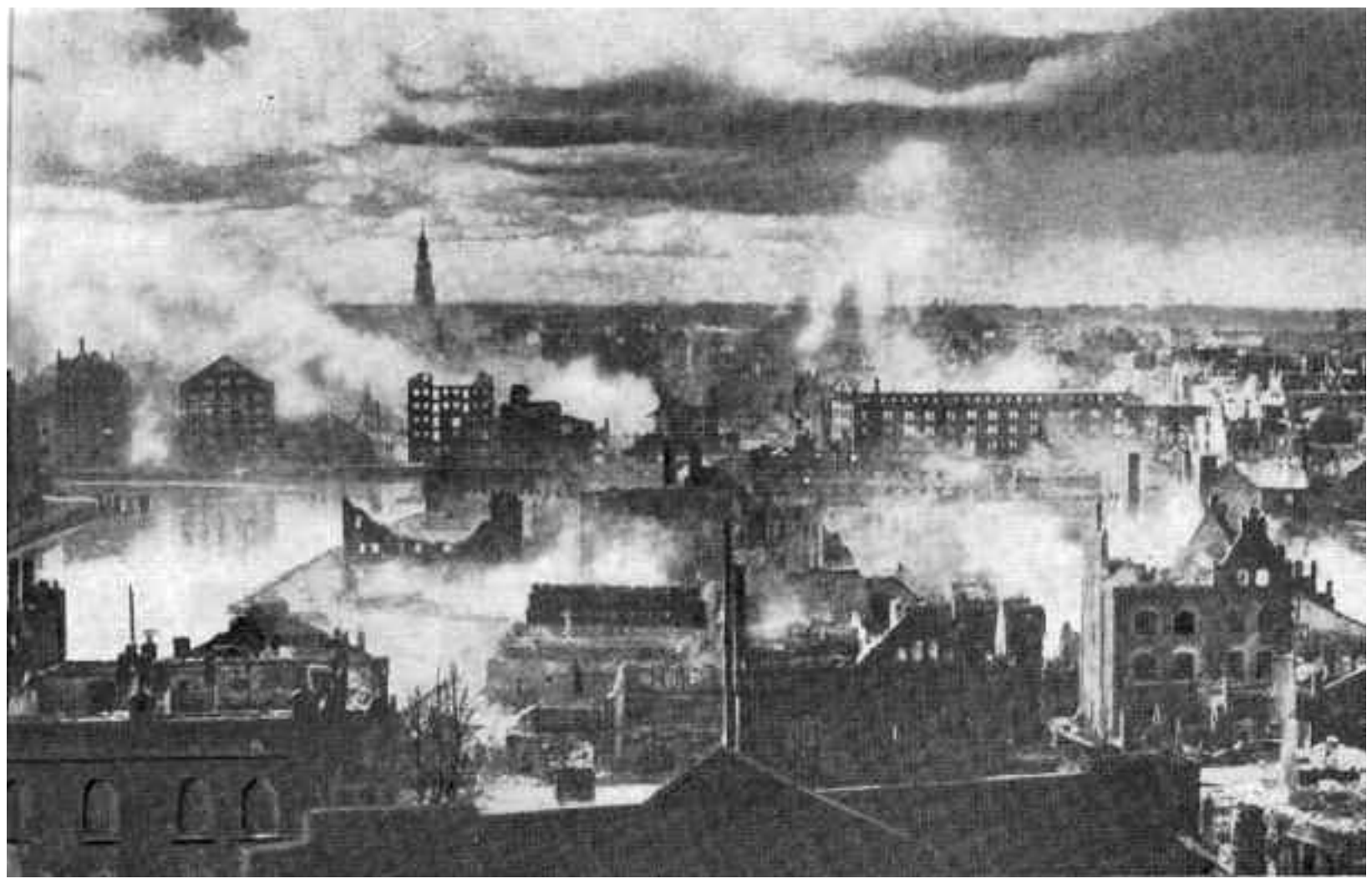
Bild: Kollo-Archiv

René Kollo (l.) in der Rolle seines Großvaters Walter trifft den Textdichter Frey, gespielt vom Kabarettisten Wolfgang Gruner

Vor den Sowjets kamen die Briten

Vor 75 Jahren wurde Königsbergs Innenstadt durch einen menschengemachten Feuersturm weitgehend zerstört

In den beiden Nächten vom 26. auf den 27. und vom 29. auf den 30. August 1944 führte die Royal Air Force Flächenbombardierungen auf Königsberg durch mit dem Ziel, einen Feuersturm zu entfachen. Das Ziel wurde erreicht. Rund 5000 Menschenleben kosteten die Terrorangriffe, 200 000 Königsberger wurden obdachlos.



Rauchende Trümmer: Königsbergs Innenstadt nach den Flächenbombardements von vor 75 Jahren Bild: *PAZ*-Archiv

Nur wenige Städte litten 1945 so massiv wie Königsberg. Flucht und Vertreibung, Vergewaltigungen und Misshandlungen – oft mit tödlichem Ausgang – verdichteten sich in der ostpreußischen Metropole zu einem Narrativ des Grauens. Zerstörungen bei der Belagerung der Stadt und spätere Brandschatzungen durch die Rote Armee taten ein Übriges. Als wäre das alles nicht Schrecken genug, wurden Königsberg und das nördliche Ostpreußen im Potsdamer Abkommen sowjetischer Verwaltung unterstellt – eine provisorische Maßnahme der Siegermächte, die durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12. September 1990 zum endgültigen Verlust deutscher Territorialhoheit führte.

Allerdings war Königsberg schon vor 1945 eheblichen Kriegseinwirkungen ausgesetzt. Bereits am 22./23. Juni 1941, gleich nach Beginn des Russlandfeldzugs, geriet die Stadt ins Visier der sowjetischen Luftstreitkräfte. Zweimotorige Iljuschin-Fernbomber beschädigten die Kaimauer und das städtische Gaswerk. Weitere Bombenabwürfe mit ebenfalls noch begrenzten Sachschäden erfolgten Ende August/Anfang September 1941. Heftiger wurde es am 10./11. und 29./30. April 1943, als viermotorige Flugzeuge des Typs Petljakow Pe-8 schwere Sprengbomben abwarfen, die eine wohl im zweistelligen Bereich liegende Zahl von Einwohnern das Leben kosteten.

Auch dieses historische Gebäude in Königsbergs Innenstadt war nach den britischen Terrorangriffen vom August 1944 nur noch ein Ruine: Das Königsberger Schloss

Bild: *PAZ*-Archiv

Diese Angriffe reichten aber nicht an das vom britischen Bomberkommando erzeugte Inferno heran. Vor 75 Jahren, in den Nächten vom 26. zum 27. und vom 29. zum 30. August 1944, nahm das Unheil seinen Lauf. Oberbefehlshaber Arthur Harris schickte seine im Sprengen und Verbrennen ganzer Städte erfahrenste Staffel, die Bomber Group No. 5, auf die 1500 Kilometer weite Strecke nach Königsberg. 174 beziehungsweise 189 viermotorige Maschinen des Typs Avro 683 „Lancaster“ warfen insgesamt 900 Tonnen Bomben auf die Stadt ab.

Der erste Angriff wütete vor allem im nordöstlichen Stadtteil Maraunenhof, im Bereich Cranzer Allee, Herzog-Albrecht-Allee und Wallring. Getroffen wurden Kasernengebäude, hauptsächlich aber zivile Wohnhäuser. 1000 Menschen starben, 10 000 wurden obdachlos. Ganze vier „Lancaster“-Bomber konnten von der Flugabwehr abgeschossen werden.

Noch furchtbarer verlief der zweite Angriff, obwohl das Wetter die Bewohner und Verteidiger Königsbergs zu begünstigen schien. 20 Minuten lang mussten die am Treibstofflimit fliegenden Briten warten, bis die Wolkendecke aufriss und den Blick auf die Stadt freigab. Immerhin 15 Maschinen konnten von deutschen Nachtjägern abgeschossen werden. Innerhalb weniger Minuten zerbarsten und verbrannten die Innenstadtteile Altstadt, Löbenicht und Kneiphof im Bombenhagel. Zerstört wurden alle historischen Gebäude mit ihrer unersetzlichen Ausstattung, der Dom und zwölf weitere Kirchen, das Schloss, die Alte und die Neue Universität mit vielen Instituten und Kliniken, das Kneiphöfsche Rathaus (Stadtgeschichtliches Museum), das Opernhaus, die Staats- und Universitätsbibliothek, das malerische Speichervierteil, die seit 1722 bestehende Buchhandlung Gräfe und Unzer und die Hälfte aller Schulen. Ein Raub der Flammen wurden auch das Geburtshaus E.T.A. Hoffmanns und das Wohnhaus Heinrich von Kleists.

Rund 5000 Tote neben 200 000 Obdachlosen beschreiben den Blutzoll Königsbergs am 30. August 1944. Mit einem ausgeklügelten Spreng- und Brandbombeneinsatz unter Ausnutzung der dichten Bebauung entfachten die routinierten Angreifer einen apokalyptischen Feuersturm. Aus den Kellern brennender Häuser gab es kein Entrinnen. Mochte man drei Tage zuvor angesichts beschädigter Kasernen von einem „unterschiedslosen Bombardement“ auf zivile und militärische Objekte sprechen, so war der Luftschlag vom 29./30. August 1944 reiner Bombenterror, der ausnahmslos zivilen Zielen galt. Zudem durchquerten die auf kürzestem Weg von England nach Königsberg fliegenden Bomberstaffeln den Luftraum Schwedens, eine gravierende Verletzung der schwedischen Neutralität, die zum diplomatischen Protest der dortigen Regierung führte.

Finnland war damals lose mit dem Deutschen Reich verbündet, bevor es kurz darauf die Fronten wechselte.

Vor allem aber arbeitete die Royal Air Force in der Stadt Immanuel Kants ihre Strategie des totalen Luftkriegs ab. Bereits 1914/18 hatte der britische Munitionsminister Winston Churchill von einem – damals noch unrealistischen – „Tausendbomberangriff“ auf Berlin geschwärmt, dessen gewaltiges Demoralisierungspotenzial den Ersten Weltkrieg schlagartig beenden sollte. 1925 verstieg sich der selbsternannte „Soldier of Christ“ in ein wahres Armageddon: „Der Tod steht in Bereitschaft, ... die Menschen in Massen hinwegzumähen, bereit, wenn man ihn ruft, die Zivilisation ohne Hoffnung auf Wiederaufbau zu Staub zu zerstampfen. Vielleicht wird es sich das nächste Mal darum handeln, Frauen und Kinder oder die Zivilbevölkerung überhaupt zu töten, und die Siegesgöttin wird sich zuletzt voller Entsetzen demjenigen vermählen, der das in gewaltigstem Umfang zu organisieren versteht.“

Churchills Aussagen leiten über zu der nach dem RAF-Mitbegründer sowie ersten Chief of the Air Staff und Marshal of the Royal Air Force Hugh Trenchard benannten Trenchard-Doktrin vom unterschiedslosen Luftkrieg gegen (angeblich untrennbar miteinander verzahnte) zivile und militärische Ziele. 1936 wurde ein strategisches Bomberkommando geschaffen, „dessen Daseinsberechtigung allein darin lag, Deutschland zu bombardieren, wenn es unser Feind sein sollte“, wie James Molony Spaight, Unterstaatssekretär im britischen Luftfahrtministerium, es 1944 formulierte.

Zum nächsten Meilenstein avancierte die Area Bombing Directive vom 14. Februar 1942. Mit Flächenangriffen auf Innenstädte, dem sogenannten Morale Bombing, wollte Churchill, inzwischen Premierminister, die Kampf- und Durchhaltemoral der Deutschen brechen. Charles Portal, von 1940 bis 1946 Trenchards Nachfolger als Chief of the Air Staff, gab Interpretationshilfe: „Ich nehme an, es ist klar, dass die Zielpunkte die Wohngebiete sein sollen und nicht Werften oder Flugzeugfabriken. Das muss ganz deutlich gemacht werden, falls es noch nicht verstanden worden ist.“ Einige Wochen später gingen die leicht brennbaren Altstädte von Lübeck und Rostock in Flammen auf.

Immer mehr Brand- und Sprengbomben prasselten auf Zivilisten, Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter in mehr als 100 deutschen Städten herab. Sie töteten etwa eine halbe Million Menschen. Den ersten Feuersturm mit vierstelliger Opferzahl entfachten die Briten am 29./30. Mai 1943 in Wuppertal-Barmen. 35 000 Zivilisten erstickten und verglühten bei Angriffen auf Hamburger Arbeiterwohnviertel Ende Juli 1943, die zynischerweise den Codenamen „Operation Gomorrha“ trugen. Viele Ostdeutsche starben als Flüchtlinge vom 13. bis 15. Februar 1945 in Dresden sowie am 12. März 1945 im vorpommerschen Ostseehafen Swinemünde, als die United States Army Air Force (USAAF) bei einem „Verkehrsangriff auf Rangierbahnhöfe“, so die Annalen der 8. US-Flotte, über 20 000 Menschen ins Jenseits beförderte. *Björn Schumacher*

> »Ich nehme an, es ist klar, dass die Zielpunkte die Wohngebiete sein sollen und nicht Werften oder Flugzeugfabriken«

Warum aber wurde Ostpreußens Metropole von der Royal Air Force (RAF) attackiert? Parallelen zum Doppelschlag auf Dresden am 13./14. Februar 1945 drängen sich auf. Der heranrückenden Roten Armee sollte wohl die Schlagkraft des Bomber Command demonstriert werden, zumal Josef Stalin die britische Regierung seit Längerem drängte, ihre Kriegsanstrengungen zu steigern. Die Vernichtung Königsbergs dürfte zudem ein Signal an Finnland und dessen nun ebenfalls von britischen Militärbasen erreichbare Hauptstadt Helsinki gewesen sein.

Waren diese Terrorangriffe auf Zivilisten erlaubt?

Durften die Briten Königsberg mit Hunderten von Spreng- und Brandbomben auslöschen? Vom Standpunkt einer deontologischen beziehungsweise Pflichtenethik, die menschliche Handlungen losgelöst von ihren mittelbaren (unter Umständen begrüßenswerten) Folgen bewertet und kategorische statt konditionaler Verhaltensbefehle erteilt, ist das zu verneinen. Auf den Punkt brachte es 1539 der spanische Spätscholastiker Francisco de Vitoria: „Niemals ist es erlaubt, Unschuldige als solche und absichtlich zu töten.“ Der dem scholastischen Naturrecht nahestehende Robert Spaemann folgert daraus „das strikte Verbot von Bombardements auf offene Wohngebiete im Krieg“.

Aber auch der moralphilosophische Gegenentwurf, die konsequentialistische beziehungsweise Handlungsfolgenethik, bringt kein anderes Resultat. Der Lobpreis britischer Historiker auf die Flächenbombardements, die angeblich zur Kriegsverkürzung und dem Ende der NS-Herrschaft beigetragen hätten – der britische Nachkriegshistoriker Richard Overy sprach von „barbarisch, aber sinnvoll“ – scheitert am Verhältnismäßigkeitsprinzip. Mag das erstrebte (militärische) Ziel noch so wertvoll sein, rechtfertigungsfähig sind darauf gerichtete Handlungen nur dann, wenn der gleichzeitige Verlust anderer moralischer Güter auf das erreichbare Minimum beschränkt bleibt. Anders gewendet: Unter allen geeigneten Mitteln zur Realisierung eines überragend guten Zwecks kann nur jenes Mittel moralisch erlaubt sein, das andere moralische Güter so weit wie möglich verschont. Das waren hier Präzisionsangriffe auf militärische Objekte im Deutschen Reich, wie sie treffsicher von den US-Amerikanern geflogen wurden. Die Treibstoffversorgung der Wehrmacht kam dadurch zum Erliegen.

Waren die Flächenbombardements (Area Bombing) auf Königsberg auch kriegsrechtlich verboten? Dagegen könnte sprechen, dass die Vertragsstaaten der maßgebenden Haager Landkriegsordnung (HLKO) von 1907 über taktische Luftoperationen an der Front, jedoch nicht über – damals undurchführbare – strategische Angriffe auf feindliches Hinterland debattiert haben. Allerdings ist das Gesetz klüger als der Gesetzgeber, um es mit dem deutschen Rechtsphilosophen Gustav Radbruch zu sagen. Die Interpretation einer Rechtsnorm verlangt auch im Völkerrecht den Rückgriff auf Sinn und Zweck dieser Norm. Sinnvoll auslegen lässt sich die HLKO nur im Lichte ihrer Zivilschutzidee. Daraus folgt, dass die vom Wortlaut in etwa passenden Art. 23 b und g, 25 und 27 HLKO die Vernichtungsangriffe auf Königsberg, Hamburg oder Dresden tatsächlich verboten haben. Alternativ lässt sich die Meinung vertreten, das Area Bombing des Zweiten Weltkriegs habe geltendes Kriegsvölkergewohnheitsrecht verletzt. *B.S.*

Kein Ruhmesblatt in der Biografie Steinmeiers

Elf Jahre vor der aktuellen Schredder-Affäre in Österreich skandalisierte der heutige Bundespräsident die »Bundeslöschtage«

Die aktuelle Affäre um das Schreddern von Festplatten aus dem österreichischen Bundeskanzleramt nach dem Ende der Kanzlerschaft von Sebastian Kurz erinnert an den Vorwurf, nach dem Ende der Amtszeit von Helmut Kohl und unmittelbar vor dem Regierungswechsel zu Gerhard Schröder seien Akten aus dem deutschen Bundeskanzleramt verschwunden und diesbezügliche Daten gelöscht worden. Die Erregung darüber war in Berlin groß, die Aufregung in Wien ist groß. Die interessante Frage ist, ob beide Vorgänge vergleichbar sind.

Die Schredder-Affäre in unserem Nachbarland Österreich ist unter der Überschrift „Ein ‚vollkommen normaler' Vorgang? Österreichs Ex-Kanzler Sebastian Kurz gerät durch die Schredder-Affäre unter Druck" kürzlich hier ausführlich dargestellt worden (siehe Nummer 31 vom 2. August). Knapp zusammengefasst geht es bei dieser Affäre darum, dass ein damaliger Abteilungsleiter im Bundeskanzleramt in Wien fünf Tage nach Bekanntwerden der Ibiza-Geschichte, die aufgrund einer politisch erstaunlichen Allianz der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) mit der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) per Misstrauensantrag im Nationalrat zur Abwahl von Kanzler Kurz führte, fünf Festplatten aus dem Bundeskanzleramt bei einem Entsorgungsunternehmen namens „Reisswolf" zerstören ließ. Weil der kommenden Nationalratswahl – auf dieser Affäre herum gekaut.

Den bekannten Ausspruch von Georg Wilhelm Friedrich Hegel „Aus der Geschichte der Völker können wir lernen, dass die Völker nichts aus der Geschichte gelernt haben" hat die ungarische Philosophin Ágnes Heller mit der Feststellung ergänzt: „Doch ebenso gilt, dass sich Geschichte nicht wiederholt. Die Erfahrungen aus verschiedenen Epochen der Geschichte bestätigen dieses Diktum. Jedoch lassen sich Vorgänge erinnern, bei denen sich zumindest die Frage einer Vergleichbarkeit (oder aber der Unterschiedlichkeit) geradezu aufdrängt. So führt die aktuelle Diskussion der österreichischen „Schredderaffäre" geradewegs und zwangsläufig zu der Erinnerung an den sogenannten Bundeslöschtag in Deutschland. Die heute als „Legende" bezeichnete, so Rainer Blasius in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", inzwischen fast vergessene Affäre war seinerzeit ein politischer und medialer Aufreger vom Format eines Super-Krimis – war doch sogar von „Regierungskriminalität" die Rede.

Worum ging es? Nach dem Wechsel der Regierung Kohl zur Regierung Schröder wurden Vorwürfe laut, dass unmittelbar vor dem Regierungswechsel im Herbst 1998 im Kanzleramt rechtswidrig Daten gelöscht und Akten entsorgt worden seien. Als neuer Kanzleramtschef widmete Frank Walter Steinmeier sich mit besonderem

Jurist und amtierender Bundespräsident: Walter Steinmeier

Bild: Bundesregierung

Schreddern in Wien und Löschen in Berlin: Parallelen und Unterschiede

Auftraggeber die Rechnung über rund 76 Euro dafür nicht bezahlte und Mahnungen nichts fruchteten, wurde die Sache öffentlich. Die Gegner des Ex-Kanzlers witterten ein gefundenes Fressen; so wird – vermutlich bis zur vorgezogenen Verfolgungseifer der Aufklärung des Vorgangs, den Steinmeier als „ungeheuerlich" bezeichnete. Eingeleitet wurde ein disziplinarrechtliches Vorermittlungsverfahren; als Ermittlungsführer bestellte Steinmeier den prominenten Politiker und Juristen Burkhard Hirsch (FDP) – ein politisch kluger Schachzug des SPD-Politikers und eine unkluge Auftragsannahme des FDP-Politikers, zu erklären wohl mit Hirschs vermutlicher Aversion gegen Helmut Kohl. Nach Vorliegen des sogenannten Hirsch-Berichts stellte das Bundeskanzleramt zunächst Strafantrag gegen Unbekannt, später gegen frühere Beamte der Kohl-Regierung – ohne Erfolg; denn die Bonner Staatsanwaltschaft sah keinen für eine Strafverfolgung hinreichenden Tatverdacht, dies trotz erheblichem Mediendruck. So folgten in der Wochenzeitschrift „Die Zeit" 12 000 Leser einem Aufruf des Politikwissenschaftlers Wilhelm Hennis, sich bei der Kölner Generalstaatsanwaltschaft über die „mangelhafte Ermittlungstätigkeit" zu beschweren – dies übrigens ein Beispiel dafür, wie man empörungsgeneigte Zeitgenossen emotionalisieren kann. Schließlich blieb auch ein Schreiben des Bundeskanzleramtes an den Generalstaatsanwalt ohne Erfolg. Der zunächst der Löschung verdächtigte Beamte wurde später mit der amtlichen Feststellung rehabilitiert: „Alle Vorwürfe waren und sind unbegründet."

Als Fazit bleibt: Die Inszenierung der „Bundeslöschtage" war ein für die Verfolger peinlicher Schlag ins Wasser und kein Ruhmesblatt in der Biografie des Juristen und amtierenden Bundespräsidenten in seiner Zeit als Staatssekretär im Bundeskanzleramt. Politiker sollten sich von der wohlfeilen Versuchung freihalten, einem Vorgänger oder einem Nachfolger am Zeug zu flicken – schon gar nicht mit Hilfe von strafgerichtlichen Verfahren. Der Bonner Staatsanwaltschaft und dem Kölner Generalstaatsanwalt gebührt noch heute Anerkennung dafür, dass sie damals vor politischem und medialem Druck nicht eingeknickt sind.

Was sagt der Vergleich zwischen der Affäre in Wien und der in Berlin? In beiden Fällen ging es um die Vernichtung von Dokumenten – in Wien tatsächlich geschehen, in Berlin nur behauptet. In beiden Fällen wurde einem nicht mehr amtierenden Kanzler nachgetreten – in Wien Sebastian Kurz, in Berlin Helmut Kohl. In Wien ist der Ausgang der Affäre noch ungewiss, in Berlin für den Anzeigeerstatter unrühmlich beendet. Will man eine Prognose wagen, so ist es diese: Die Karriere des Sebastian Kurz wird durch geschredderte Akten nicht gestoppt werden.

Ingo von Münch

Als die Menschen in Leipzig auf die Straße gingen

Die Montagsdemonstrationen besiegelten das rasche Ende der DDR

Drei Jahrzehnte nach der ersten machtvollen Montagsdemonstration am 4. September 1989 in Leipzig, ist ein Streit entbrannt, wem die Friedliche Revolution gehört. Trug die kleine Gruppe der Opposition den Protest auf die Straße? Oder waren es die bis dahin Unpolitischen, die nach der ersten Massenflucht aus Ungarn Rechte einforderten? Der Streit, heftig unter ehemaligen Bürgern der DDR ausgefochten, hat etwas von der Problematik, ob Ei oder Henne zuerst da waren. Eines bedingte das andere, die Opposition hatte mit Friedensandachten das Feld vorbereitet, die massenhaften Republikfluchten hatten die Daheimgebliebenen auf die Straße getrieben.

Im Sommer 1989 hatten sich Menschen aus der DDR in die westdeutsche Botschaft in Prag geflüchtet. 4000 waren es im September. Das gleiche Bild bot sich in der westdeutschen Botschaft in Warschau. 6000 Flüchtlinge aus der DDR hofften dort auf ihre Ausreise.

Das war die Situation, als es am 4. September 1989 zur ersten Montagsdemonstration in Leipzig kam. Sie war geplant, ihre Wucht nicht erwartet worden. Nach dem Friedensgebet in der Nikolaikirche trugen die Bürgerrechtlerinnen Katrin Hattenhauer und Gesine Oltmanns ein auf Leinwand gemaltes Transparent auf die Straße: „Für ein offenes Land mit freien Menschen". Die jungen Frauen hatten Transparente verteilt, auf denen andere Forderungen standen wie „Reisefreiheit statt Massenflucht". Hattenhauer erinnert sich: „Die Aktion war sorgfältig geplant, Korrespondenten des Westfernsehens waren vorab informiert, Kameras waren vor Ort und unser Aufruf zum Protest war die erste Meldung mit Bildmaterial in der ARD-‚Tagesschau' am selben Abend. Millionen Menschen in der DDR konnten unseren Protest am Fernseher in ihren Wohnzimmern verfolgen".

Es war das westdeutsche Fernsehen, das die Bilder von der Massenflucht aus Ungarn und nachfolgend von den Montagsdemonstrationen in die DDR lieferte. Bei der ersten Übertragung hatte der Zufall geholfen. Der Protest fand zur Zeit der Leipziger Messe statt, westdeutsche Berichterstatter waren deshalb anwesend. Dies war jedoch die Ausnahme. Nach der Messe wurde Leipzig für westliche Journalisten gesperrt, das Bildmaterial musste herausgeschmuggelt werden.

Das Fernsehen wurde zur Kommunikationsbrücke. Es gab in der DDR nur wenige Telefonanschlüsse, keine Mobiltelefone, kein Internet. Vor den Kameras westdeutscher Journalisten riss die Staatssicherheit bei der ersten Demonstration die Transparente herunter und versuchte die Demonstranten auseinander zu treiben. Die reagierten mit „Stasi raus".

Vor 30 Jahren: Die erste Montagsdemonstration in Leipzig

Bild: pa

Die Bilder, die das westdeutsche Fernsehen aus Leipzig übertrug, lösten in der DDR einen Flächenbrand aus. Nach und nach gingen die Menschen auch in Dresden, Halle, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz), Magdeburg, Plauen, Arnstadt, Rostock, Potsdam und Schwerin auf die Straße. Sie skandierten ihren Protest gegen die politischen Verhältnisse: „Wir sind das Volk", später „Wir sind ein Volk".

Zugleich sah die Welt auf die westdeutschen Botschaften in Prag und Warschau. In Prag verkündete Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher am 30. September nach einem Treffen mit den Außenministern der Sowjetunion, der DDR und der Tschechoslowakei die baldige Ausreise der Flüchtlinge in die Bundesrepublik. Die ersten Züge fuhren bereits am 1. Oktober – kurz vor der 40-Jahr-Feier des sozialistischen Staates – durch die DDR nach Hof in Bayern.

Zentrum der Montagsdemonstrationen blieb Leipzig. Sie erhielten nach den Massenfluchten noch mehr Zulauf. Zu einem der größten Aufmärsche kam es am 9. Oktober 1989. 100 000 Menschen marschierten auf dem Leipziger Ring. Sie marschierten nicht ohne Angst, sie fürchteten ein gewaltsames Eingreifen von Polizei und Volksarmee. Tatsächlich waren beim sogenannten „Täglichen Gefechtsstand" zusätzliche „Kuverts" ausgegeben worden, in denen die Richtlinien für ein mögliches Vorgehen der bereits gebildeten Einsatzkompanien festgelegt wurden. Mit 25 000 Flugblättern versuchten Oppositionelle auf die Einsatzkräfte einzuwirken: „Wir sind ein Volk! Gewalt unter uns hinterlässt ewig blutende Wunden! Für die entstandene ernste Situation müssen vor allem Partei und Regierung verantwortlich gemacht werden."

Zur Deeskalation trug auch der „Aufruf des Sechs" bei. Im Haus des Gewandhauskapellmeisters Kurt Masur hatten sich die drei Sekretäre der SED-Bezirksleitung Leipzig für Wissenschaft und Erziehung, für Kultur und für Propaganda (ohne Absprache mit der Partei), ein Theologe (mit Verbindung zur Stasi) sowie ein Kabarettist getroffen. Deren Aufruf trug am Abend im Stadtfunk Kurt Masur vor. Darin baten die Verfasser um Besonnenheit, um einen friedlichen Dialog mit der Regierung führen zu können. Ziel sei die Weiterführung des Sozialismus im Lande.

Die Einsatzkräfte, angetreten, die Demonstration aufzulösen, hielten sich zurück. Die Führung in Leipzig befürchtete ein Blutbad. Deshalb gab sie Befehl, lediglich Gebäude zu sichern. Zur selben Zeit hatten Offiziersschüler, die zur Verstärkung nach Leipzig verlegt werden sollten, protestiert und sich geweigert, gegen Bürger der DDR vorzugehen. Der Marschbefehl wurde nicht umgesetzt. Sie waren mit dieser Einstellung nicht alleine. Ein ranghoher Offizier begründete später seine Weigerung so: „Ich war Angehöriger einer Armee des Volkes und würde deshalb nie gegen mein Volk handeln."

Die Montagsdemonstrationen in Leipzig dauerten bis zum März 1990 an. Ihre Höhepunkte hatten sie am 16. Oktober 1989 mit 120 000 Teilnehmern und am 23. Oktober 1989 mit 320 000 Teilnehmern. Nach den ersten freien Wahlen zur Volkskammer gingen die Menschen in Leipzig nicht mehr auf die Straße.

Noch im Spätherbst 1989 verteidigte Gregor Gysi SED und Stasi. In der sogenannten Wendezeit führte er die SED. Zum 30. Jahrestag der ersten Montagsdemonstration 2019 lud die Philharmonie Leipzig Gysi zu einem Auftritt mit Konzert in der Peterskirche ein. Heftiger Widerspruch einstiger Bürgerrechtler, unter ihnen Hattenhauer und Oltmanns, die den ersten Protest anführten, stören weder die Philharmonie noch Amtsträger der Kirche, Gysi redet zur Friedlichen Revolution.

Klaus J. Groth

Die Deutschen sollen mehr öffentliche Verkehrsmittel benutzen, etwa die Bahn, sagt man ihnen. Doch zu den Bahnhöfen muss man erst mal kommen, etwa mit dem Fahrrad. Und da zeigt sich, dass den hehren Worten der Politiker nur wenig Taten folgen.

So beklagt der Deutsche Städte- und Gemeindebund einen eklatanten Mangel an Fahrradstellplätzen an den Bahnhöfen. Es fehlten insgesamt mehr als eine Million Plätze, um sein Rad sicher anschließen oder unterbringen zu können.

Fahrradchaos an den Bahnhöfen

Bislang schätzt die Organisation die Zahl der Fahrradstellplätze auf nur 400 000. Bis zum Jahr 2022 sollen immerhin 100 000 dazukommen. Bis jeder Fahrradfahrer seinen Drahtesel angemessen abstellen kann, werden also wohl noch viele Jahre vergehen. *H.H.*

Eine Zensur findet – nicht? – statt

Die Liste der in der Bundesrepublik verbotenen Bücher umfasst mehrere 1000 Einträge

Missliebige Schriften zu verbieten, ist eine uralte Herrschaftstechnik. Sie wurde bereits von den römischen Kaisern angewandt. Später war es dann insbesondere die Kirche, welche unerwünschte Bücher mit ihrem Bann belegte: Der Index Librorum Prohibitorum („Verzeichnis der verbotenen Bücher“) sagte den katholischen Gläubigen von 1559 bis 1967 im Detail, was sie nicht lesen durften. Zum Schluss enthielt die Liste mehr als 6000 Einträge. Werke, die bei Strafe der Exkommunikation gemieden werden mussten, wanderten auf den Scheiterhaufen oder landeten als „Remota“ (Weggeschafftes) in den Hinterzimmern der Bibliotheken.

Die Kirche setzte einst 6000 Werke auf die Verbotsliste

Ebenso verboten und verbrannten die Nationalsozialisten allerlei Bücher. In den zwölf Jahren des Dritten Reiches betraf das rund 10 000 Werke. Und wer glaubt, dass es anschließend liberaler zuging, der irrt. Nachdem die Alliierten das geschlagene Deutschland besetzt hatten, verfügten sie die Aussonderung von 34 645 Titeln, zuzüglich aller Schulbücher aus der Zeit von 1933 bis 1945.

Verbote sind sogar heute noch an der Tagesordnung. Daran ändert auch das Grundgesetz nichts, dessen Artikel 5 Absatz 1 besagt: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten ... Eine Zensur findet nicht statt.“ Denn es gibt ja gleichzeitig die Regelung im nachfolgenden Absatz, nach der die Meinungsfreiheit durch „allgemeine Gesetze“ und „Bestimmungen zum Schutze der Jugend“ ausgehebelt werden dürfe.

Dabei obliegt die Überwachung des Schriftgutes vor allem der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM). Diese existiert bereits seit 1954 und agierte zunächst auf der Grundlage des Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften vom 9. Juni 1953, bis das selbige dann 2003 ins neue Jugendschutzgesetz einfloss.

Darüber hinaus können aber auch Gerichte den Verkauf von Publikationen untersagen oder deren Beschlagnahme und Vernichtung anordnen, wenn ihr Inhalt gegen andere Gesetze als die zum Jugendschutz verstößt. Dabei spielt der Paragraf 130 (Volksverhetzung) des Strafgesetzbuches die größte Rolle. Somit wird faktisch eine Nachzensur ausgeübt: Der Autor kann zwar zu Papier bringen, was er will, aber wenn es um die Verbreitung des Geschriebenen geht, schlägt der Staat zu.

Derzeit trifft der Bannstrahl vor allem historisch-politische Bücher. Bücher mit Titeln wie „Geheimgesellschaften im 20. Jahrhundert“, „Rasse – ein Problem auch für uns“, „Kriegsverbrechen der anderen“, „Statistisches über die Holocaust-Opfer“, „Tabuisierte Fakten im tschechisch-deutschen Dialog“, „Rudolf Heß – Ein Mordfall?“, „Die Weimarer Verfassung“ oder „Bismarcks Traum von Europa“.

Die komplette Liste der verbotenen Bücher hat einige 1000 Einträge. Wer es genauer wissen will, der muss zwangsläufig das kostenpflichtige amtliche Mitteilungsblatt der Bundesprüfstelle „BPjM Aktuell“ abonnieren. Eine anderweitige Veröffentlichung erfolgt nicht. Denn die Behörde möchte nach eigener Aussage vermeiden, dass die Indizierung zur Ankurbelung der Nachfrage führt. Darüber hinaus erhebt die Zusammenstellung laut BPjM auch „keinen Anspruch auf Vollständigkeit, da

Niemand kann genau sagen, was heute legal ist oder nicht

es keine bundeszentrale Zusammenführung von Beschlagnahmebeschlüssen gibt und die BPjM daher selbst nicht in allen Fällen Kenntnis erlangt“.

So kann letztlich niemand vollkommen präzise sagen, welche Bücher hierzulande legal sind und welche nicht. Eine derartige Rechtsunsicherheit ist alles andere als demokratisch und eher typisch für totalitäre Systeme.

Wolfgang Kaufmann

Mit Steuer-Millionen gegen »Rechts«

Politische Stiftungen: Wo die »richtigen« Meinungen und Feindbilder vermittelt werden

Nicht alle Deutschen folgen der Regierungslinie, welche ungebrochen daran arbeitet, die Bundesrepublik nachhaltig umzuformen. Da bedarf es der ideologischen Unterstützung steuerfinanzierter Einrichtungen.

Dass Deutschland ein „buntes, vielfältiges Einwanderungsland“ werden soll, scheint seitens der gegenwärtigen politischen Führung beschlossene Sache zu sein. Auf Aydan Özoguz, bis März 2018 als Staatsministerin „Integrationsbeauftragte“ der Bundesregierung, geht eine Aussage zurück, welche die angestrebten neuen Realitäten klar beschreibt.

Bereits 2015 hatte sie formuliert: „Unsere Gesellschaft wird vielfältiger werden, das wird auch anstrengend, mitunter schmerzhaft sein. Unser Zusammenleben muss täglich neu ausgehandelt werden.“

Statt sie für diese Stellungnahme umgehend aus dem Amt zu entfernen, gab es aus dem Lager der Regierung nicht einmal Widerspruch. Ebenso wenig von den Oppositionsparteien, die diesen Kurs, bis auf eine Ausnahme, stützen. Katrin Göring-Eckardt, Co-Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, hatte – ebenfalls 2015 – laut gerufen: „Unser Land wird sich ändern, und zwar drastisch. Und ich freue mich drauf!“

Aber wie hatte schon Alt-Bundespräsident Joachim Gauck – zwar in anderem Zusammenhang, aber in der Sache völlig richtig – erkannt? „Die Bevölkerungen sind im Moment das Problem.“ Denn nicht alle Bewohner Deutschlands, insbesondere die schon länger hier Lebenden, teilen die Sicht der derzeit Regierenden und freuen sich auf „drastische“ und „schmerzhafte“ Veränderungen, von denen einige auch bereits spürbar eingetreten sind. Auch wollen nicht alle die Regeln mit neu Zugezogenen „täglich neu aushandeln“.

Also werden große Anstrengungen unternommen, die Bürger entsprechend zu beeinflussen und das gewünschte „richtige“ Weltbild zu vermitteln. Kurioserweise bezahlen die zu Belehrenden ihre Weiterbildung selber. Massive Steuermittel fließen in eine große Zahl von Stiftungen oder Initiativen, die entsprechend tätig werden. Neben der Schönfärbung der Problematik der Zuwanderung ist das Hauptanliegen der Abwehrkampf von jeglichen Gegenmeinungen, die der Einfachheit halber und pauschal unter dem Stichwort „Rechts“ subsumiert werden. Kritik wird nicht als Diskussionsbeitrag betrachtet, sondern bekämpft, wobei man gern positive Schlagworte wie „Demokratie“ für sich reklamiert. Wer widerspricht, ist eben kein Demokrat, sondern ein Feind.

An vorderster Front steht oft die Amadeu-Antonio-Stiftung (AAS), geführt von Anetta Kahane. Wie der ehemalige, langjährige Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Hubertus Knabe, unlängst noch einmal ausführlich auf seiner Internetseite dargestellt hat, spitzelte Kahane über fast ein Jahrzehnt auf widerwärtigste Art und Weise für den Staatssicherheitsdienst der DDR.

Vonseiten des Steuerzahlers, ausgeschüttet durch das Bundesfamilienministerium, erhielt die AAS in den vergangenen Jahren Millionenbeträge. Finanziert wird damit ein umfänglicher „Kampf gegen Rechts“. Bundesweit tätig ist unter dem Dach der AAS eine „Fachstelle Gender, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus“. Hemmungsfrei vermengt man auch Dinge, um zur Abschreckung beizutragen.

Viele Millionen schwer: Zentrale der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin Bild: Gerd Fahrenhorst

Nach der Bundestagswahl 2017 wurde beispielsweise eine Studie mit der These, dass die „NPD der AfD den Weg geebnet“ habe, präsentiert. Die AAS unterhält das Internetportal „Belltower.News“, welches sich als „Netz für digitale Zivilgesellschaft“ versteht und bis 2017 als „Netz gegen Nazis“ firmierte. Hier wird beispielsweise der Maler Axel Krause als „Teil einer Rechtsaußen-Kulturbewegung“ denunziert, denn dieser „schwafelt davon, dass Deutsche in Deutschland bald zu einer Minderheit gehören würden, was stark nach der rechtsextremen Ideologie um den ‚großen Austausch‘ klingt“.

Erarbeitet wurde durch die AAS eine „Handreichung“ für Kitas, denn „Rechtspopulist*innen versuchen auch und gerade in Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit ihre Ideologien“ durchzusetzen. Verquere Schreibweisen und Sprechweisen finden sich bei den Anti-Rechts-Kämpfern häufiger.

Die Steuergeld-Summe, mit der Kahanes AAS gefördert wird, nimmt sich allerdings bescheiden aus gegenüber der Bundesinitiative „Demokratie leben“, die das Familienministerium selbst initiiert hat. Allein für 2019 stellt es 115,5 Millionen Euro bereit. Zur Verfügung steht das Geld für „Projekte zur Radikalisierungsprävention und Demokratieförderung“. Hier gibt es zwar auch die Stichworte „Linke Militanz“ und „Islamistische Orientierungen und Handlungen“ – übrigens ein Problem, was in Deutschland bis vor noch gar nicht so langer Zeit nicht existent war –, die Hauptstoßrichtung liegt jedoch auf einer anderen Linie.

Erstaunlich viele „Modellprojekte“ gegen „Rassismus und rassistische Diskriminierung“ oder „Aktuelle Formen von Islam/Muslimfeindlichkeit“ kommen in den Genuss der Fördergelder und verbreiten gewünschte Ansichten, ebenso der Bereich „Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft“ – welche überhaupt nicht mehr infrage zu stehen scheint. Unterstützt wird etwa „Gleichberechtigte politische Teilhabe für Migrant*innen“. Auch gegen „Hass im Netz“ schüttet „Demokratie leben“ Gelder aus, so für die Initiative „Partizipation von Geflüchteten und Unterstützer_innen im Netz stärken“.

Die als gemeinnützig bezeichnete Hans-Böckler-Stiftung, das „Mitbestimmungs-, Forschungs- und Studienförderungswerk des Deutschen Gewerkschaftsbundes“, widmet sich der Bekämpfung von „Rechtspopulismus im Betrieb“. Die Stiftung beschäftigt sich beispielsweise damit, aufzuzeigen, „wie rechtspopulistische Akteure, die nicht nur innerhalb der AfD, sondern auch unter Gewerkschaftsmitgliedern und betrieblichen Interessenvertretungen zu finden sind, versuchen, aus vorhandenen arbeitsweltlichen Problemlagen Kapital zu schlagen“.

Diese schafften „gesellschaftliche Spaltungslinien, die bewusst auf die Ausgrenzung von Fremden und Abschottung gegen außen zielen“. Bei der „Sommerakademie der Begabtenförderungswerke“, welche bis 2021 unter Federführung der Böckler-Stiftung steht, wird unter anderem ein „Argumentationstraining gegen rechte Parolen“ angeboten.

Nicht einmal die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung steht beim Kampf abseits. Informiert wird hier beispielsweise über die „diffuse Inanspruchnahme der christlichen Religion durch Rechtspopulisten“, deren Ziel eine „ausgrenzende, religiös-nationalistische Identität“ sei. Dagegen bestehe „konkreter Handlungsbedarf“.

Besondere Blüten treibt die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stif-

Selbst die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung »kämpft« mit

tung (FES). In ihrer aktuellen „Mitte-Studie“ erkannte sie die Zunahme von „rechtspopulistischen“ und „menschenfeindlichen Einstellungen“ sowie von „israelbezogenem Antisemitismus“. Doch fast zeitgleich mit Erscheinen der Studie wurde der in Israel lebende, deutsch-jüdische Autor Chaim Noll durch die FES von einer Veranstaltung wieder ausgeladen.

Grund: Noll hatte unter anderem die Iran-freundliche Politik der Bundesregierung kritisiert und hervorgehoben, dass die AfD als einzige Partei die Verlegung der deutschen Botschaft nach Jerusalem fordere. Zudem würden seine Texte auf dem „mindestens rechtspopulistisch“ zu nennenden Forum „Achse des Guten“ veröffentlicht. Eingeladen hat die FES hingegen Einrichtungen wie das Teheraner „Institute for International and Political Studies“ (IPIS), das für die Organisation einer Holocaustleugner-Konferenz verantwortlich ist.

Erik Lommatzsch

Das Ostpreußenblatt

Nr. 34 – 23. August 2019

Allenburgs Schleusenwärterhaus wird gerettet

Privatunternehmer setzt auf eigene Kosten Pläne für ein Museum um – Untertützung durch Bibliothek und Ute Bäsmann

Das 1922 in Allenburg am Masurischen Kanal erbaute Schleusenwärterhaus hat einen neuen Eigentümer, der konkrete Pläne für die Einrichtung eines Heimatmuseums verfolgt.

Der Privatunternehmer Waldimir Sosinow hat sich der Wiedererrichtung des Wärterhauses der unteren Schleuse in Allenburg [Druschba] angenommen. In einem Interview mit dem Portal „RBK Kaliningrad“ sprach er darüber, warum er das Haus wieder aufbauen will und welche Arbeiten an dem Gebäude mit der wechselvollen Geschichte noch durchgeführt werden müssen.

Zur Sowjetzeit war das ehemalige Schleusenwärterhaus in drei Wohnungen unterteilt worden, von denen Anfang der 2000er Jahre zwei die aus Allenburg stammende Ute Bäsmann kaufte. In Erinnerung an ihre Eltern begann sie, das Haus wiederherzurichten, um dort ein Heimatmuseum einzurichten.

2012 zerstörte dann ein Feuer das komplette Dachgeschoss. „Nach dem Feuer legte sie (Bäsmann) ihre Hände natürlich in den Schoß. Sie ist in diesem Jahr 80 Jahre alt geworden, und nach 2012 hat sie nichts mehr unternommen, weil ihr klar war, dass beim nächsten Mal alles niederbrennen oder etwas anderes passieren würde“, sagte Sosinow.

Kleinod in Allenburg: Das Schleusenwärterhaus vor dem verheerenden Brand

Bild: U. Bäsmann

Weil sie doch nicht untätig dem Zerfall des alten Schleusenwärterhauses zusehen wollte, wandte sich Bäsmann Ende vergangenen Jahres an das Gebietsmuseum für Geschichte und Kunst in Königsberg mit der Bitte, das Haus zu übernehmen und dort ein Allenburg-Museum als Filiale zu eröffnen. Da das Gebietsmuseum aber eine staatliche Einrichtung ist, seien dem Museumsleiter schon allein aus rechtlichen Gründen die Hände gebunden, so Sosinow. „Im Dezember vergangenen Jahres informierte mich der stellvertretende Direktor des Museums über den Fall, da ich mich schon mit der Restaurierung von Schloss Groß Wohnsdorf beschäftigte. Ich entschied, dass es möglich sei. Ute Bäsmann überschrieb mir ihren Teil des Hauses und ich habe ihr versprochen, dass wir dort ein Museum eröffnen“, erklärte der Unternehmer. „Da dieses Haus der Arbeitsplatz des Wärters der Schleuse am Masurischen Kanal war, werden wir einen Raum der Geschichte dieses Kanals widmen,“ sagte Sosinow. In den beiden anderen Räumen soll das Allenburger Museum entstehen. „Es wird ein offenes Museum sein, nach dem Prinzip eines Hausmuseums, aber ohne offiziellen Status“. Der Besuch sei kostenlos, fügte der Geschäftsmann hinzu.

Voraussichtlich wird das Privatmuseum am 30. August 2020, dem 620. Jubiläum Allenburgs, eröffnet. Maria Schadrina, eine Mitarbeiterin der örtlichen Bibliothek, hat sich bereit erklärt, Exponate zur Verfügung zu stellen. „Sie arbeitet schon viele Jahre dort, kommt gebürtig aus diesem Dorf und sammelt alles, was mit seiner Geschichte zu tun hat, aus der Vor- und Nachkriegszeit.

Kostenloser Besuch des Museums möglich

Alle Gegenstände sind jetzt in der Bibliothek ausgestellt. Und sie ist bereit, sie kostenlos zu übergeben“, unterstrich Sosinow. „Wir werden den Geist und die Atmosphäre dieses Hauses und Arbeitsplatzes dort wiederbeleben, die vor der Verwüstung von 1945 da waren. Ich versuche einfach, aus dem, was zerstört ist, ein neues Ganzes zu machen“, konkretisierte er.

Die Reparatur des Daches und des Dachgeschosses habe umgerechnet rund 7000 Euro gekostet. Sosinow betonte, dass er keine öffentlichen Gelder beziehen werde und er das Haus nicht für kommerzielle Zwecke restauriere.

Olga Koslowa/MRK

Bauern ernten weniger

Im südlichen Ostpreußen überprüfen Kommissionen die Verluste

Von der Dürre sind in Polen über 1,8 Millionen Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche betroffen. Die von den Woiwodschaften ernannten Kommissionen schätzen, dass es in 1250 Gemeinden zu Verlusten gekommen ist. Das Institut für Bodenkunde und Pflanzenbau in Puławy gab in seinem letzten Bericht bekannt, dass in 15 von 16 Woiwodschaften, mit Ausnahme von Kleinpolen, landwirtschaftliche Dürreperioden verzeichnet wurden. Die größte Wasserknappheit besteht demnach in den Woiwodschaften Lebus und Großpolen.

Große Trockenheit ist zudem in allen beobachteten Anbaubereichen zu verzeichnen: Frühlings- und Wintergetreide, Obstgewächse, Erdbeeren, Hülsenfrüchte, Getreide, Obstbäume, Gemüse, Tabak, Zuckerrüben, Kartoffeln und Hopfen sind vom Wassermangel betroffen, am meisten jedoch Mais.

Laut dem Bericht des Instituts in Puławy war es zwar auch im südlichen Ostpreußen zu trocken für die Landwirtschaft, aber die Situation in der Region sieht im Vergleich zu den anderen Woiwodschaften relativ gut aus. Im siebten Berichtszeitraum (21. Mai – 20. Juli 2019) war eigentlich nur der Maisanbau für Getreide und Silage in der Gemeinde Illowo [Iłowo-Osada] beeinträchtigt, aber immer mehr Landwirte aus dem südlichen Ostpreußen stellten Anträge, damit die durch Dürre verursachten Schäden registriert wurden.

Der hydrologische Zustand in Süd-Ostpreußen ist auch im republikanischen Vergleich insgesamt relativ gut. In Warschau sank der Weichselpegel aufgrund der Hitze im Juni und nur lokaler Juli-Regenfälle auf weniger als einen halben Meter. Dagegen verringerte sich der Pegel der Hauptflüsse im südlichen Ostpreußen wie Alle, Passarge oder Pisseck und der Seen nur geringfügig. Dies lässt sich auf eine hohe Retention zurückführen.

Dürreschäden vor allem beim Mais

„Seen und zahlreiche Sümpfe auf diesem Gebiet sind natürliche Wasserreserven. Die Region befindet sich im Vergleich zum ganzen Land in einer sehr guten hydrologischen Situation. Der Pegel der Gewässer wird natürlich weiter sinken, aber er wird innerhalb der Norm liegen“, erklärte Paweł Staniszewski, Hydrologe am Institut für Meteorologie und Wasserwirtschaft in Warschau.

Im südlichen Ostpreußen ist aber nicht nur die Dürre ein Problem für die Landwirte, sondern auch Hagelschläge oder Gewitterstürme setzen ihnen zu. 48 Gemeinden der Woiwodschaft Ermland-Masuren stellten Anträge auf Schätzung der durch ungünstige Wetterbedingungen verursachten Verluste. Die meisten Schäden gehen auf Trockenheit zurück – 383 landwirtschaftliche Betriebe haben bereits entsprechende Anträge gestellt, und laut Woiwodschaftsamt nimmt diese Zahl von Tag zu Tag zu.

Die Kommissionen, die mit der Schätzung der Verluste beauftragt sind, befassen sich nicht nur mit den Auswirkungen der Trockenheit. „Es ist nicht nur Dürre, es ist auch Regen, Hagel, Überschwemmungen oder wie auf drei Bauernhöfen – ein Hurrikan“, informiert Bozenna Ulewicz vom Woiwodschaftsamt. Durch Stürme verursachte Verluste haben bisher 204 landwirtschaftliche Betriebe gemeldet, und durch Hagel 194. Insgesamt hat das Woiwodschaftsamt bisher Informationen über 900 Betriebe erhalten, bei denen Schlechtwetterlagen Probleme verursacht haben.

Die Sonderkommissionen haben zwar bereits mit der Schätzung der landwirtschaftlichen Schäden begonnen, es ist aber noch nicht bekannt, wann sie ihre Arbeit beenden werden. Nach der Berechnung der Verluste können die Landwirte bei der Agentur für die Umstrukturierung und Modernisierung der Landwirtschaft eine Finanzhilfe beantragen. Im vergangenen Jahr zahlte die Agentur nur aufgrund der Dürre Entschädigungen an Landwirte im südlichen Ostpreußen in Höhe von umgerechnet rund 33 Millionen Euro.

Edyta Gładkowska

Warnung vor Badeunfällen

15 Menschen ertrunken – Königsberger Behörden klären auf

Seit Jahresbeginn sind im Königsberger Gebiet 15 Menschen ertrunken. Hauptursache für die Todesfälle im Wasser sind Baden an nicht dafür geeigneten Stränden, an verbotenen Stellen oder Baden in betrunkenem Zustand. Die Tragödien ereignen sich oft aus Fahrlässigkeit, wenn etwa Erwachsene nicht auf ihre Kinder aufpassen.

Seit Januar konnten 54 Menschen gerettet werden. Die Regionalbehörde unterstrich, dass das Risiko besonders im Juli und August hoch sei, wenn die Strände überfüllt sind. Sie riet, nur dort zu baden, wo es Rettungseinrichtungen gibt, nicht über die Absperrungsbojen hinauszuschwimmen und auf Kinder zu achten. Man solle sich vom Wasser fernhalten, wenn man sich lange in der Sonne aufgehalten oder Alkohol getrunken hat.

Vor Kurzem hat die Gebietsduma ein Gesetz verabschiedet, das Baden an verbotenen Stellen unter Strafe stellt. Bestraft wird derjenige, der an mit Verbotstafeln gekennzeichneten Stränden ins Wasser geht oder über die Markierung hinausschwimmt. Die Strafe beträgt zwischen 13,70 und gut 40 Euro.

In der Ostsee gibt es so gut wie keine Gezeiten oder sehr hohe Wellen wie in anderen Meeren. Doch warten andere Gefahren, die zwar kaum merklich, aber lebensgefährlich sind. Die sogenannte Unterströmung ist eine der Hauptursachen für Unfälle in der Ostsee. Diese Strömung zieht den Badenden vom Ufer ins Meer, ganz gleich, welche Statur oder welches Gewicht er hat. Wo sie genau auftritt, ist nicht vorhersagbar, weil sich das Relief des Meeresbodens ständig verändert.

Das Erste, was man in einem solchen Fall tun kann, ist, parallel zum Ufer zu schwimmen und nicht zu versuchen, zum Strand zu gelangen. Abhängig von der Stärke der Unterströmung muss man manchmal sehr lange schwimmen, und nicht jeder hält dieser körperlichen Belastung stand. Unterströmungen können selbst dann entstehen, wenn die Wasseroberfläche ruhig ist. Umso mehr darf man bei Sturm nicht in der Ostsee baden.

Eine weitere Gefahr beim Schwimmen in der Ostsee sind die Überreste verrosteter Wellenbrecher, die im Wasser nicht immer sichtbar sind, und die Wurzeln abgestorbener Bäume, die sich auf dem Meeresgrund verstecken. Einer der gefährlichsten Orte in diesem Sinne ist der Strand nahe dem Friedhof von Cranz am Beginn der Kurischen Nehrung, wo es sowohl rostige Wellenbrecher als auch Baumwurzeln gibt. Seit vielen Jahren wird weder das eine noch das andere vom Meeresboden entfernt.

Am städtischen Strand gibt es vier Bademeister, die für die Sicherheit der Badegäste verantwortlich sind. An Wochenenden können das Tausende sein, sodass es naiv wäre, sich einzig auf die Hilfe der Rettungskräfte zu verlassen. Beim Baden an der Ostseeküste sollte man sich nur auf seine eigenen Kräfte verlassen und das Schicksal nicht herausfordern, wenn man sich nicht sicher ist.

J.T.

Bild: J.T.

Sommer in Cranz: Baden ist besonders an Wochenenden beliebt

Wir gratulieren ...

ZUM 100. GEBURTSTAG

Bähnisch, Alwine, geb. **Schindler**, aus Bludau, Kreis Fischhausen, am 24. August

ZUM 99. GEBURTSTAG

Jakel, Frieda, geb. **Cytterich**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 26. August

ZUM 97. GEBURTSTAG

Baldzun, Ella, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 27. August
Feldten, Lisbeth, aus Lyck, am 26. August
Jannsen, Erna, aus Lyck, am 29. August
Palfner, Hildegard, aus Ebenrode, am 29. August
Seher, Elfriede Hertha, geb. **Danisch**, aus Rotbach, Kreis Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 150, am 23. August

ZUM 96. GEBURTSTAG

Napierski, Gerda, geb. **Bielinski**, aus Walden, Kreis Lyck, am 28. August
Rosslan, Erich, aus Schuttschenofen, Kreis Neidenburg, am 28. August

ZUM 95. GEBURTSTAG

Albrecht, Alma, geb. **Köpke**, aus Sorgenau, Kreis Fischhausen, am 27. August
Baumgardt, Werner, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 25. August
Diestel, Brigitte, geb. **Bark**, aus Wessolowen, Kreis Wehlau, am 21. August
Moser, Christa, geb. **Scheidereiter**, aus Föhrenhorst, Kreis Ebenrode, am 27. August
Sander, Hildegard, geb. **Goerke**, aus Jagsten, Kreis Elchniederung, am 29. August
Wilimzik, Ella, geb. **Grubert**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 27. August

ZUM 94. GEBURTSTAG

Faupel, Ursula, geb. **Willumeit**, aus Treuburg, am 23. August
Gaulke, Hedwig, geb. **Grigull**, aus Neuhof-Ragnit, Kreis Tilsit-Ragnit, am 29. August
Grüner, Ruth, geb. **Watteler**, aus Wehlau, am 29. August
Hajduk, Heinrich, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 28. August
Medler, Annette, geb. **Krüger**, aus Neidenburg, am 25. August
Nelius, Hans, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 26. August
Ronneberger, Marga-Marta, aus Maschen, Kreis Lyck, am 26. August
Ruddigkeit, Bruno, aus Kastaunen, Kreis Elchniederung, am 29. August
Schawert, Edith, geb. **Heisel**, aus Plöwken, Kreis Treuburg, am 24. August
Thomas, Karl, aus Windkeim/Adlig Pohren, Kreis Heiligenbeil, am 24. August
Von Hanstein, Donata, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 29. August

ZUM 93. GEBURTSTAG

Fuest, Elisabeth, geb. **Jakubowski**, aus Neidenburg, am 26. August
Hüser, Hansgeorg, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 27. August
Libuda, Christel, geb. **Steinert**, aus Seehagen, Kreis Neidenburg, am 26. August
Maertin, Ursula, geb. **Weiß**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 27. August
Meyer, Charlotte, aus Kreis Marienwerder, am 28. August
Piechottka, Ruth, geb. **Gottschalk**, aus Ortelsburg, am 26. August
Theile, Anneliese, geb. **Scheffler**, aus Schupöhnen, Kreis Fischhausen, am 24. August

ZUM 92. GEBURTSTAG

Beuck, Lucie, geb. **Bojahr**, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 24. August
Burkatzki, Helmut, aus Brodau, Kreis Neidenburg, am 29. August
Denda, Willi, aus Gregersdorf, Kreis Neidenburg, am 27. August
Genz, Gerhard, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 24. August
Jeschonnek, Reinhold, aus Treuburg, am 29. August
Köper, Elise, geb. **Albers**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 26. August
Ludwig, Heinz, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 28. August
Mertens, Ursel, geb. **Sarzio**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 24. August
Spillner, Erika, geb. **Brakel**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 28. August
Tamkus, Siegfried, aus Finkendorf, Kreis Elchniederung, am 24. August
Wischnewski, Walter, aus Langheide, Kreis Lyck, am 26. August

ZUM 91. GEBURTSTAG

Conrad, Walter, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 29. August
Hensch, Edith, geb. **Mahler**, aus Wehlau, am 24. August
Kalisch, Oskar, aus Jürgen, Kreis Treuburg, am 26. August
Krause, Else, aus Illowo, Kreis Neidenburg, am 25. August
Litzbarski, Elly, aus Bartzdorf, Kreis Neidenburg, am 25. August
Mrozek, Käthe, geb. **Steinat**, aus Ebenrode, am 23. August
Reske, Helmut, aus Wehlau, am 27. August
Sawitzki, Herta, geb. **Bogdanski**, aus Eckwald, Kreis Ortelsburg, am 26. August
Schützhold, Herta, geb. **Stomber**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 26. August
Wayland, Ruth, geb. **Schettler**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 26. August
Werner, Irmgard, geb. **Quednau**, aus Windberge, Kreis Ebenrode, am 27. August
Wiese, Oswald, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 24. August

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bark, Brigitte, geb. **Lehwald**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 23. August
Birtner, Eva, geb. **Heydasch**, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 28. August
Bünger, Renate, geb. **Boguschewski**, aus Legenquell, Kreis Treuburg, am 23. August
Engelmann, Karl-Heinz, aus Stettin, am 16. August
Jarst, Ewald, geb. **Jablonowski**, aus Saberau, Kreis Neidenburg, am 29. August
Kies, Traute, geb. **Ulonska**, aus Königsberg, am 15. August
Krajewski, Benno, aus Rummau, Kreis Ortelsburg, am 27. August
Kubbos, Gerry, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 27. August
Lagerpusch, Leo, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 24. August
Langer, Irmgard, geb. **Bilda**, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 25. August
Liss, Georg, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 28. August
Manzau, Lothar, aus Tranatenberg, Kreis Elchniederung, am 26. August
Neumann, Gerhard, aus Ebenrode, am 28. August
Podbielski, Erich, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 25. August
Ramseger, Helga, geb. **Ginnuth**, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 26. August
Rippke, Heinz, aus Regehnen, Kreis Fischhausen, am 26. August
Schmidtke, Kurt, aus Ibenberg, Kreis Elchniederung, am 24. August
Szech, Horst, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 27. August

ZUM 85. GEBURTSTAG

Dangeleit, Heinz, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, am 24. August
Dinse, Gisela, geb. **Mohrlang**, aus Schreinen, Kreis Heiligenbeil, am 28. August
Drewinski, Gerhard, aus Geigenau, Kreis Lyck, am 26. August
Grondowski, Ilse, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 25. August
Hölter-Genée, Ruth, geb. **Genée**, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 25. August
Krumpholz, Inge, geb. **Lukaschewski**, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 29. August
Marschewski, Gerhard, aus Skottau, Kreis Neidenburg, am 24. August
Michalzik, Günther, aus Kalthagen, Kreis Lyck, am 25. August
Michalzik, Klaus, aus Kalthagen, Kreis Lyck, am 25. August
Neumann, Hildegard, geb. **Anton**, aus Lyck, am 23. August
Nowotzin, Horst, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 23. August
Pucilowska, Traute, Kreisgemeinschaft Lyck, am 26. August
Purwin, Günter, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 27. August
Sadowski, Willi, aus Allendorf, Kreis Neidenburg, am 27. August
Schimmelpfennig, Günter, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 24. August
Schlachter, Margarete, geb. **Wittenberg**, aus Sanglienen, Kreis Fischhausen, am 25. August
Seibert, Irmtraud, geb. **Patschewitz**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 26. August
Wilkens, Hildegard, geb. **Grenz**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 28. August
Wolf, Ilse, geb. **Glaser**, aus Rosignaiten, Kreis Fischhausen, am 23. August
Wowerat, Marianne, geb. **Lüll**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 23. August

ZUM 80. GEBURTSTAG

Acktun, Uta, geb. **Rissel**, aus Schillenberg, Kreis Wehlau, am 25. August
Ammermann, Erika, geb. **Gedenk**, aus Tannenhöhe, Kreis Elchniederung, am 28. August
Becker, Adelheid, geb. **Borchert**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 27. August
Demant, Erwin, aus Berndhöfen, Kreis Lyck, am 28. August
Greschat, Erhard, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, am 24. August
Hiege, Sabine, geb. **Stephan**, aus Wehlau und aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 27. August
Petzsch, Ingrid, geb. **Schneider**, aus Tannau, Kreis Treuburg, am 28. August
Piotrowski, Günter, aus Dierichsdorf, Kreis Neidenburg, am 25. August
Rahner, Irene, geb. **Kayka**, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 26. August
Rolauf, Hannelore, geb. **Römer**, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, am 26. August
Schiller, Horst, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 28. August
Von Kapff, Ute, geb. **Müller-Freienfels**, aus Bolken, Kreis Treuburg, am 24. August
Wasserberg, Manfred, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 28. August

ZUM 75. GEBURTSTAG

Broska, Ulrich, aus Schwarzenofen, Kreis Neidenburg, am 4. September
Heyne, Heidrun, geb. **Lemke**, aus Lötzen, am 25. August
Kaiser, Klaus, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, am 24. August
Koyro, Paul, aus Königsfließ, Kreis Lötzen, am 28. August
Schmischke, Hartmut, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 25. August
Tacke, Leoni, geb. **Thiel**, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 23. August
Wissner, Emmy, geb. **Höchst**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 28. August
Wittenbacher, Brigitte, geb. **Pawlitzki**, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 4. September

Bild: Hermann/Richter/pixabay

Glückwünsche einreichen

Gerne können Sie Ihre Glückwünsche weiterhin zum kostenfreien Abdruck senden an Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, per E-Mail an Selke@ostpreussen.de oder telefonisch durchgeben unter (040) 4140080. In jedem Fall benötigen wir Ihre gültige Absenderadresse. Wir danken für Ihr Verständnis.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen!

Zusendungen für Ausgabe 36

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der *PAZ*-Ausgabe 36/2019 (Erstverkaufstag: 6. September) bis spätestens Mittwoch, 28. August an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

TERMINE DER LO

20. bis 22. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
7. bis 13. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
19. bis 20. Oktober: 12. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
1. November: AT der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
2. bis 3. November: Ostpreußische Landesvertretung in Wuppertal (geschlossener Teilnehmerkreis)
9. bis 12. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Tierisch gut: Der neue Ostpreußenkalender für 2020

Der neue Ostpreußenkalender „Ostpreußen und seine Maler“ für das Jahr 2020 kann noch bis zum 30. September zum Vorzugspreis von 21,50 Euro, danach für 23,70 Euro bestellt werden.

Er enthält für jeden Monat ein Kalenderblatt mit großem Motiv aus der ostpreußischen Jagdmalerei. Rechts daneben ist ein schmales Kalendarium abgedruckt, aus dem der jeweilige Monat, das Jahr und die entsprechenden Wochentage hervorgehen, wobei Sonn- und Feiertage in einem kräftigen rot leuchten, regionale Feiertag sind in einem blassen Rot gehalten.

Die Motive zeigen Vögel, Wildschweine, Elche und anderes Wild in der schönen ostpreußischen Landschaft durchs ganze Jahr. Künstler wie Ernst Bischoff-Clum, Reinhold Feussner, Alexander Kolde und Gerhard Löbenberg sind in diesem Kalender unter vielen andern Malern dabei.

Der Kalender erscheint in dem Format 50 mal 35 Zentimeter und kann bestellt werden bei typeart satz&grafik GmbH, Südrandweg 15, 44139 Dortmund, telefonisch unter (0231) 557378-0, per Telefax (0231) 557378-20 oder per E-Mail: info@typeart-dortmund.de

Das Wappentier Ostpreußens: Ernst Bischoff-Culms „Elchhaupt“ Bild: typeart

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

ANGERBURG

Kreisvertreter (komm.): Brigitte Junker, Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Angerburger Tage

Vor 65 Jahren übernahm der Landkreis Rotenburg (Wümme) die Patenschaft für den Landkreis Angerburg durch einstimmigen Beschluss des Kreistages am 16. September 1954. Am 14./15. September wollen wir uns im Rahmen der diesjährigen Angerburger Tage an die Patenschaftsübernahme erinnern. Alle Angerburger aus dem In- und Ausland sowie deren Familienangehörige und Bekannte sind herzlich eingeladen. Es ist auch eine gute Gelegenheit, alte und neue Freunde zu treffen und sich auszutauschen.

Die 65. Angerburger Tage finden in der Rotenburger Theodor-Heuss-Schule in der Gerberstraße 16 statt. Eingeleitet werden diese am Sonnabend, 14. September um 10.30 Uhr mit einer Kranzniederlegung am Patenschaftsstein beim Rotenburger Kreishaus. Anschließend tagt ab 11 Uhr in einer öffentlichen Sitzung im großen Sitzungssaal des Rotenburger Kreishauses der Angerburger Kreistag (Mitgliederversammlung).

Im Mittelpunkt der Sitzung stehen die Neuwahlen des Vorstandes und insbesondere die Nachbesetzung des Postens des Kreisvertreters, welcher durch den plötzlichen Tod von Kurt-Werner Sadowski vakant ist.

Ab 13 Uhr ist die Theodor-Heuss-Schule für Besucher geöffnet. Es gibt einen Büchertisch und Bewirtung mit einem kleinen Mittagsimbiss, Kaffee, Tee, Kuchen und Torten. Zum Abendessen (ab 18 Uhr) werden Speisen und Getränke (kleine Karte) angeboten. Um 20 Uhr startet der kulturelle Heimatabend in der Aula der Theodor-Heuss-Schule. Gestaltet wird dieser von Klaus Papies aus Bremen mit dem unterhaltsamen Vortrag „Christian Donalaitis – ein preußisch-litauischer Dichterpfarrer des 18. Jahrhunderts“.

In geselliger Runde lassen wir dann den Tag ausklingen.

Am Sonntag, 15. September sind die Räume in der Theodor-Heuss-Schule ab 9.30 Uhr geöffnet. In der Aula der Schule findet um 11 Uhr eine Feierstunde statt. Der Bundestagsabgeordnete Oliver Grundmann aus Stade wird die Festrede halten.

Nach der Feierstunde treffen sich die Angerburger aus Stadt und Kreis mit alten und neuen Freunden zum Gedankenaustausch. Gelegenheit zum Mittagessen besteht ebenfalls, außerdem werden Kaffee, Tee, Kuchen und auch Getränke angeboten.

Am Sonnabend ist das Angerburger Archiv und das Angerburger Zimmer mit der Heimatsammlung von 13 bis 16 Uhr im Hause Weicheler Damm 11 in Rotenburg (Wümme) geöffnet. In der Theodor-Heuss-Schule werden Bücher, Karten, Landkarten sowie Heimatbriefe verschiedener Jahrgänge angeboten.

Im Hotel am Pferdemarkt sind für die Angerburger einige Zimmer reserviert. Bitte geben Sie bei der Zimmerbestellung an, dass Sie die Angerburger Tage besuchen wollen. Es empfiehlt sich, die Zimmer möglichst umgehend zu bestellen.

Unterstützen Sie die Arbeit der Kreisgemeinschaft durch den Besuch der 65. Angerburger Tage am 14./15. September in Rotenburg (Wümme). Bis dahin wünscht Ihnen der Vorstand eine gute Zeit. (Änderungen bleiben vorbehalten!)

BARTENSTEIN

Kreisvertreter: Christian v. der Groeben, Ringstraße 45, 97950 Großrinderfeld, Telefon (09349) 929252, Fax (09349) 929253, E-Mail: csgroeben@gmx.de.

Hauptkreistreffen

Nienburg – Sonnabend, 7. September: Hauptkreistreffen.

ELCHNIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Kreistreffen

Bad Nenndorf – Freitag, 6. bis Sonntag, 8. September, Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf, Telefon (05723) 798110: Kreistreffen, Mitgliederversammlung und Delegiertenversammlung der Kreisgemeinschaft Elchniederung.

Programm

Freitag, 6. September

14 Uhr: Eröffnung des Tagungsbüros im Foyer und Delegiertenversammlung, 16 bis 18 Uhr: Film- und Diavorträge im Raum Luzern.

Sonnabend, 7. September

9 Uhr: Eröffnung des Tagungsbüros, 9.30 Uhr: Treffen im Restaurant, 10 Uhr: Film- und Diavorträge und Infostand Agnes-Miegel-Gesellschaft e.V., 12 Uhr: Mittagessen im Restaurant, 14 Uhr: Eröffnung der Mitgliederversammlung durch den Vorsitzenden mit Totenehrung und einem Grußwort von Landrat F. Kethorn, dem Rechenschaftsbericht des Versammlungsleiters und Berichten über die Kreisgemeinschaft und Kirchspielgebiete sowie Wahlen, ab 16 Uhr: gemütliches Beisammensein, plachandern, kleine eigene Beiträge können vorgetragen werden, ab 18 Uhr mit musikalischer Begleitung, bis 18 Uhr: weitere Bilder, Filme und Bilderfassung im Raum Luzern.

Sonntag, 8. September

10 Uhr: Gottesdienst in der Kirche Steinhude, Besuch des Agnes-Miegel-Hauses in Bad Nenndorf, Ausklang im Hotel.

Dittchenbühne

Elmshorn – Auch im zweiten Halbjahr treffen sich die „Dittchenlerchen“, der Senioren-Singkreis des Mehrgenerationenhauses „Forum Baltikum – Dittchenbühne“, zum gemeinsamen Singen. Mitsängerinnen und Mitsänger sind immer herzlich willkommen. Das nächste Treffen findet statt am 28. August, 16 bis 17.30 Uhr. Weitere Informationen unter (04121) 89710.

FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Wolfgang Sopha, Westerfeld 1, 24992 Janneby. Stellvertretender Vorsitzender: Uwe Nietzelt, Nikolaikirchhof 45, 04600 Altenburg. Familienforschung: Heidrun Meller, Nikolaikirchhof 45, 04600 Altenburg, Telefon (03447) 8966021, E-Mail: H.Meller@t-online.de, Internet: www.kreis-fischhausen.de. Geschäftsstelle: Fahltskamp 30, Postfach 1732, 25407 Pinneberg, Telefon (03447) 8966746.

65. Jahrestreffen

Eckernförde – Sonnabend, 7., bis Sonntag, 8. September, Rathaus Eckernförde: diesjähriges Treffen der Heimatgemeinschaft Seestadt Pillau e.V. in der Patenstadt. Folgendes Programm erwartet Sie: Am 7. September um 15 Uhr: Sitzung mit Vorstandswahl im Rathaus Eckernförde. Zuhörer sind herzlich willkommen.

Am 8. September um 12 Uhr: Festakt am Kurfürstendenkmal in Eckernförde/Borby mit anschließendem gemeinsamem Mittagessen.

Der Vorstand der Heimatgemeinschaft wünscht allen Pillauern, ihren Verwandten und Freunden eine gute Anreise.

GUMBINNEN

Kreisvertreterin: Karin Banse, Wiesengrund 9, 29559 Wrestedt, OT Wieren, Telefon (05825) 642, E-Mail: karin.banse@t-online.de, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

Bundestreffen mit Wahlen

Bielefeld – Sonnabend, 7., bis Sonntag, 8. September: Bundestreffen mit Wahlen der KG Gumbinnen, Konzert mit Kammerchor „Kant“ in der Lutherkirche.

HEILIGENBEIL

Kreisvertreter: Erster Stellvertretender Kreisvertreter (Geschäftsführender Vorsitzender): Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Telefon: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Zweite Stellvertretende Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, E-Mail: reyvio@web.de. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Hauptkreistreffen

Burgdorf – Sonnabend, 7., und Sonntag, 8. September, Hotel Haase, Lehrter Straße 12, 31303 Burgdorf, Telefon (05136) 88790, E-Mail: info@hotel-gasthaus-haase.de: Hauptkreistreffen in Burgdorf.

Matjesessen

Burgdorf – Freitag, 6. September, 19 Uhr, Hotel Haase, Lehrter Straße 12, 31303 Burgdorf: Matjesessen. Anmeldungen hierzu sind an den 1. stellvertretenden Kreisvertreter Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 57052 oder E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de zu richten.

Sondertreffen Zinten

Burgdorf – Sonnabend, 7. September, 15.30 Uhr, Hotel Haase, Lehrter Straße 12, 31303 Burgdorf: Sondertreffen Stadtgemeinschaft Zinten unter der Leitung von Viola Reyentanz, geb. Schlenger.

INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Heimatgruppe

Hamburg – Mittwoch, 4. September, 12 Uhr, Hotel Zeppelin, Veranstaltungsraum Empore, Frohmestraße 123-125, 22459 Hamburg: Videovortrag oder Autorenlesung. Informationen: Manfred Samel, Telefon (040) 587585, E-Mail: Manfred-Samel@Hamburg.de

JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Siegfried Strysio, Telefon (05147) 975518. Rischwiesen 4, 31311 Uetze/Hänigsen, Internet: www.kreisgemeinschaft-johannisburg.de; E-Mail: kreiver.strysio@t-online.de; Erster Stellvertreter: Klaus Dowanr, An der Grubenbahn 21, 01665 Meißen, Telefon (03521) 4592901, E-Mail: kodo48@aol.com; Kassen-verwalter: Günter Woyzechowski, Röntgenstraße 14, 31157 Sarstedt, Telefon (05066) 63438, E-Mail: g.awoy@htp-tel.de

Kreistag

Kontakt: Klaus Downar, stellvertretender Vorsitzender/Kreisvertreter, Telefon (0352) 4592901.

Dortmund – Sonnabend, 31. August, 14 Uhr, und Montag, 2. September, 9 Uhr, Kongresszentrum Westfalenhalle, Dortmund: Kreistags- und Kreisausschusssitzung. Form- und fristgerecht ergeht an die Mitglieder des Kreistages und Kreisausschusses satzungsgemäß die Einladung zur Kreistags- und Kreisausschusssitzung mit folgender Tagesordnung: Begrüßung, Feststellungen, Bekanntgaben, Genehmigung der Tagesordnung.

Hauptkreistreffen

Dortmund – Sonntag, 1. September, 11 Uhr, Kongresszentrum Westfalenhalle Dortmund: Hauptkreistreffen. Satzungsgemäß ergeht die herzliche Einladung an alle Mitglieder zum 64. Hauptkreistreffen, Telefon Kongresszentrum (0231) 1204-0, Anreise U-Bahn 45. Tagesordnungspunkte im Programm enthalten und Tagesordnung erfasst und zur Genehmigung vorgelegt. Nach Begrüßung und satzungsgemäßen Feststellungen, Rahmen des Hauptkreistreffens und Festverlauf gemeinsames Programm und Tagesordnung.

LABIAU

Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holstein, Telefon (04853) 562. info@strammverlag.de, Internet: www.labiau.de.

Hauptkreistreffen

Otterndorf/Niederelbe – Freitag, 13., ab 18 Uhr, bis Sonnabend, 14. September, ab 9 Uhr, Stadthalle, Fröbelweg, Otterndorf im Landkreis Cuxhaven: Hauptkreistreffen und 70. Jubiläum der Kreisgemeinschaft Labiau.

Programm

(Änderungen vorbehalten)

Freitag, 13. September

18 Uhr: Isabelle Kusari mit Begleitung.

Sonnabend, 14. September

9.30 Uhr: Gedenkfeier am Labiauer Stein, Am Großen Specken; 10 Uhr: Offizielle Eröffnung des Kreistreffens, 10.30 Uhr: Feierstunde in der Stadthalle mit den Ehrengästen Isabelle Kusari (12.30 Uhr), Tanzgruppe des TSV Otterndorf (15.30 Uhr), von 19 bis 22 Uhr: gemütlicher Abend bei Musik und Tanz.

Außerdem: Manfred Zink /Labiau-Forschung, Familienforschungsinformationen, Archiv im Torhaus. Die Bildausstellung Labiau – Stadt und Land – wie es einmal war, wird am Freitag und Sonnabend in der Veranstaltungshalle gezeigt.

Das Torhaus mit der Sammlung Labiau/Ostpreußen ist einer der Bausteine die dazu beitragen, unsere Kreisgemeinschaft sicher in die Zukunft bringen, damit der Kreis Labiau und Ostpreußen insgesamt im Gedächtnis der Menschen bleiben als ein Teil Deutschlands, der er über 700 Jahre lang war. Ostpreußen lebt – durch uns.

Informationsstand der Geschäftsstelle mit Verkauf von Postkarten, Heimatbrief, Bücherstand, Marzipan, Labiauer Korporal, Meschkinnes und noch mehr.

Für das leibliche Wohl ist wieder gut gesorgt: Am Sonnabend gibt es Mittag- und Abendessen nach kleiner Karte, nachmittags Kuchenbüfett. Auch bietet das Torhaus mit der Sammlung Labiau/Ostpreußen eine Informationsfülle, direkt auf unseren Kreis zugeschnitten, an.

Sonntag, 15. September

Gemeinsamer Besuch des Gottesdienstes in der St. Severi-Kirche in Otterndorf mit Propst i.R. Erhard Wolfram aus Hannover und Pastor Ludwig Feltrup aus Otterndorf.

Propst Wolfram und seine Frau Luise, eine gebürtige Königsbergerin, haben fast vier Jahre – als erste in dem neu erbauten Gemeindezentrum mit Auferstehungskirche, das auf dem ehemaligen Friedhof der Luisenkirche erbaut wurde, die evangelischen Christen – und sicher nicht nur die – im Königsberger Gebiet betreut.

Im Anschluss daran werden wir den Vormittag gemeinsam bei einem gemeinsamen Essen ausklingen lassen. Sicher ist dann Gelegenheit gegeben, sich mit Propst Wolfram und seiner Frau Luise, die übrigens das viel beachtete Buch „Nur die Störche kennen keine Grenze“ geschrieben hat, auszutauschen (siehe auch *Preußische Allgemeine Zeitung* 31/2019, Seite 14).

Anschließend Heimreise.

Allen Labiauern aus Stadt und Land sowie allen Gästen ein herzliches Willkommen. Bitte kommen Sie zahlreich, und zwar mit Ihren Kindern, Ihren Enkelkindern und sogar Ihren Urenkeln.

www.preussische-allgemeine.de

LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665.

Hauptkreistreffen

Hagen – Sonnabend, 24., und Sonntag, 25. August, Hotel Mercure: Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaft Lyck in der Landsmannschaft Ostpreußen mit Gästen der Kreisgemeinschaft Treuburg in der Patenstadt Hagen /Raum Berlin – Siegen – Köln.

Programm

Sonnabend, 24. August

11 bis 12.30 Uhr: Möglichkeit zur Besichtigung des Archivs, Elbersufer 20, 14 Uhr: Öffentliche Kreistagssitzung im Rathaus der Stadt Hagen, Rathausstraße 13, 16 Uhr: Öffnung der Räume im Hotel Mercure, 17 Uhr: Kranzniederlegung an den Gedenksteinen im Stadtgarten Hagen, 19 Uhr: Heimatabend im Raum Berlin des Hotels.

Sonntag, 25. August

9.30 Uhr: Öffnung der Veranstaltungsräume im Hotel Mercure, 11 Uhr: Feierstunde im Raum Berlin – Siegen – Köln des Hotels. Bitte die Tischaufteilung beachten, 14 Uhr: Begrüßung und gemütliches Beisammensein im Hotel Mercure, 14.30 Uhr: Zusammenkunft des Arbeitskreises „Mittlere Generation“ im Bistro (Bar) des Hotels, 17 Uhr: Ausklang.

Einsicht in die Heimatkreiskartei: Sonntag von 14.30 bis 15.30 Uhr.

Diverse Heimatliteratur und Landkarten sind am Bücherstand erhältlich.

Kreistagssitzung

Hagen – Sonnabend, 24. August, 14 Uhr, Rathaus der Stadt Hagen, Raum A 201 (2. Etage), Rathausstraße 13: Satzungsgemäß ergeht hiermit die Einladung zur Sitzung des Kreistages mit folgender Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Wahl eines Protokollführers, 2. Totengedenken, 3. Ehrungen, 4. Genehmigung der Niederschrift über die KT-Sitzung vom 2. bis 3. Februar, 5. Bericht aus dem Kreisausschuss, 6. Aussprache zu den schriftlichen Arbeitsberichten: a) Kreisvertreterin, b) Senioren- und Glückwunschkartei, c) Karteiwart, d) Redaktion Hagen-Lycker Brief, e) AK Mittlere Generation, f) Archiv, 7. Haushaltsplan 2019, 8. Bericht der Kassenprüfer und Entlastung des Kreisausschusses, 9. Treffen der Mittleren Generation in Würzburg vom 25. bis 27. Oktober, 10. Lycker Treffen in Bremen am 14. November, 11. Aufgaben eines Bezirks- und Ortsvertreters, 12. Diesjähriges Kreistreffen, 13. Kreistreffen 2020, 14. Anfragen der Kreistagsmitglieder.

Mittlere Generation

Würzburg – Freitag, 25., bis Sonntag, 27. Oktober, Würzburg: Herbsttreffen der Mittleren Generation.

Wir besichtigen gemeinsam das Deutschordensschloss in Bad Mergentheim. Weitere Informationen unter Internet: www.kreis-lyck.de, Mittlere Generation oder bei Heidi Mader unter Telefon (0421) 67329026.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 15

Die Anmeldung bitte schriftlich bis zum 24. August per Mail an E-Mail: heidi-mader@gmx.de oder postalisch an Heidi Mader, Richard-Taylor-Straße 6, 28777 Bremen.

MOHRUNGEN

Kreisvertreterin: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. Stellv. Kreisvertreterin; Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. Schatzmeister: Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452. Geschäftsstelle Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365.

Johann G. Herder

Mohrungen – Sonntag, 25. August: Blumenniederlegung am Herder-Denkmal in Mohrungen zum 275. Geburtstag von Johann Gottfried Herder. Im Anschluss findet ein Treffen im Herder-Museum (Dohna-Schlösschen) statt. Die Delegation der KG wird vor Ort sein. Über weitere Teilnehmer würden wir uns freuen.

NEIDENBURG

Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de. Stellvertreter: Frank Jork, Oberbörry 18, 31860 Emmerthal-Börry, Telefon (0171) 7086334.

Heimattreffen

Bochum – Sonntag, 1. September, ab 9 Uhr, Erich-Brühmann-Haus, Kreyenfeldstraße 32, 44894 Bochum-Werne: Heimattreffen. Begleitet wird das Heimattreffen von der Wanderausstellung des Ostpreußischen Kulturzentrums Ellingen „100 Jahre Volksabstimmung im südlichen Ostpreußen am 11.07.1920“, die uns von Ellingen zur Verfügung gestellt wird. Ein Muss für jeden jüngeren Interessenten der Kreisgemeinschaft Neidenburg, da dieses einschneidende Ereignis nicht in Vergessenheit geraten darf. Die Kreistagssitzung findet wie immer am Vortag des Heimattreffens statt. Eine besondere Einladung erfolgt noch zur gegebenen Zeit rechtzeitig.

OSTERODE

Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736. Geschäftsstelle: Postfach 1549, 37505 Osterode am Harz, Telefon (05522) 919870. KGOeV@t-online.de; Sprechstunde: Mo. 14-17 Uhr, Do. 14–17 Uhr.

Versammlung

Lüneburg – Freitag, 13. September, 17 bis 18 Uhr, Festdiele des Gasthauses Krone, Heiligengeiststraße 39-41, 21335 Lüneburg: Mitgliederversammlung im Rahmen des Jahrestreffens.

Tagesordnung:

1. Begrüßung, 2. Genehmigung des Protokolls der Mitgliederversammlung vom 15. September 2018, 3. Jahresbericht des Kreisvertreters, 4. Jahresrechnung 2018, 5. Bericht der Kassenprüfer, 6. Genehmigung des Jahresberichtes des Kreisvertreters und der Jahresrechnung, 7. Entlastung des Vorstandes, 8. Ehrungen, 9. Verschiedenes.

Ostpreußisches Landesmuseum, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 759950, E-Mail: info@ol-lg.de, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de.

PREUSSISCH EYLAU

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries, Telefon: (02103) 64759 oder Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net

Heimatkreistreffen

Verden – Sonnabend, 21., bis Sonntag, 22. September, Forum der Niedersachsenhalle, Lindhooper Straße 92, 27283 Verden: Kreistreffen der Kreisgemeinschaft Pr. Eylau. Parkplätze sind genügend vorhanden.

Programm

Sonnabend, 21. September

9.30 bis 12 Uhr: Möglichkeit zur Besichtigung unseres Heimatmuseums im Kreishaus Verden, Eingang Ost, der Weg ist ausgeschildert, 11: Uhr: Empfang der Stadt Verden und des Landkreises Verden durch den Bürgermeister Lutz Brockmann für alle Teilnehmer und Gäste des Kreistreffens im Rathaus zu Verden, Große Straße 40, 27283 Verden, ab 12 Uhr: Die Niedersachsenhalle wird geöffnet, 13.30 Uhr: Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Pr. Eylau im Forum der Niedersachsenhalle mit der Wahl eines neuen Vorstandes, 16 Uhr: gemeinsames Kaffeetrinken (oder auch anderer Getränke) mit typisch ostpreußischem Blechkuchen, 16.30 Uhr: Christoph Hinkelmann zeigt einen Diavortrag mit dem Thema „Naturschönheiten der Kurischen Nehrung, die einmalig auf der ganzen Welt sind“, 16.30 Uhr: Parallel hierzu beantwortet Lothar Biesert Fragen zu persönlichen Anliegen in der eigenen Familienforschung, 18 Uhr: Der Chor „Die singenden Heimatfreunde aus Selsingen“ singt plattdeutsche Lieder in der alten Selsinger Tracht, 18.30 Uhr: Elfie Hoppe trägt humorvolle Geschichten aus Ostpreußen vor, 19 Uhr: Gemeinsames Abendessen mit einem typisch ostpreußischen Gericht für alle Teilnehmer, 20 Uhr: Heimatabend im Forum der Niedersachsenhalle unter anderem mit einem Film über Ostpreußen, danach gemütliches Beisammensein mit „Schabbern“ und „Plachandern“

Sonntag, 22. September

9 bis 10.30 Uhr: Unser Heimatmuseum ist geöffnet, Kreishaus Verden, Eingang Ost, eine Führung wird angeboten, 11 Uhr: Feierstunde im Forum der Niedersachsenhalle zu Verden mit allen Teilnehmern und Gästen. Danach Kranzniederlegung im Bürgerpark Verden (mit Shuttle-Bus oder mit Privat-PKW).

Nach der Feierstunde wird das Kreistreffen im Forum der Niedersachsenhalle fortgesetzt. Anlässlich des 400. Geburtstages des „Ännchen von Tharau“ werden zahlreiche Bildtafeln aufgestellt. Ferner bieten wir an einem Stand Schwermer-Marzipan und typisch ostpreußische Spirituosen und Spezialitäten an. Diverse Heimatliteratur ist an unserem Bücherstand erhältlich.

Stadtfest

Pr. Eylau – Wochenende 7. und 8. September: Stadtfest.

Kulturzentrum Ostpreußen Schloßstraße 9, 91792 Ellingen, Internet: www.kulturzentrum-ostpreussen.de, Telefon (09141) 86440.

RÖSSEL

Kreisvertreter: Egbert Neubauer, Nordparkweg 29, 41462 Neuss, Telefon (02131) 569408. E-Mail: Kreisgemeinschaft-Roessel@gmx.de. Stellv. Kreisvertreter Ernst Grünheidt, Schatzmeister Siegfried Schrade, Schriftführerin Waltraud Wiemer, Archivarin/Karteiführerin Ursula Schlempe.

Tag der offenen Tür

Neuss – Donnerstag, 29. August, 15 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17, 41460 Neuss: Tag der offenen Tür.

SENSBURG

Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, www.kreisgemeinschaftsensburg.de

Humanitäre Hilfe

Manche von uns erinnern sich sicher noch an die Johanniter Sozialstation, die 1993 in Sensburg errichtet worden ist. Viele Jahre hindurch war diese Station eine humanitäre Einrichtung, die gern von allen Bevölkerungsschichten angenommen wurde. Die deutsche Minderheit hatte ständigen Zugang zu diesen Räumen. Eine Arztstation wurde eingerichtet, die zweimal in der Woche geöffnet war. Durch ärztliche Kräfte sind aus Deutschland gelieferte Medikamente ordnungsgemäß an Patienten weitergegeben worden. Kranke und alte Leute wurden vielerorts durch geschultes Pflegepersonal besucht und betreut. Unterstützt wurde die Sensburger Johanniter Station, die übrigens die erste dieser Art in Ostpreußen war, von vielen Vereinen. Auch der Verein für kulturelle und humanitäre Hilfe der Kreisgemeinschaft Sensburg beteiligte sich daran. Jährlich überbrachten die Sensburger aus Remscheid den Johannitern in Sensburg einen größeren Betrag aus ihrem Spendenbestand.

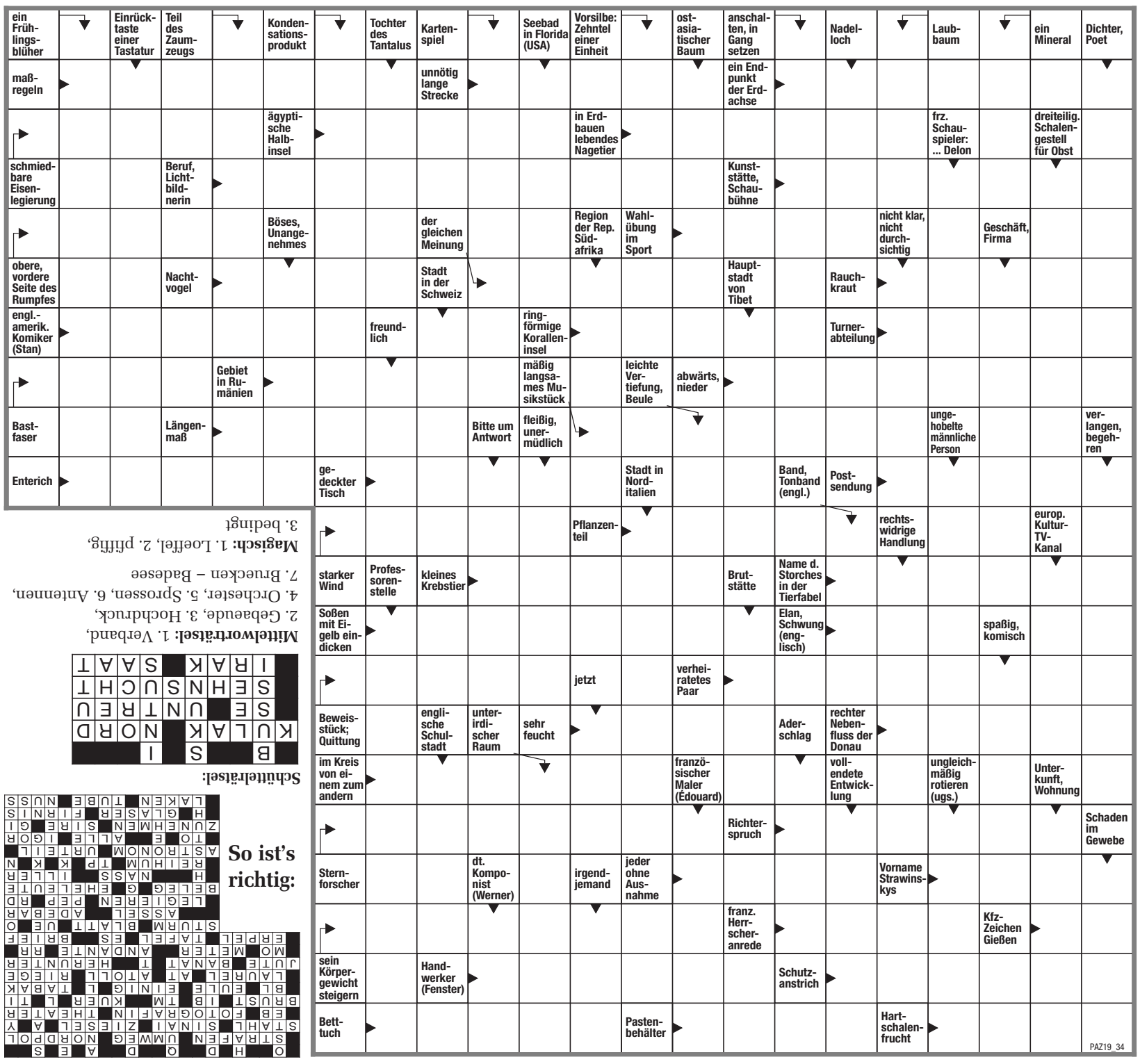
Nach fast 20 Jahren endete dann plötzlich die stets als positiv angesehene Johanniter Station, die sich gleich hinter dem städtischen Krankenhaus befand. „Ein Weg, aber oft zwei Besorgungen“, so hieß es. Aus einer zur Gewohnheit gewordenen Einrichtung entstand schlagartig eine Leere. Viele

Umzug bleibt unverständlich

standen verständnislos da, vor allem die sich zum Deutschtum haltenden Menschen. Warum die Johanniter Sozialstation eine räumliche Veränderung erfuhr, also die Räume über der Bleibe der deutschen Gesellschaft aufgegeben wurden, um im katholischen Pfarramt in der ulica Królewiecka Einzug zu halten, blieb der Kreisgemeinschaft bis heute unverständlich.

Nach dem rätselhaften Umzug sah die Kreisgemeinschaft sich nicht mehr in der Pflicht, weitere Gelder dorthin fließen zu lassen. Überlegungen gingen vor allem dahin, wie man die entstandene Situation ändern könne. Das Bestreben war, kranken Menschen unter die Arme zu greifen, ihnen ein wenig finanzielle Hilfe zu leisten, wenigstens für Arzneien oder einen privaten Arztbesuch. Eine kurze Zeit steckte diese Aktion, die wir als „Humanitäre Hilfe für Schwerkranke“ bezeichneten, in den Kinderschuhen. An-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17



Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

BISSU	↓	EELR	KKNSU	↓	INSTU	↓	ACOR	AEHR	DTTU
→					DNOR	→			
AKKLU			ENRT UU	→					
CEHHN SSTU	→								
AIKR	→				AAST	→			

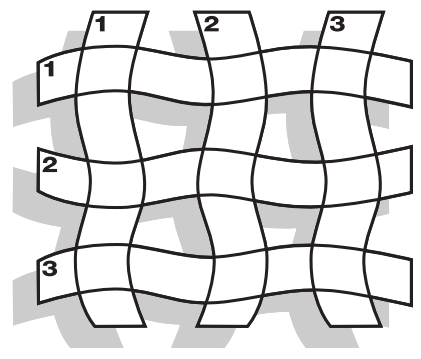
Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein Wort für ein zum Schwimmen geeignetes Gewässer.

1	DACH	■				↓			■	MULL
2	BANK	■								TEIL
3	BLUT									GEBIET
4	BLAS									MUSIK
5	BOHNEN								■	WAND
6	RADIO	■								MAST
7	HOLZ	■								TAG

Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.



1 Teil des Essbestecks
2 gewitzt; schlau
3 nur mit Einschränkung

So ist's richtig:

Schüttelrätsel:

■	B	■	■	S	■	I	■	■
K	U	L	A	K	■	N	O	R	D
S	E	■	U	N	T	R	E	U
S	E	H	N	S	U	C	H	T
I	R	A	K	■	S	A	A	T

Mittelworträtsel: 1. Verband, 2. Gebaeude, 3. Hochdruck, 4. Orchester, 5. Sprossen, 6. Antennen, 7. Bruecken – Badesee

Magisch: 1. Loeffel, 2. pfiffig, 3. bedingt

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

fänglich übergab „Remscheid“ eine gewisse Summe für dieses Vorhaben an den Vorstand des seinerzeitigen deutschen Vereins. Der vergab die Beihilfe, aus seiner Kenntnis heraus, an Schwerkranke, die er als solche kannte. Berücksichtigt wurden in erster Linie Betroffene aus der Stadt und aus der näheren Umgebung zur

Gelder gelangen direkt an die Betroffenen

Stadt. Ähnlich wurde es anfänglich mit der Bruderhilfe gehandhabt, bis die Kreisgemeinschaft auch diese Aufgabe in eigene Regie übernahm. Über einen Kurier gelangt heute das Geld nach Sensburg. Durch beauftragte Mitglieder des Kreisausschusses unserer Sensburger Kreisgemeinschaft kommt das Geld direkt zu den Kranken ins Haus. Dass diese Gelder durch eine Zweckentfremdung nicht verloren gehen können, ist damit gewährleistet.

Auch 2019 sind Beauftragte unserer Kreisgemeinschaft, Mitglieder des Kreisausschusses, in Sachen „Humanitäre Hilfe für Schwerkranke“ in der Stadt Sensburg und den einzelnen Regionen des Kreises unterwegs gewesen. An mehreren Tagen bewegten sie sich mit ihren Fahrzeugen, oft auch auf staubigen und schadhaften Feldwegen, um die überwiegend älteren Menschen, deren Gesundheit stark beeinträchtigt ist, aufzusuchen. Dank der Spenden unserer Sensburger Landsleute war es möglich, jeweils eine finanzielle Hilfe zu gewähren, um den Kauf der inzwischen auch dort teurer gewordenen Arzneien ein wenig zu erleichtern. Die Renten sind erfreulicherweise ein wenig gestiegen, reichen aber nicht allzu weit über die Ausgaben des täglichen Bedarfs hinaus. Sozialhilfe, wie sie auf Seiten einiger westlicher Länder praktiziert wird, kann so nicht erwartet werden.

Es bleibt niemandem verborgen, der eine Reise nach Ostpreußen unternimmt, sei es, um dem Ursprung des eigenen Seins wieder nahe zu sein oder Urlaub an einem der idyllisch gelegenen masurischen Seen zu verleben,

Nicht mehr die Größe von einst

dass die deutschen Gruppen nicht mehr die Größe von einst vorweisen. Auch die Evangelische Kirche lebt als Minderheitskirche in der Diaspora, umgeben von der immer noch mächtigen katholischen Kirche. Die Städte und Dörfer im Kreis Sensburg waren bis zu Beginn des Jahres 1945 überwiegend evangelischer Prägung. Bis in die Fünfzigerjahre füllten dort die evangelischen Gläubigen an den Sonn- und Feiertagen alle ihre Kirchen. Durch die ethnische Säuberung des frühkommunistischen Staatsapparates Polens und ein wenig Dazutun von Seiten der polnischen Machtkirche ist daraus ein völlig anderes Bild entstanden, das wir heute dort vorfinden.

Der Besuchsdient durchquerte, anhand einer mitgeführten Personenliste, unzählige Orte im gesamten Sensburger Gebiet. Vorkenntnisse über die Fahrtrouten besaß er bereits aus früheren Jahren. An der Grenze zum ursprünglichen Ermland besuchte er in Warpuhnen eine 95-jährige Frau, die er schon lange Zeit kannte. „Zu meinem letzten Geburtstag besuchte mich Pfarrer Mutschmann aus Sorquitten“, erzählte sie lebhaft. Im Sorquitter Informationsheft ist in der Weihnachtsausgabe dazu folgendes festgehalten: „Zum 95. Geburtstag besuchte der Pfarrer gemeinsam mit den Chormitgliedern das älteste Gemeindeglied des Kirchspiels, Renata Krzymowska... Frau Renata ist das einzige (letzte) Warpuhner Gemeindeglied aus 3200 Evangelischen, die das Kirchspiel Warpuhnen vor dem Krieg ausmachten.“ Zu bemerken ist dazu: Die Warpuhner Protestanten bildeten zurzeit der amtierenden Pfarrer Alfred Jagucki und Wilhelm Firla, bis weit in die Fünfzigerjahre hinein, noch eine sehr blühende lutherische Kirchengemeinde.

Frau Krzymowska stammt aus Prußhöfen, lebte dort bis vor fünf Jahren allein in ihrem Haus. Jetzt ist sie bei ihrem Sohn in Warpuhnen gut aufgehoben. Seit Jahren wird sie, neben weit über 100 bedürftigen Deutschstämmigen im Kreis Sensburg, durch unsere Kreisgemeinschaft mit der „Bruderhilfe“ und einer weiteren Zuwendung für Schwerkranke unterstützt. Diese humanitäre Hilfe für unsere kranken und bedürftigen Landsleute, die in der Heimat verblieben sind, wird die Kreisgemeinschaft, im Rahmen ihrer Möglichkeit, beibehalten. Sie wird an dieser Maßnahme festhalten können, solange dafür Spenden zur Verfügung stehen.

Manfred Buchholz

TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Erwin Feige, Am Karbel 52, 09116 Chemnitz, Telefon (0371) 3363748. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de

Neues aus der Propstei Königsberg

Der 37. Evangelische Kirchentag, 19. bis 23. Juni in Dortmund, konnte auch Christen aus der Propstei Königsberg begrüßen. Andrej, Olga und Roman Knyulis, Mitglieder der evangelisch-lutherischen Gemeinde Heinrichswalde, haben sich dank der Fürsorge von Barbara und Franz Stenzel in Dortmund sehr wohl gefühlt. Franz Stenzel ist Vorsitzender des Vereins Freunde für Russland e.V., der seit 1991 humanitäre Hilfsgüter für die Region Königsberg liefert. Seit 2015 leistet der Verein finanzielle Unterstützung für Behindertenvereine, Schulen, Waisenhäuser, soziale Einrichtungen in Heinrichswalde und Tilsit. So verbinden sich neue und alte Einwohner im nördlichen Ostpreußen solidarisch. Franz Stenzel und seiner Frau Barbara herzlichen Dank – auch von den übrigen Mitgliedern und dem Vorstand der Stadtgemeinschaft Tilsit e.V.

Der Propst Igor Ronge und die Direktorin Irina Mitrochina berichten im neuesten Propstei-Brief (August 2019) über den erfolgreichen Abschluss der Reparaturarbeiten am Altenheim „Carl-Blum-Haus“ in Mallenuppen [Zadoroschje], das im Jahre 2006 errichtet wurde. Jetzt endlich erfolgte eine Grundsanierung mittels Spenden- und Projektgeldern. Wichtige Beiträge seien von der Gemeinschaft Evangelischer Ostpreußen e.V., dem „Johanniter-Orden“, dem Zentrum für Mission und Ökumene – Nordkirche weltweit – und der Wohltätigkeitsgesellschaft „Pregel“ verwendet worden. Nun kann das einzige evangelische Altenheim im Königsberger Gebiet wieder zukunftsfroh seine Pflegedienste weiterführen. Es gehört zur Kirchenregion Gumbinnen. In ihm finden auch die Gottesdienste in Mallenuppen (bis 1938, dann Gembern bis 1946) statt. Es ist nach dem aus dem Kurland stammenden Pfarrer Carl Blum benannt, dessen Predigtbücher besonders den Russlanddeutschen während der Sowjetzeit ans Herz gewachsen waren. Die berühmteste Persönlichkeit aus Mallenuppen dürfte der deutsche Komponist Siegfried Matthus sein, der dort 1934 geboren wurde. Welch‘ kleiner Ort mit großen Namen. Matthus ist ein vielfältig begabter Künstler, verbunden unter anderem mit der 1976er DEFA-Filmmusik „Die Leiden des jungen Werther“ und dem Te Deum zur Weihe der wiederaufgebauten Dresdner Frauenkirche 2005.

Propst Igor Ronge berichtet über den Besuch des Ökumenischen Chors Oranienburg unter Kantor Markus Pfeiffer und Pastor Arndt Farack, die während ihrer Baltikum-Reise auch in der Evangelisch-Lutherischen Auferstehungskirche in Königsberg ergreifende Lieder sangen. Der Vorsitzende des Gemeinderates Groß Legitten [Turgenevo], Sergej Molodawkin, schreibt begeistert von „seinem“ Ort, dem Treffpunkt verschiedener Menschen und einem Ort für wundervolle Konzerte. Nicht nur, dass ein Ökumenisches Chorfestival am 1. Juni, sondern dass sogar ein Wohltätigkeitskonzert des Königberger Sinfonieorchesters am 30. Juni bei Außentemperatur von 34 Grad, aber angenehmen Innentemperaturen in den alten Gemäuern der ehemaligen Ordenskirche im alten Kirchspiel Labiau stattfand.

Die lutherischen Gemeinden in der Propstei pflegen seit einigen Jahren einen gegenseitigen Chorbesuch mit der evangelisch-lutherischen Gemeinde „Trinitatis“ in Kassel, getragen vom früheren Pfarrer und Propst in Königsberg, Jochen Löber.

Zum großen 20-jährigen Kirchweihfest lädt Propst Igor Ronge zum 31. Oktober in die Auferstehungs-Kirche in Königsberg herzlich ein. Übrigens: „Sonntag“ auf Russisch heißt ins Deutsche übersetzt „Auferstehung“. Alle Gäste sind herzlich willkommen zum zweisprachigen evangelisch-lutherischen Gottesdienst um 11 Uhr mit Chor, Orgel und Blasquartett. Danach Begrüßungen und Gratulationen. 13 Uhr: gemeinsames Mittagessen. Um 13.40 Uhr: kleines Konzert, Markt und Kontaktmöglichkeiten. Zum 18-Uhr-Wohltätigkeitskonzert des Sinfonischen Orchesters der Königsberger Sinfonie unter Leitung von A. Feldman mögen ebenfalls viele Gäste kommen, schreibt Propst Igor Ronge. Eine Spende ist willkommen.

Weitere Informationen im Europa-Referat, Pastorin Christa Hunzinger, Telefon (040) 88181-413, E-Mail: c.d.hunzinger@nordkirche-weltweit.de. *Günter H. Hertel, Mitglied der Stadtvertretung der Stadtgemeinschaft*

Neue Internetseite

Bitte beachten Sie die neue gemeinsame Internetseite der Stadtgemeinschaft Tilsit e.V. und der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit e.V.: https://tilsit-stadtundland.de/

TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Winfried Knocks, Varenhorststraße 17, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2309, E-Mail: WinfriedKnocks@aol.com

Versammlung und Vortrag

Bad Sassendorf – Sonnabend, 31. August, 14 Uhr, Hotel Haus Rasche, Wilhelmstraße 1, 50505 Bad Sassendorf, Telefon (02921) 55501: Mitgliederversammlung mit Wahl des neuen Kreistags.

Tagesordnung:
TOP 1: Eröffnung der Mitgliederversammlung und Begrüßung durch den Kreisvertreter; TOP 2: Totenehrung; TOP 3: Wahl des Versammlungsleiters; TOP 4: Wahl des Protokollführers; TOP 5: Vorstellung der Tagesordnung durch den Versammlungsleiter; TOP 6: Bericht des Kreisvertreters; TOP 7: Bericht des Schatzmeisters; TOP 8: Bericht des Dateiverwalters; TOP 9: Vorstellung des Wahlablaufs durch den Versammlungsleiter; TOP 10: Wahl der Mitglieder des neuen Kreistags für die Wahlperiode 2019 bis 2023.

Der Kreistag besteht aus maximal 21 Mitgliedern, das sind die Kirchspielvertreter und die sogenannten weiteren Vertreter. Zur Wahl stehen Vertreter für die meisten der folgenden Kirchspiele: Altenkirch, Argenbrück, Breitenstein, Groß Lenkenau, Hohensalzburg, Königskirch, Rautenberg, Sandkirchen, Schillen, Trappen, Ragnit-Land/Tilsit-Land, Neuhof-Ragnit und Ragnit-Stadt. Die Kirchspiele Argenbrück und Sandkirchen werden zurzeit nicht betreut. Als sogenannte weitere Vertreter sollen gewählt werden: der Kreisvertreter, der Geschäftsführer und Verwalter der Homepage, der Schatzmeister, der Schriftleiter und Beauftragte für die Öffentlichkeitsarbeit, der Protokollführer, der Beauftragte für die Chronik und das Archiv, der Beauftragte für die Dateiverwaltung und die Betreuerin/der Betreuer der Heimatstube. Kreistagsmitglieder können mehrere Ämter innehaben. Der Wahl schließt sich die konstituierende Sitzung des neu gewählten Kreistags an.

Nach der Versammlung findet im Rahmen des abendlichen Beisammenseins ein Vortrag von Christopher Spatz über die ostpreußischen Wolfskinder statt. Die Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit freut sich besonders, den diesjährigen Träger des Ostpreußischen Kulturpreises für Wissenschaft für einen Vortrag gewonnen zu haben. Der 1982 in Bremen geborene Historiker hat sich in seiner Dissertation ausführlich mit dem Schicksal der Wolfskinder befasst und in seinem Buch „Nur der Himmel blieb derselbe. Ostpreußens Hungerkinder erzählen vom Überleben“ seine Forschungsergebnisse und Interviews mit Betroffenen für ein breites Publikum im Jahr 2016 veröffentlicht. Der Vortag ist für alle Interessierten offen und eintrittsfrei.

Versammlung

Bad Sassendorf – Sonnabend, 31. August, 14 Uhr, Hotel Haus Rasche, Wilhelmstraße 1, 59505 Bad Sassendorf, Telefon (02921) 5501: Mitgliederversammlung mit Wahl des neuen Kreistags.

TREUBURG

Kreisvertreter: Ulf Püstow, Richard-Wagner-Straße 30, 19059 Schwerin. Stellvertreter: Mattias Lask, über Gerhart-Hauptmann-Haus Düsseldorf. Geschäftsführer: Ronny Haase, Nöhringswinkel 1, 14959 Trebbin. Der Heimatkreis im Internet: www.treuburg.de.

Kreistreffen

Hagen (Westf.) – Sonntag, 25. August, 11 Uhr, Hotel Mercure, Wasserloses Tal 4, 58093 Hagen: Kreistreffen gemeinsam mit den Lycker Heimatfreunden.

Gonskener Treffen

Hamburg – 30. August bis 1. September: Treffen Gonsken. Informationen bei Ronny Haase unter Telefon (033731) 10394.

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen

BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219. Sprechstunde nach Vereinbarung.

Landesgruppe – Am 5. August wurde auf dem Stuttgarter Schlosspark ein großer Festakt begangen. Anlass gab die Charta der Heimatvertriebenen, die in diesem Jahr den ehemaligen Ministerpräsidenten Günther Oettinger als Festredner nach Baden-Württemberg holte. Dazu eingeladen hatten die Union der Vertriebenen und Flüchtlinge Stuttgart (UdVF) sowie der Bund der Vertriebenen Stuttgart (siehe auch Seite 18).

BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Landesgruppe – Der neue „Preussen-Kurier“, Ausgabe 2/2019, ist erschienen.

Die „verkleinerte“ Ausgabe ist auf der Internetseite der Landesgruppe Bayern www.low-bayern.de unter Mediathek/Publikationen abrufbar.

Die Themen sind wieder vielfältig. Einen Schwerpunkt bildet neben den Sommerfahrtenberichten und reich bebilderten Dokumentationen der Schüleraustausche die „Wolfskinder“. Vorweg grüßt der litauische Botschafter Darius Jonas Semaška.

Weiden – Sonntag, 1. September, 14.30 Uhr, Café Mitte: Heimatnachmittag.

BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

KREISGRUPPE

Memellandgruppe Berlin – Donnerstag, 29. August, 14 Uhr, Restaurant Ännchen von Tharau, S-und U-Bahnstation Jannowitzbrücke: Treffen nach der Sommerpause. Gäste sind nach Voranmeldung herzlich willkommen. Kontakt: Hans-Jürgen Müller, E-Mail hjm.berlin@t-online.de oder Telefon (030) 40100473.

BREMEN

Bremen – Sonnabend, 7. September, 15 Uhr , Einlass ab 14.15 Uhr, Flughafenhotel Airport Bremen, Flughafenallee 26, Bremen: Sommerausklang mit Beetenbartsch und Schmandschinken. Vorverkauf und damit die regelmäßigen Donnerstags-Sprechstunden unserer Geschäftsstelle unter Telefon (0421) 3469718 ab dem 22. August, 15 Uhr.

Im Vorprogramm wird uns das „Akkordeonduo Cornelia und Klaus“ ein Volkslieder-Wunschkonzert zum Mitsingen gestalten, in dem natürlich auch das Ostpreußenlied und das Westpreußenlied nicht fehlen werden. Liederbücher werden gestellt.

Die Preise der Veranstaltung betragen für Eintritt und Essen (Schmandschinken) 17 Euro, für Eintritt und Essen (Beetenbartsch) 10 Euro. Ein Eintritt ohne Teilnahme am Essen ist aus organisatorischen Gründen nicht möglich. Im Preis ist der in alter Tradition vor dem Essen genossene Machandel enthalten. Eine Anmeldung in unserer Geschäftsstelle ist unbedingt erforderlich und bindend, da wir für die Essensbestellung einstehen müssen. Die Bezahlung kann auch per Überweisung erfolgen: IBAN: DE92 2905 0101 0001 0805 14.

HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Landesgruppe – Sonnabend, den 31. August, 7.30 Uhr ab Hbf, Kirchenallee, Berlinfahrt des Landesverbandes der vertriebenen Deutschen in Hamburg (L.v.D.) zum „Tag der Heimat“ des Bundes der Vertriebenen (BdV) in der Urania Berlin, An der Urania 17, Humboldt-Saal. Programm: Die Reiseleitung empfängt Sie am Bus des Reisedienstes Wiegmann. Einlasskarten, Vorprogramme und Hinweise auf die Reise erhalten Sie im Bus. Beim Eintreffen in der Urania werden die Einlasskarten in Platzkarten umgetauscht. Sie erhalten dort auch das Festprogramm. Begrüßung durch den BdV-Präsidenten Bernd Fabritius. Die Festrede hält der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen Armin Laschet. Die „Potsdamer Turmbläser“ gestalten die musikalische Umrahmung. Nach der Feierstunde nehmen wir an der feierlichen und traditionellen Kranzniederlegung teil und würdigen unsere Toten unter anderem mit einem Trauerkranz des Vertriebenenverbandes der Freien und Hansestadt Hamburg. Nach der Stadtrundfahrt legen wir am Alexanderplatz eine Kaffeepause ein. Am Brandenburger Tor nehmen wir von Berlin Abschied mit einem Volksliedergruß. Auf der Hin- und Rückfahrt werden kleine Imbisse gereicht. Ankunft in Hamburg gegen 22 Uhr. Bitte melden Sie sich umgehend postalisch oder telefonisch unter Telefon (040) 41924456 oder 346359 des Hauses der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg oder per E-Mail: haus_heimat@web.de an. Teilnahmekosten nur 28 Euro (siehe auch im Internet). Bitte werben Sie Freunde und Bekannte, um noch restliche Busplätze zu belegen.

HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Wiesbaden – Sonnabend, 7. September, Haus der Heimat, Großer Saal, Friedrichstraße 35,

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

Wiesbaden: Feststunde des BdV-Kreisverbandes Wiesbaden.

NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Düren – Mittwoch, 4. September, 18 Uhr, Haus des deutschen Osten, Holzstraße 7a, 52349 Düren: Treffen. Anfragen an Gerda Wornowski, Telefon (02421) 72776, E-Mail: gwornowski@gmail.com. Wer sich heimatlich verbunden fühlt, ist bei uns herzlich willkommen. Wir freuen uns auf neue Mitglieder und Gäste. Die Gruppe trifft sich an jedem ersten Mittwoch im Monat.

Düsseldorf – Montag, 2. September, 19 Uhr, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90, Düsseldorf: Lesung und Gespräch mit Marie-Luise Knopp „Wegen Republikflucht verurteilt. Burg Hoheneck und ein Leben danach“. – Mittwoch, 4. September, 15 Uhr, Raum 311, GHH: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Mittwoch, 4. September, 15 Uhr, GHH: Bücher im Gespräch „Das Bauhaus und seine Erben“. – Donnerstag, 5. September, 19 Uhr, GHH: „Heimwehland“ – ein literarisches Lesebuch. Kommentierte Lesung mit Axel Dornemann und Katharina Grabowski. – Freitag, 6. September, 19 Uhr, GHH: Ausstellungseröffnungen „Vergessene Zivilisation, die Kirche der Wolgadeutschen“ und „Seeing Moscow“. Sonnabend, 7. September, 11 Uhr, Konferenzraum, GHH: Tag der Heimat unter dem Leitwort „Menschenrechte und Verständigung – Frieden in Europa“ mit Festrednerin Bärbel Beutner.

Neuss – Jeden ersten und letzten Donnerstag im Monat, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Tag der offenen Tür.

www.preussische-allgemeine.de

SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Halle – Freitag, 6. September, 14 Uhr, Begegnungsstätte der Volkssolidarität, An der Marienkirche 4 (gegenüber der Marktkirche): Treffen.

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Flensburg – Freitag, 23. August: Besuch des Dorfmuseums Jardelund mit Kaffeetafel. Anmeldungen spätestens eine Woche vorher bei Frau Kunde oder Herrn Legies.

Mölln – Mittwoch, 28. August, 15 Uhr, Quellenhof, Mölln: Monatstreffen. Unser Referent, Konrad Dittrich aus Lübeck, wird uns über Entstehung, Verlust und Neuerschaffung des legendären Bernsteinzimmers einen interessanten Vortrag halten.

Was ist mit dem Ursprünglichen geschehen? Ist es bei der Bombardierung von Königsberg verbrannt, oder ist es doch an einem immer noch geheimen Ort versteckt? Wir sind gespannt, was Konrad Dittrich uns dazu berichten wird.

Bei Kaffee und Kuchen/Torte werden wir sicherlich wieder einen schönen Nachmittag verbringen. Jeder interessierte Gast ist bei uns herzlich willkommen.

Dittchenbühne

Elmshorn – Das Forum Baltikum – Dittchenbühne zeigt „Der Schimmelreiter“, ein Theaterstück nach Theodor Storm. Die Premiere am 30. August ist bereits ausverkauft. Für die anderen Termine gibt es Karten unter Telefon (04121) 89710 oder per E-Mail: buero@dittchenbuehne.de, Forum Baltikum – Dittchenbühne, Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn.

»Europas Werteordnung bewahren«

Feierstunde zur Erinnerung an die »Charta der Heimatvertriebenen« in Stuttgart

Im Rahmen einer Feierstunde, erinnert die Union der Vertriebenen und Flüchtlinge (UdVF) und der Bund der Vertriebenen alljährlich an die Unterzeichnung der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ am 5. August 1950 in Stuttgart.

Dazu hatten sich auch in diesem Jahr wieder zahlreiche Teilnehmer an der Gedenktafel vor dem Ehrenhof des Neuen Schlosses in Stuttgart zusammengefunden, unter denen die Landes- und Kreisvorsitzende der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge, die ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete und Stuttgarter Stadträtin Iris Ripsam, auch Vertreter aus der Politik wie die CDU-Landtagsabgeordneten Raimund Haser und Konrad Epple, Ministerialdirigent a.D. Herbert Hellstern aus dem Innenministerium sowie die ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Erika Reinhardt, und den ehemaligen CDU- Regionalrat Hans-Werner Carlhoff begrüßen konnte. Aber auch Alt-Stadträtin Bärbel Häring sowie zahlreiche Honoratioren von den Vertriebenenverbänden wie die stellvertretende Landesvorsitzende des Bundes der Vertriebenen Baden-Württemberg, Andrea Krueger MdL a. D. der Landesobmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Klaus Hoffmann, die Vorstandsvorsitzende des Deutschen Kulturverbandes Region Brünn, Hanna Zakhari sowie der Geschäftsführer des Bundes der Vertriebenen Baden-Württemberg, Hartmut Liebscher, waren zur Feierstunde gekommen, um der Festrede des EU-Kommissars für Haushalt und Personal, Günther H. Oettinger (CDU), in der von der Bläsergruppe Feuerbach musikalisch umrahmten Feier, beizuwohnen.

In ihrer Eingangsrede machte die UdVF-Landesvorsitzende, Stadträtin Iris Ripsam, neben dem geschichtlichen Hintergrund der „Charta-Feier“ auch auf den kulturellen Beitrag aufmerksam, den die Landsmannschaften und Heimatgruppierungen in Baden-Württemberg leisteten. Umso wichtiger sei es deshalb, so die BdV-Landesvorsitzende, die finanziellen Mittel bei der Kulturförderung nach Paragraph 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) weiter aufzustocken, um die Arbeit der Vertriebenengruppen nicht zu beschränken und nachhaltig zu sichern.

Klaus Hoffmann, Landesobmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft Baden-Württemberg, appellierte in seinem Grußwort zu der Feierstunde an die Politik und bat dafür Sorge zu tragen, dass endlich die Unrechtsdekrete des Edvard Benes für ungültig erklärt und beseitigt werden.

Hielt eine europäische Rede: EU-Kommissar für Haushalt und Personal sowie ehemaliger Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg Günther H. Oettinger Bild: Helmut Heisig, UdVF

Festredner Günther H. Oettinger, von 2005 bis 2010 Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg und seitdem als EU-Kommissar in den Ressorts Energiewirtschaft (2010-2014), Digitalwirtschaft (2014-2016) und seit 2016 für den Bereich Haushalt und Personal in Brüssel tätig, würdigte dann an der Gedenktafel vor dem Neuen Schloss auf dem Stuttgarter Schlossplatz, den 69. Jahrestag der Unterzeichnung der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ am 5. August 1950 und erinnerte dabei an die grundlegenden Ziele der „Charta“, die neben dem Verzicht auf Rache und Vergeltung, die Unterstützung der Herbeiführung eines freien und geeinten Europas und die Beteiligung am Wiederaufbau Deutschlands und Europas zum Inhalt hatten. Der Christdemokrat lobte dabei den Weitblick, den die Heimatvertriebenen schon damals mit der Verkündung der „Charta“ besaßen und dankte den an der Feierstunde anwesenden Vertriebenen aus der Erlebnisgeneration, die sich damals als Friedensstifter bewährten. „Als Angehöriger der glücklichen Generation, die keinen Krieg und Vertreibung erleben musste und in Freiheit und Wohlstand aufwachsen durfte, danke ich Ihnen dafür“, so Oettinger.

> Kulturförderung nach Paragraph 96 BVFG aufstocken

Der EU-Kommissar machte jedoch deutlich, dass die Werteordnung, die Europa und Deutschland prägen, gefährdet sei. „Wenn wir wollen, dass die Werte für das unser Grundgesetz steht, wie die parlamentarische Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit und Meinungs- und Religionsfreiheit sowie die Soziale Marktwirtschaft, die sich auf ein jüdisch-christliches Menschenbild beziehen und für eine liberale Gesellschaft eintritt, die Toleranz und Nächstenliebe praktiziert, dann müssen wir dafür kämpfen und als Europäische Union zusammenstehen“.

Der CDU-Politiker machte dabei auf die Entwicklung in Ankara und Moskau aufmerksam, wo sich Autokratien mit einem anderen Verständnis an Werten entwickeln. Aber auch China wolle im Jahr 2049 zu seinem 100. Geburtstag wirtschaftlich, technologisch und militärisch die Nummer Eins in der Welt werden. „Wir befinden uns also in einem Wettbewerb von Werteordnungen, einem Kampf der Systeme“, so der CDU-Politiker, und verwies dabei auch auf den Konflikt zwischen den USA und China. Wolle Europa mit seinem Werteverständnis in diesen Zeiten auch künftig in der Welt Mitgestalter sein und seine Souveränität erhalten, müsse die Europäische Union als ein Team auftreten.

Festredner Günther H. Oettinger appellierte deshalb an die zahlreichen Teilnehmer der Kundgebung auf dem Stuttgarter Schlossplatz, dass jeder Einzelne dazu aufgerufen ist daran mitzuwirken, dass Europa gestärkt werde, damit es seine Werte, die es als Kontinent der Freiheit und Freizügigkeit ausmachen, im Wettbewerb der Werteordnungen in der Welt bewahren kann.

Bevor die Feierstunde mit dem Deutschlandlied ausklang, wies die ehemalige CDU-Landtagsabgeordnete und stellvertretende Landesvorsitzende des BdV Baden-Württemberg, Andrea Krueger, nochmals auf die Bedeutung des alljährlichen Gedenkens an die Verkündung der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ hin, das sich im Jahr 2020 zum 70. Mal jähren wird.

Helmut Heisig
UdVF–Baden-Württemberg

Östlich von Oder und Neisse

Offene Denkmäler bringen offene Gedanken

Baudenkmäler flechten nach und nach das deutsche Erbe ein

Während Deutschland am 8. September den Tag des offenen Denkmals begeht, werden polenweit die „Europäischen Tage des Kulturerbes“ gleich an diesem und dem darauffolgenden Wochenende gefeiert. An diesen Tagen, die 2019 auf den 7. und 8. sowie den 14. und 15. September fallen, lohnt es sich, eine Reise in die Gebiete jenseits der Oder und Neiße anzutreten.

So bietet sich der verschlafene ostbrandenburgische Ort Reinswalde [Zlotnik], sieben Kilometer von Sorau [Zary] entfernt, für eine Reise in die Vergangenheit an. An der mittelalterlichen Kirchruine, die extra für die Tage des Kulturerbes zugänglich gemacht wurde, befinden sich Reste eines Kirchhofs mit Epitaphen und Grabsteinen vom 17. bis zum 19. Jahrhundert. Die Kirchruine und der Kirchhof sind von einer Steinmauer umrahmt, an der ein Renaissancegebäude aus dem Jahre 1534 überdauert. Dort befand sich einst die Stätte der Scholtisei, das Amtsgebäude eines Gemeindevorstehers. Hierin wird Keramik, die während Aufräumarbeiten für die Kulturtage im nahegelegenen Gasthaus, das bis 1945 noch in Betrieb gewesen ist, gefunden wurde, präsentiert.

Das Museum Gerhart-Hauptmann-Haus „Wiesenstein“ in Agnetendorf [Jagniatkow], heute ein Stadtteil von Hirschberg im Riesengebirge, zeigt aus diesem Anlass gleich zwei Sonderausstellungen um Gerhart Hauptmanns Malerkreis. „Am 7. September zeigen wir erstmalig polenweit Grafiken von Ferdinand Staeger zu Hauptmanns Werken von 1923“, freut sich Museumsleiter Janusz Skowronski. Präsentiert werden Arbeiten beispielsweise zu Hanneles Himmelfahrt oder „Der arme Heinrich“. Am 14. September eröffnet Skowronski die Ausstellung zu Riesengebirgsgrafiken von Friedrich Iwan, Paul Aust und anderen. Besonders Iwan ist dem deutschen Publikum durch seine Winterlandschaftsradierungen aus dem Riesengebirge bekannt. Der gebürtige Landeshuter zog 1921 in das benachbarte Krummhübel, ab 1924 lebte er bis 1945 in Hirschberg. Bereits zu Lebzeiten ist er durch die Radierungen mit Riesengebirgsmotiven, und hier speziell seine Wintermotive, berühmt geworden. Viele seiner Arbeiten wurden auf Ansichtskarten gedruckt.

> Großes Aufgebot im gesamten Land

Auftacktgebend: Das Fraustädter Rathaus Bild: Barbidu/Wikipedia

In Glatz gedenkt man während der Kulturerbetage der jüdischen Gemeinde, indem am 7. September auf den Spuren der Glatzer Juden gewandelt wird. Treffpunkt ist der Vorplatz des Museums des Glatzer Landes um 12 und 14 Uhr. An markanten Orten der Stadt werden niedergeschriebene Erinnerungen deutscher Juden gelesen. An die polnische Zeit der jüdischen Gemeinschaft nach 1945, als Juden in Glatz vorübergehend eine neue Heimat fanden, wird im Museum von 15 bis 17 Uhr erinnert. In den 50er und 60er Jahren zog die Masse von ihnen nach Pogromen weiter nach Israel.

Im Oberschlesischen Hindenburg wird unter anderem an den Pionier der Fotografie Karl-Ludwig Max Steckel erinnert, der das oberschlesische Kohlebecken der 20er Jahre verewigte. In der ehemaligen Concordiagrube [Szyb Maciej] im Hindenburger Stadtteil Mathesdorf werden 31 Fotografien aus dem Zyklus „Schwarze Diamanten“ von 1928 präsentiert, die die Arbeit unter Tage zeigen.

Das Motto der polnischen Tage des kulturellen Erbes lautet „Polnisches Geflecht“ und wird von vielen Kulturschaffenden so verstanden, dass dem Erbe der jeweiligen Region deutsche Elemente eingeflochten wurden, die es zu bewahren gilt.

Der polenweite Auftakt der Tage wird in Fraustadt [Wschowa] begangen. Der Ort wurde im 13. Jahrhundert von deutschen Kolonisten gegründet. Innerhalb der polnischen Grenzen behielt die Stadt ihren deutschen Charakter, da protestantische Glaubensflüchtlinge jenseits der Grenzen des Habsburgerreiches hier Aufnahme fanden. Zu preußischer Zeit war Fraustadt ein Garnisonsstandort, dessen berühmtester Soldat, Paul von Hindenburg, hier von 1884 bis 1885 als Kompaniechef diente.

Chris W. Wagner

Weitere Informationen in polnischer Sprache im Internet: https://edd.nid.pl oder beim Narodowy Instytut Dziedzictwa, Siedziba główna, ul. Kopernika 36/40, 00-924 Warszawa, unter Telefon (0048) 22-8260239 oder 22-8269352 oder 22-8269247, per E-Mail: info@nid.pl

Ein Tag in Hökendorf/Kleskowo

… Ziel des Historischen Arbeitskreises Stettin

In Stettin-Hökendorf / Kleskowo beheimatet. Der Historische Arbeitskreis zu Besuch in Hökendorf/Kleskowo.

Zu einer Vormittagstour hatten die Geschwister Dr. Hermann Manzke und Brigitte Klesczewski den Historischen Arbeitskreis Stettin (HAST) nach Stettin-Hökendorf gelockt. Heute nennt sich dieser am Buchheiderand gelegene Ort Kleskowo. Anna Bielecka, die jetzt hier zu Hause ist und mit den ehemaligen deutschen Bewohnern Kontakt hält, hatte den HAST darauf aufmerksam gemacht, dass ein Kreisverkehr auf den Namen der früher hier ansässigen Gutsfamilie Dohrn hinweist. Anna Bielecka ist in der Gemeinde ehrenamtlich tätig und interessiert sich mit einer Gruppe jüngerer Polen für die Geschichte des alten Pfarrdorfes. Schon 1274 wurde der Ort urkundlich erwähnt, als der Ritter Jakob von Staffelde die deutsche Ansiedlung an das Kloster Kolbatz verkaufte. Wie den früheren Dorfbewohnern ist die Buchheide ebenfalls den heutigen zum liebgewordenen Wandergebiet geworden.

Über die ehemaligen Hökendorfer hat Anna Bielecka viel von der Gutsfamilie Dohrn erfahren. Die Gazeta Wyborcza berichtete am 25. Januar 2019, dass es viel Ärger im Stadtrat bei der Namensgebung des Kreisverkehrs unterhalb der Kirche St. Stefan in Kleskowo gegeben hätte. Diesen Artikel übersetzte Hans Vorthmann, Mitglied im HAST:

„Das Gebiet östlich der Oder sucht Möglichkeiten zur Identifizierung mit seinem Territorium. Eine Möglichkeit besteht in der Namengebung. Maria Baranowska tut es. Maria Baranowska–Dohrn (1856-1918) war als Übersetzerin fremdländischer Literatur, hauptsächlich aus dem Polnischen ins Deutsche, bekannt geworden.“ Sie hatte im Juni 1874 den bekannten Zoologen und Meeresbiologen Anton Dohrn (1840-1909) geheiratet. Er war der Gründer und erste Leiter der Zoologischen Station in Neapel gewesen. Diese seit 1874 bestehende Station mit Unterwasseraquarium zählt heute zu den ältesten wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen der Welt und nennt sich „Stazione Zoologica Anton Dohrn“ Anton Dohrn wurde auf dem Familienfriedhof der Dohrns in Hökendorf begraben. Sein älterer Bruder, Stadtrat Dr. Heinrich Dohrn (1838- 1913), setzte sich mit den Bürgern der Stadt Stettin für den Bau eines Pommerschen Museums ein. Er lebte in Hökendorf und verwaltete das Familiengut. Boguslav Dohrn, ein Sohn von Anton und Marie Dohrn geborene von Baranowska war der letzte Gutsbesitzer 1945 in Hökendorf.

Die Polen im heutigen Kleskowo haben über die Dohrn-Familie hinter der Ruine des Gutskuhstalles und in der Nähe eines Denkmales für die ehemaligen und jetzigen verstorbenen Bewohner des Ortes eine Informationstafel mit Bildern der Familie und einem Text in Polnisch und Deutsch aufgestellt.

Nicht weit entfernt vom Kreisverkehr Maria-Baranowska-Dohrn befindet sich der alte Hökendorfer Friedhof, den die polnische Gemeinde zu einem Lapidarium mit Informationsschild eingerichtet hat. Hier legte der HAST einen Grabstrauß am Gedenkstein unter dem großen Kreuz nieder. Auf dem Stein steht in Polnisch und Deutsch: „Wir leben oder sterben, sind wir des Herrn“ Röm. 14, 8.

Bevor es im Pfarramt zum Kaffeetrinken ging, zu dem der amtierende Pfarrer Filipek und der emeritierte, sehr gut deutsch sprechende Pfarrer Fenski eingeladen hatten, wanderte der HAST zu den alten, wuchtigen Eichen, die einmal das Zitelmann-

sche Waldgut beschattet hatten. Heute steht hier eine moderne Villa.

Die Zitelmanns waren eine alte, patrizische Familie, die in Stettin und Hökendorf zu Hause war. Die letzte Gutsbesitzerin war eine Exzellenz. Ottilie Ernestine Margarete von Holtzendorff geborene Zitelmann (1857-1941). Sie war mit dem Großadmiral Henning von Holtzendorff (1853-1919) verheiratet gewesen und die jüngere Schwester von Katharina Rinhart alias Zitelmann, einer heute vergessenen Schriftstellerin und Cousine von Konrad Telmann alias Zitelmann, der ebenfalls literarisch tätig war.

Hökendorf/Kleskowo ist übrigens leicht mit dem Schnellbus A von Szczecin/Stettin aus zu erreichen.

Brigitte Klesczewski
Fotos Hans Vorthmann

Der neue Kreisverkehr trägt einen historischen Namen. Die Familie Dohrn wirkte nachhaltig im Bereich Stettin. Wuchtige Eichen am ehemals Zitelmann‘schen Waldgut.

Pameln – eine heimische Spezialität

Heimat ist auch schmecken und riechen …

Wenn wir pommersche Kochbücher durchsehen, dann fällt uns auf, dass dort allerlei Spezialitäten beschrieben werden, die uns das Wasser im Munde zusammenlaufen lassen. Nur eine kulinarische Besonderheit fehlt: die Pommerschen Pameln (Roggenbrötchen). Länglich, größer als die üblichen Brötchen, die einen gewissen Weizenmehlanteil haben, die an beiden Enden leicht angespitzt waren und durch ihr charakteristisches „schiffchenförmiges“ Aussehen und ihren wunderbaren leicht salzigen Geschmack vielen Landsleuten aus dem östlichen Hinterpommern noch heute in guter Erinnerung sind.

Es gab sie wohl nur in einem umschriebenen Gebiet in Pommern. Nachgewiesen sind Pameln in dem Landstrich zwischen Köslin, Pollnow, Rummelsburg und Stolp, also im östlichen Hinterpommern. Gut möglich, dass die Roggenbrötchen aber auch im übrigen Pommern einen gewissen Bekanntheitsgrad erreichten. Die einen schwören darauf, dass Pameln aus Sauerteig entstehen müssen, andere bevorzugen den Einsatz frischer Hefe für den Backvorgang. Beide Methoden sind praktikabel. Es mag geschmackliche Nuancen geben. Fest steht jedoch, dass auch schon in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts im östlichen Hinterpommern Hefe von den heimischen Bäckern verwendet wurde, um die Spezialität herzustellen

Brötchenteig
Zutaten für ca. 15 Pameln:
500 g Roggenmehl Typ 1150
250 g Weizenmehl Typ 550 oder Typ 1050
375 ml lauwarmes Wasser
42 g frische Hefe (1 Würfel)
ca. 12 g Salz
ca. 15 g Butter weich
ca. 15 g Zucker

In einer grossen Schüssel das Mehl abwiegen, in der Mitte eine Kuhle machen, die Hefe hineinbröckeln und mit ca. 100 ml Wasser verrühren, dann an einem warmen Ort etwa 15 Min. gehen lassen. Danach das restliche Wasser (nicht über 40 Grad, sonst wird die Wirkung der Hefe deaktiviert) und Zutaten dazugeben und mit dem Rührgerät (Knethaken) kräftig zu einem festen Teig kneten, wenn der Teig zu fest wird etwas mehr Wasser nehmen, wieder gut gehen lassen, können gerne ca. 40 Min. oder länger sein. Dann auf einer bemehlten Fläche längliche Brötchen formen und in der Längsrichtung einritzen. auf ein gefettetes oder mit Backpapier ausgelegtes Backblech legen, nochmals 20 Min. gehen lassen, dabei den Teig immer abdecken. dann bei „guter Hitze“, so steht es im Rezept, backen, je nach Größe ergibt es 15-25 Brötchen.

(Grundsätzlich müssen Hefeteige gehen. Erst der Teig, dann als geformtes Brötchen oder Brot.)

Z.B. bei Umluft 180 Grad, ca. 15 Min backen. Dann nachschauen und eventuell noch etwas länger im Ofen lassen. Wichtig ist auch, dass eine Schüssel mit Wasser in den Backofen gestellt wird, damit sie schön fluffig und an der Oberseite kross werden. So genau erklärt, damit sich auch Anfänger an die Zubereitung herantrauen.

Die Zutatenliste verdanken wir Elli Kamphausen, der Tochter des Bäckermeisters Reepel aus Pollnow, die es von ihrem Vater abgeguckt und nach dem Krieg häufig ausprobiert hat.

Foto: Lux

Den Pamel-Artikel entdeckte ich in dem Heimatbrief „Rummesburger Land“, geschrieben von Jürgen Lux. Die Bearbeitungsanweisungen stammen von versierten Hobby-Bäckerinnen, damit die Pameln auch wirklich gelingen und ein wundervoller, heimatlicher Duft durch die Räume zieht. Viel Erfolg!

BS

BÜCHER ECKE

Peer Schmidt-Walther
„Reise, reise!“
Erinnerungen zu Wasser, an Land und in der Luft

Das passt zu PSW: Statt einer autobiographischen Lebensbeichte hat er jetzt Geschichten vorgelegt, die sein ungewöhnliches Leben ausmachen. »Weil das Leben eine Reise ist«, wie mal Kurt Tucholsky geschrieben hat. »Reise, reise!« heißt auf Segelschiffen auch das Wecksignal für Seeleute. Schon Wilhelm Busch schrieb: »Darum Mensch, sei zeitig weise! Höchste Zeit ist’s! Reise, reise!« Es könnte PSWs Lebensmotto sein, an das er sich beruflich wie privat immer gehalten hat. Daraus ist ein beachtliches, reich bebildertes Werk von 584 Seiten geworden.

In vielen Kapiteln schildert der (seit der Wende) Stralsunder Schifffahrts- und Reisejournalist, der auch für die PAZ/Pommersche Zeitung schreibt, mit Wurzeln im Warthegau einzelne „fahrende“ Stationen seines bunten Lebens, die für ihn bedeutsam waren. Wohl kaum ein gängiges Verkehrsmittel hat er dabei ausgelassen: ob an Bord der unterschiedlichsten Schiffe, am Steuer von Lastzügen, in Zügen oder im Cockpit von Flugzeugen. Er ist immer ganz vorn dabei und ohne Berührungsängste. Alltagssituationen weiß er anschaulich, fachgerecht und packend zu schildern. Das nimmt den Leser mit und eröffnet ihm Welten – auch in Pommern, West- und Ostpreußen –, die er so hautnah selten erlebt.

Natürlich macht er auch keinen Bogen um unfreiwillige Kurs-Abweichungen, aber die gehören genauso dazu.

Nicht nur Reisen waren es, sondern auch andere bewegende Momente, die sein Leben geprägt haben. In erster Linie natürlich Menschen, denen er im Laufe der Jahre begegnet ist. Das alles hat anscheinend mit dem zu tun, wonach sich viele sehnen und nicht wissen, was es eigentlich wirklich ist, dieses Unterwegs-Sein.

Viele Erlebnisse mussten aus Platzgründen unter den Tisch fallen. Sie wären es wert gewesen, erzählt zu werden… Christian Rödel

Peer Schmidt-Walther: „Reise, reise! – Erinnerungen zu Wasser, an Land und in der Luft“;
edition psw; Hrsg.: Dr. Peer Schmidt-Walther, Pressebüro PSW am Sund, www.psw-am-sund.de;
1. Auflage 2019; ISBN 978-3-00-062754-5; 584 S.; über 400 Abb. (farbig, s-w).; zu beziehen beim Autor (peermaritim@googlemail.com) zum Preis von 19,95 Euro zzgl. Porto.

Verlängerter Krieg

Zu: „Auspressen, bis die Kerne quietschen“ (Nr. 26)

Die über 100 Jahre zurückliegende Beendigung des Ersten Weltkrieges und das Diktat von Versailles waren eine Zeitenwende, deren erschütternde Folgen bis heute noch unheilvoll und unmittelbar nachwirken.

In den zahlreichen Betrachtungen zum Geschehen zwischen 1914 und 1919 wird immer wieder gerne diese Zeit zutreffend als „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ hervorgehoben und bewertet. Dabei hätte dieser furchtbare Krieg schon viel früher sein Ende finden können (siehe: Friede mit Russland – Vertrag von Brest-Litowsk), wenn nicht die US-Banken nebst Rüstungsindustrie mit dem Geschäftsmodell Kriegsfinanzierung in Europa die „Tore zur Hölle“ des Krieges geöffnet hätten. Hier trifft das Kant-Wort zu: „Der Krieg ist darin schlimm, dass er mehr böse Menschen macht, als er deren wegnimmt.“

An der Westfront konnten Deutschlands Kriegsgegner den Krieg aus eigener Kraft schon länger nicht mehr alleine führen. Nur US-Waffenlieferungen, Kredite und zuletzt noch das Eingreifen von knapp zwei Millionen Soldaten verlängerten um Jahre das große furchtbare Sterben.

Die damalige Bankenrettung beflügelte die Urkatastrophe noch um weitere Jahrzehnte. Versailles legte die Saat zum Zweiten Weltkrieg mit der Eroberung des Landes und darauf folgender Vertreibung der Deutschen aus den östlichen Provinzen des Deutschen Reiches. Die Bundesrepublik Deutschland hat bis zum Jahr 2010 für Versailles bezahlt. Das Deutsche Reich ist seit 74 Jahren Geschichte, die Geschäfte der US-Banken gingen und gehen aber munter weiter. **Jürgen Zauner, Viersen**

Einmal CO_2-Steuer, ewig CO_2-Steuer

Zu: Wie umweltschädlich ist Windkraft wirklich? (Nr. 27)

Als interessierter Laie wird man seine eigene Betrachtung zum allgegenwärtigen Thema Klimawandel entwickeln. Grundlage dazu sind leicht verfügbare Informationen aus dem Netz, die sich zu einem eigenen Bild zusammenfügen lassen. Der Mensch maßt sich an, das Klima verändern zu können, negativ durch Fehler und unbedachtes Handeln, positiv durch Unterbinden desselben. Ein Klimawandel mag erkennbar sein, aber wieso geschieht das?

In der Entwicklung unserer Erde hat es immer wieder Eiszeiten (Glazialzeiten) und dazwischen wärmere Zeiten (Interglazialzeiten) gegeben. In einer solchen befinden wir uns jetzt. Während einer Interglazialzeit können innerhalb von wenigen Jahrzehnten Tempertaturschwankungen von mehreren Grad stattfinden (Forschungsergebnisse). Auch das findet jetzt offenbar statt.

In der Atmosphäre ist der Anteil von Kohlendioxyd bei 0,039 Prozent und wird für den Treibhauseffekt verantwortlich gemacht. Nur Bruchteile davon sind vom Menschen erzeugt und damit möglicherweise beeinflussbar. Wasserdampf ist bis in 100-facher Menge in der Atmosphäre und ebenfalls klimawirksam. Diese Beeinflussung durch den Menschen ist nicht nennenswert möglich. Eine Reduzierung des Anteiles des CO_2 ist nur für den menschenerzeugten Anteil möglich und daher nur unwesentlich.

Der Aufwand hingegen ist gewaltig. Wenn es sich nun auch nur um den deutschen beziehungsweise europäischen Anteil handelt, beeinflussen wir nur einen Bruchteil des Unwesentlichen. Eine sichere Aussage, wie viel Prozent CO_2-Veränderung (weltweit) wie viel Grad Celsius Welterwärmung hervorrufen, gibt es nicht.

Es gibt warnende Wissenschaftler in Menge. Doch üblicherweise sind diese Beschäftigte im öffentlichen Dienst oder ähnlich strukturierten Einrichtungen. Doch hier findet das Gleiche statt wie bei Journalisten: Wer erfolgreich im Job bleiben will, stellt sich nicht gegen den Mainstream.

Die angedachte CO_2-Steuer wird keine Heizung und kein Auto außer Betrieb bringen, sondern nur die Bürger belasten und die Wirtschaft gefährden. Die Politik folgt unwissenden aufgehetzten Schulschwänzern, weil sie dem Trend folgen muss, der offenbar in eine grüne Richtung zeigt. Achtung: einmal CO_2-Steuer, ewig CO_2-Steuer. **Wolfgang Simoleit, Lemwerder**

Der Mensch maßt sich an, durch Senkung des CO_2-Ausstoßes die Erderwärmung auf 1,5 Grad begrenzen zu können: Ballon von Klima-Aktivisten vor den Braunkohlekraftwerken (und Windrädern) in Kerpen/Westfalen Bild: pa

Windkraft-Merkel

Zu: Wie umweltschädlich ist Windkraft wirklich? (Nr. 27)

Mir ist es egal, ob Windkraft umweltschädlich ist. Ich glaube, sie ist es. Was mich an Windrädern stört: Wenn ich nur von Weitem diese hässlichen Dinger sehe, wird mir regelrecht schlecht. Das Landschaftsbild ist zerstört, ich muss mich ärgern. Nur Idioten können Windräder bauen und hinstellen. Ach ja: Vielen Dank, Frau Merkel, für Ihr Eintreten für die Windkraft und andere Sachen, die Sie zu verantworten haben. Man weiß es, sieht es täglich.

Karl-Heinz Bölling, Dortmund

Feige Abschottung

Zu: Volk auf Abstand (Nr. 30)

Das haben selbst die Bonzen des Nationalsozialismus und die des „real existierenden Sozialismus“ nicht vermocht: sich vom sogenannten „Souverän“, dem Wahlvolk, abzuschotten, weil man anders scheinbar die eigene Feigheit nicht beheben kann.

Die „Volksvertreter“ scheuen das eigene Volk. Das erinnert unwillkürlich und fatal an Bertolt Brechts Überlegung von der „Wahl eines anderen Volkes“. Apropos – da ist man freilich gerade dabei.

Doch auch jenem Bevölkerungsaustausch sieht man scheinbar skeptisch entgegen. Statt den steuerzahlenden Bürger mit einer sicheren Staatsgrenze zu schützen, werden nun die „sicheren Häfen“ für Asylanten, Betonsperren vor Weihnachtsmärkte und – eben Gräben um ein Gebäude, das längst nicht mehr „dem deutschen Volke“ dient, gezogen. Die Perversion wird zur bitteren Satire. **Manfred Kristen, Freital**

Zuwanderung nicht um jeden Preis

Zu: „EU benötigt Zuwanderung“ (Nr. 29)

Dass in erster Linie besser gebildete Menschen einwanderten, ist falsch. So eine Aussage kann nur von Menschen getroffen werden, die am Schreibtisch sitzen und dann Statistiken auswerten.

Und dass weniger Gebildete kein Geld für eine Auswanderung hätten, ist auch falsch. Es stellt sich vielmehr die Frage, woher diese Menschen die finanziellen Mittel für ein solches Unternehmen haben. Jene Menschen aus der Türkei, Algerien oder Marokko kommen nicht aus Kriegsgebieten. Sie kommen aus anderen Gründen in die EU.

Es sind nicht in erster Linie die Menschen, die eine Arbeit suchen. Sie sehen die Möglichkeit, in Europa (überwiegend Deutschland) auch ohne Arbeit gut leben zu können. Da gibt es Menschen, die so bildungsfern sind, dass sie nie einen Arbeitsplatz finden werden. Das Berlin-Institut stellte fest, dass an den Faktoren der Bereitschaft zur Auswanderung „ein starkes Bevölkerungswachstum in den Herkunftsländern“ zählt. Das ist aber kein Grund, sein Heimatland zu verlassen. Darunter darf nicht die EU leiden. Es sind in vielen Fällen genau diese Menschen, die in ihrer „neuen“ Heimat wieder für starkes Bevölkerungswachstum sorgen.

Bereits 2001 stand im bayerischen Verfassungsschutzbericht eine Aussage des ehemaligen Vorsitzenden der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs, Mehmet Sabri Erbakan, „die Europäer glauben, dass die Muslime nur zum Geldverdienen nach Europa gekommen sind. Aber Allah hat einen anderen Plan.“ Ähnlich hat sich Algeriens früherer Staatspräsident Houari Boumedienne schon 1974 geäußert: „Eines Tages werden Millionen Menschen die südliche Hemisphäre verlassen, um in der nördlichen Hemisphäre einzufallen. Und gewiss nicht als Freunde. Denn sie werden als Eroberer kommen. Und sie werden sie erobern, indem sie sie mit ihren Kindern bevölkern. Der Bauch unserer Frauen wird uns den Sieg schenken.“

Die Konflikte im Nahen Osten und vielen Teilen Afrikas müssen hier bewältigt werden. Es ist auch eine Aufgabe jener Staaten, die maßgeblich zu den Konflikten beigetragen haben. Es ist eine Hauptaufgabe Europas. Wo bleibt die viel gelobte Hilfsbereitschaft, der Zusammenhalt der Muslime? Sie gibt es offenbar nur dann, wenn es gegen die Christen geht.

Ohne Zweifel geht die Anzahl der erwerbsfähigen Bürger zurück. Aber das darf nicht dazu führen, dass jeder in Europa aufgenommen wird, nur weil die Bevölkerungszahlen zurückgehen. Europa hat nicht früh genug auf dieses Problem reagiert. Den oft angeschnittenen Fachkräftemangel wird man durch Zuwanderung nicht beheben können.

Den Fachkräftemangel gibt es seit weit über 15 Jahren. Die Wirtschaft hat viele tausend Menschen aus den Betrieben gedrängt (zu teuer, zu alt), sie hätten zum Teil noch zehn bis 15 Jahre arbeiten können. Die Politik hat dabei mitgespielt. Die EU braucht Zuwanderung. Aber nicht um jeden Preis. **Heinz-Peter Kröske, Hameln**

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Extrovertiert denken und handeln

Zu: Von nun an geht’s bergab (Nr. 29)

„Wir sind ein reiches Land.“ Doch wer sind „wir“? Wenn beinahe 60 Prozent aller Rentner nicht einmal 1000 Euro Rente erhalten, sieht das nicht gerade nach Reichsein aus. Es ist nicht zwangsläufig so, dass alle Rentner dicke Zusatzeinkommen haben oder mit einem Partner mit eigener Rente zusammen leben. Außerdem sind rund 34 Prozent der Alleinlebenden älter als 64 Jahre.

Fakt ist auch, dass die „Rentabilität“ der eingezahlten Rentenbeiträge immer weiter sinkt und zu immer weniger Rentenansprüchen führt. Und Fakt ist auch, dass immer mehr Menschen in prekären Arbeitssituationen nicht mehr in der Lage sind, ausreichende gesetzliche Rentenansprüche aufzubauen. Darüber hinaus sind sie – das gilt auch für die meisten sogenannten Besserverdienenden – durch die zerstörerische Zinspolitik der EZB nicht mehr in der Lage, eine langfristige private Rente für sich anzusparen. Das ist nicht erst ab heute so, sondern schon lange bekannt.

Da stellt sich mir die Frage, warum die verantwortlichen Politiker nicht schon lange gehandelt haben? Sie lassen sehenden Auges viele Millionen Menschen in die Rentner-Armut laufen. Menschen, die ihnen vertrauen und darauf bauten, eine gesicherte Zukunft auch im Alter zu haben. Wenn wir dann noch daran denken, dass die meisten Pensionen weit höher sind als sogar die „guten“ Renten, dann ist die Spaltung der Gruppen von älteren Mitbürger schon programmiert: die einen, die froh sein können, wenn es Suppenküchen gibt, und die anderen, die tatsächlich noch in einem reichen Land leben.

Verantwortungsvolle Politiker – wenn wir solche denn hätten – müssen Visionäre und Tat-Menschen sein. Ein viel zu einseitig exportorientiertes Land, in dem die Wirtschaft immer mehr erlahmt, muss extrovertiert denken und handeln, um nicht zu tief in den Abwärtsstrudel gerissen zu werden. Anstatt sich brav dem bewusst geschürten Meinungsdiktat des menschengemachten Klimawandels mit seinen wahnwitzigen Folgen zu unterwerfen, könnte eine Innovationsoffensive gestartet werden.

Themen wie beispielsweise „Nachhaltige Energiegewinnung“, „Stromspeicher-Methoden der Zukunft“, „Sinnvolle Energieeinsparung“, „Alternativ-Antriebe mit Vernunft“, „Giftfreie Methoden in der Landwirtschaft“, „Filteranlagen möglichst mit Null-Rückständen“, „Agrar-Revolution bei Pflanzen und Tieren“ könnten die Zukunftsthemen sein, auf die jede Forschung auf allen Ebenen (private Wirtschaft und Universitäten/Forschungseinrichtungen) fokussiert wird.

Dann zeigt es sich sehr schnell, ob Deutschland immer noch das Land der Denker und Erfinder ist. Wenn wir diesen Weg konsequent und ohne bürokratische Hemmnisse wirklich gehen, sind brillante Ergebnisse sicher programmiert. Und das sind dann unsere Exportschlager und der Wohlstandsgarant der Zukunft.

Die Zeit der Rückzugsgefechte und des Aufgebens ist vorbei. Dafür brauchen wir nur eine hochmotivierte Regierung, die fähig und willens ist, an eine erfolgreiche Zukunft dieses Landes zu glauben und diesen Weg auch zu gehen. Das Einzige, was uns dazu noch fehlt, ist die entsprechende Regierung. **Henry Stephan Himbergen**

Realitätsferne Russlandpolitik

Zu: Länder fordern Ende der Sanktionen (Nr. 19)

Es ist erstaunlich, wes Geistes Kind Leute sind, die irrig denken, Russland erpressen zu können. In einem „Spiegel“-Interview sagte ein russischer Historiker vor vielen Jahren: „Vor 400 Jahren war Russland ein kleines Land. Heute ist es ... ein großes Imperium. Das meiste Land haben wir uns erobert – bedeutet dies, dass wir es zurückgeben müssen?“

Die Welt hat Russlands Herrscher seitdem gewähren lassen. Jetzt ist es zu spät. Das Schicksal Napoleons zu Anfang des 19. Jahrhunderts ist bekannt. In seinem Buch „Vom Kriege“ entwickelte Carl von Clausewitz seine 1:3 Taktik zwischen Verteidigung und Angriff. Legt man dieses Prinzip den bislang vergeblichen Versuchen zugrunde, Russland zu erobern, so muss man solchen Träumern bescheinigen, an Realitätsverlust zu leiden.

Russland öffnet sich, vom Westen aus gesehen, wie ein Trichter, wie man auf jeder Landkarte sieht. Will man Russland schlagen und erobern, benötigt man also nicht nur mindestens das Dreifache an Menschen und Material, sondern mindestens das Neunfache, weil man ja nicht nur die ständig wachsende Frontlinie, sondern auch die sich ständig verlängernden Nachschubwege berücksichtigen muss. Von vornherein waren sowohl Napoleons Feldzug als auch das Unternehmen Barbarossa ein Fiasko und gemäß Clausewitz zum Scheitern verurteilt.

Die Krim hat eine bewegte Geschichte hinter sich. Auch die Goten waren schon dort. Unter der russischen Zarin, preußischen Geblüts, wechselte die Halbinsel unter militärischer Gewalt aus dem Osmanischen in das Russische Reich. In einer Laune verschenkte sie viele Jahre später der Generalsekretär der KPdSU, Nikita Chruschtschow, an die Ukraine, ohne jemanden zu fragen.

Weshalb man deshalb ein solches Theater um die Krim macht, wenn man die Chruschtschowsche Schenkung, nach einer Volksabstimmung, rückgängig machte, ist mir unverständlich. Es führt doch zu nichts, außer dass die Sache auch der deutschen Wirtschaft schadet. Oder glaubt etwa irgendwer ernsthaft, dass Russland die launige Chruschtschow-Schenkung in Kraft setzt?

Realitätspolitik, auch im Sinne Bismarcks mit Russland, ist gefragt, ganz im Sinne der russischen, aber vor allem auch der deutschen Wirtschaft. Erinnert sei auch daran, dass es 1989 russische Stimmen gab, die Deutschland vorschlugen, enger mit Russland zusammenzuarbeiten: „Ihr habt die Technologie und wir die Rohstoffe. Lasst uns deshalb zusammenarbeiten!“

Erinnert sei auch an den Stalinsatz: „Wenn das deutsche- und sowjetische (russische) Volk mit der gleichen Energie und Härte gemeinsam für den Frieden kämpfen, wie sie zwischen 1941 und 1945 gegeneinander Krieg geführt haben, so kann man den Frieden in Europa für lange Zeit als gesichert betrachten!“

Dem habe ich nichts hinzuzufügen, oder hat es sich etwa nicht bewährt? **Hans-Peter Lötzsch, Berlin**

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Talentierter Schwindler

Eine steile Verbrecherkarriere beförderte einen Hochstapler aus Brandenburg vor 100 Jahren in ein New Yorker Gefängnis

Vor 150 Jahren wurde ein gewisser Max Schiemangk im brandenburgischen Staupitz geboren. Er endete als internationaler Hochstapler im berüchtigten New Yorker Gefängnis „Sing Sing“.

Schick sah er aus, dieser Max Schiemangk. Ein wahrer Gentleman, korrekt gekleidet, den zackigen Schnäuzer minutiös gestutzt. Kaum einer hätte ihn für einen Hochstapler, einen gefährlichen noch dazu, gehalten. Doch Schiemangk hatte es faustdick hinter den Ohren.

Der am 31. August 1869 in Staupitz bei Finsterwalde geborene Sohn eines Stellmachermeisters fiel schon in der Schule durch Unangepasstheit auf. Lieber träumte der junge Mann von einer schmucken Militäruniform, weil ihm das Lernen so gar nicht lag. Doch schnell war es vorbei mit der Karriere, 1889 entließ man ihn wegen „moralischer Unbrauchbarkeit“ aus dem Militär, nachdem er wegen Betrügereien fünf Tage im Gefängnis gesessen hatte.

Schiemangk sah nun ein, dass er so in Deutschland beruflich nicht weiterkommen würde, und machte sich daher auf in das „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“. Zunächst nistete er sich in dem zirka 130 Kilometer nördlich von New York liegenden Ort Poughkeepsie ein, heiratete dort und bekam mit seiner ahnungslosen Ehefrau einen Sohn.

Naturgemäß sind die Aufenthaltsorte von gewieften Hochstaplern schwierig zu ermitteln, sie sind ungemein flexibel und kreativ im Erfinden von falschen Namen, und so ist es auch unmöglich, alle Stationen Schiemangks genau zu verfolgen. Erwiesen ist jedoch durch seine späteren Aussagen vor dem Berliner Landgericht I, dass er noch im selben Jahr als Pionier in die US-Armee eintrat. Sechs Jahre später reiste Schiemangk, nun plötzlich „di Schimangk“, vorübergehend zurück in die alte Heimat, wo er sich gleich nach seiner Ankunft in Hamburg mächtig daneben benahm und wegen Zechprellerei festgenommen wurde.

Hurtig ging es bald aber wieder zurück in die USA, mit eigenen militärischen Erfindungen tingelte er durch das Land, sodass die US-Botschaft in Berlin mehrmals Anfragen erhielt, was es denn mit dem mysteriösen „Hauptmann“ Schiemangk auf sich habe.

Am besten konnte er seinen narzisstischen Hang zu Uniformen, die ihm gar nicht zustanden, in Preußen ausleben, und er hoffte in seinem Wahn sogar, bald in Berlin dem Kaiser vorgestellt zu werden. Seine Betrügereien setzte er hemmungslos fort, was ihm wieder einen Gefängnisaufenthalt von dreieinhalb Jahren bescherte.

Seine Lügen wurden immer abenteuerlicher, seine Geschichten immer flamboyanter, wusste er eigentlich selber noch, wer er wirklich war? 1902 entließ man ihn mal wieder aus dem Gefängnis, woraufhin er sich mit einer reichen Kapitänstochter verlobte, obwohl er seit einem Jahr bereits mit einer gewissen Mary verheiratet war, seine erste Ehefrau hatte die Ehe annullieren lassen. Noch bevor das junge Paar in den Hafen der Ehe einsteuern konnte, schöpfte der Brautvater Verdacht und hetzte dem Betrüger die Polizei auf den Hals. Lapidar bemerkte Schiemangk bei seiner Verhaftung nur: „Der Krug geht solange zum Wasser, bis er bricht.“

Im Jahr 1907 versuchte er es auf eine andere Tour, suchte einen Berliner Heiratsvermittler auf und verkündete dem erstaunten Mann, dass er eine Frau mit mindestens einer Million Mark Vermögen suche, was er dann auch in einem Schreiben festhielt, das ihn als veritablen Tausendsassa auswies: „Comte du Passy, Maximilian, Oberstleutnant im Generalkonsulat der Vereinigten Staaten, New York, Fort Hamilton, 1869 zu Mexiko geboren, war aktiver Offizier, hat ein Gut, 55 000 Mark wert, 14 000 Mark Einkommen, spricht Englisch, Deutsch, Spanisch, Arabisch, Türkisch, Russisch, ist sehr musikalisch und Erfinder auf militärischem Gebiete.“

1911 schaffte es der immer stärker nach Reichtum und Anerkennung gierende Schiemangk, dass insgesamt 17 Staatsanwaltschaften in Deutschland und im Ausland mit Hochdruck nach dem talentierten Schwindler suchten. Berliner Gerichtsärzte bescheinigten ihm eine auf „krankhafter Grundlage beruhende phantastische Lügenhaftigkeit“.

In Heilbronn schwindelte er einer jungen Frau vor, er sei ein Graf mit Schloss in Stadtnähe. „Graf de Passy“ und seine Verlobte mieteten sich in Berlin in einem vornehmen Hotel ein, doch auch diesmal machte der Brautvater der temporären Harmonie ein Ende. Der angebliche „Graf“ ging daraufhin wieder stiften, schaffte es bis nach Frankfurt am Main, wo man ihn festnahm und in das Heilbronner Gefängnis brachte. Mithilfe eines Komplizen entkam er jedoch mit Fußfesseln und in Frauenkleidern, nur um dann am 28. April 1911 als „Ingenieur Wendt“ im Spreewald festgenommen zu werden.

Nur wenige Monate später heiratete der notgedrungen Vielreisende – er war ja dauernd auf der Flucht – in New York Leila Allendorf und war weiterhin wahlweise als „Graf Max Rochus von Lynar” oder „Graf de Passy-Chiman“ unterwegs. Drei Monate später ehelichte er in Albion auch noch Rose O’Brien, was ihm 1915 schließlich zum Verhängnis wurde. Beide Ehefrauen identifizierten ihn bei einer Gegenüberstellung, und so ging es für Schiemangk schnurstracks zum ersten Mal in das New Yorker Gefängnis „Sing Sing“.

Erst 1919 schienen seine Kräfte etwas nachzulassen, er war älter geworden, aber überhaupt nicht weiser, und musste wegen Urkundenfälschung wieder in das vertraute „Sing Sing“, ebenso 1926 wegen Tragens einer gefährlichen Waffe und zuletzt noch einmal 1930. Auch zehn Jahre später behauptete der unheilbare Lügner, ein Erfinder zu sein und für die Regierung zu arbeiten. Die Erfindung gab es zwar tatsächlich, aber keine Anstellung bei der Regierung.

Am 26. März 1941 verstarb der notorische Hochstapler in Queens, New York, an Leberkrebs. Vielleicht hatten ihn auch seine Lügen zerfressen, denn noch im Tod wahrte der eigentlich wohl an einer schweren Persönlichkeitsstörung, einem gespaltenen „Ich“, leidende Mann den schönen, aber trügerischen Schein: „Marcel de Passy de Dechimang“ heißt es auf seiner Sterbeurkunde. *Bettina Müller*

Kein Entkommen: Jahrelang war der Brandenburger Max Schiemangk im New Yorker Gefängnis „Sing Sing“ eingesperrt Bild: pa

Apolls Meistersänger

Beim Apollonia Kunstfest wird Schwarzmeerort zur Freilichtbühne

Schon die alten Griechen zog es an Bulgariens Schwarzmeerküste, wo sie im 7. Jahrhundert vor Christus ganze Stadtkolonien gründeten, darunter Odessos, jetzt Varna, Messambria, jetzt Nessebar, und Apollonia Pontike, jetzt Sosopol. Um ihn von anderen gleichnamigen Städten zu unterscheiden, erhielt der Hafenort mit heute 4300 Einwohnern den Namenszusatz Pontike, latinisiert Apollonia Pontica.

Die historischen Altstädte von Nessebar nördlich von Burgas und Sosopol südlich der Flughafenstadt, wo heute ein Großteil der ausländischen Schwarzmeer-Touristen landet, sind nach unseren Begriffen „unter Denkmalschutz stehende“ Freilichtmuseen. Jede für sich malerisch auf einer befestigten Landzunge gelegen, wurde Nessebar mit seiner einzigartigen Fülle an byzantinischen Kirchen, die bis zum 5. Jahrhundert zurückreichen, bereits 1983 UNESCO-Weltkulturerbe.

Sosopol entdeckte vor gut 100 Jahren Bulgariens Literaten- und Kunstszene und machte es zu einem der extravagantesten Orte der Küste. Jetzt reiht sich Sonnenschirm an Sonnenschirm an Sosopols Strand und Haus an Haus.

Doch seit 1984 erobern sich Musiker, Schauspieler, Maler, Regisseure, Produzenten, Dichter und Schriftsteller beim Apollonia Kunstfestival die Meeresstadt für kurze Zeit zurück. Und zwar dann, wenn Ende August/Anfang September Sosopols Altstadt für zehn Tage zur Bühne von Theater-, Tanz- und Filmvorstellungen, Freiluft-, Kammer- und Jazzkonzerten, Ausstellungen und Literaturabenden wird.

Sosopol: Eine ganze Stadt ist im Musikfieber Bild: action press

An der 35. Ausgabe vom 29. August bis zum 7. September wirken der bekannte italienische Soulsänger Mario Biondi, die bulgarische Opernsängerin Alexandrina Pendatchanska und die bulgarischen Rockhelden Kiril Marichkov & The Foundation mit, um nur einige der Gäste zu nennen. Auch die Folklore ist mit dem „Northern Ensemble“ unter den rund 70 Programmpunkten prominent vertreten.

Zu den Höhepunkten gehören die Konzerte im Archäologischen Museum inmitten der Vitrinen mit ihren eindrucksvollen Funden verschiedenster Epochen. Gehören Nessebar und Sosopol doch zum Kreis von Europas ältesten Städten.

Ein besonderer Schatz ist eine kleine Holzstatuette des Gottes Apoll aus dem 5. Jahrhundert v. Chr. Unter den Hellenen wachte über dem Hafen eine zehn Meter hohe und 13 Tonnen schwere bronzene Apollostatue des griechischen Bildhauers Kalamis. Nachdem die Handelsniederlassung 72 v. Chr. vom römischen Heer eingenommen worden war, kam die Kolossalstatue als Siegesbeute nach Rom und wurde auf dem Kapitol aufgestellt.

Sosopols Stadtwappen zeigt allerdings nicht den Gott Apoll, sondern einen Anker. Auch er nimmt Bezug auf die Antike. Der Anker war bereits auf den Münzen der griechischen Seehandelsstadt Apollonia abgebildet. Mit einem Unterschied: Im Stadtwappen zeigt der Schaft nach oben, auf den antiken Münzen dagegen nach unten. *Helga Schnehagen*

Ein Plagegeist

Bauern wehren sich gegen Schutz der Biber

Tierfreund Bernhard Grzimek hätte den Biber für ein „possierliches Tierchen“ gehalten. Für den Bauernbund Brandenburg ist er einfach nur eine „Plage“. So kritisierte die Interessenvertretung der bäuerlichen Familienbetriebe, dass die Biberverordnung der Potsdamer Landesregierung über 2019 hinaus verlängert werden soll und keine Entschädigungen vorgesehen sind, wenn Biber einen Bach in einen Stausee verwandeln.

„Bei über 5000 Bibern im ganzen Land ist der strenge Schutz nicht mehr gerechtfertigt – wir brauchen keine schadensbezogene Entnahme, sondern eine vorbeugende Bejagung, um der Plage noch Herr zu werden“, sagte der Biberbeauftragte des Bauernbundes, Bernhard Kalies, Ackerbauer aus Ortwig im Oderbruch.

Auch innerhalb der Entnahmelogik bleibe der Entwurf bei den Widersprüchlichkeiten der alten Biberverordnung, kritisiert Kalies: „Was bringt es, wenn die Behörden aufgrund massiver Schäden Ausnahmegenehmigungen erteilen, diese durch die Verordnung aber zeitlich und räumlich so eingeschränkt werden, dass die Schäden nicht aufhören? Wo sollen die Vögel denn nisten, wenn der Biber im Vogelschutzgebiet einen Baum nach dem anderen zu Fall bringt?“ Auch dass der Pelz und das Fleisch von getöteten Bibern nicht vermarktet werden dürfen, ist nach Auffassung des Bauernbundes Ausdruck eines falschen, von Wegwerfmentalität geprägten Naturverständnisses.

Kalies, der auf seinem Hof vor 20 Jahren 368 Bäume gepflanzt und davon inzwischen 349 durch den Biber verloren hat, hält die politisch gewollte Ausbreitung

Laut NABU immer noch vom Aussterben bedroht: Biber

werbewirksamer Symboltiere für einen Anschlag auf das ökologische Gleichgewicht in der Kulturlandschaft: „Mit dem Biber verschwinden die Bäume und Büsche an unseren Wasserläufen. Mit dem Wolf verschwindet das extensive Weideland. Das sind alles wertvolle Lebensräume für Insekten und Vögel, die der staatliche Naturschutz wissentlich zerstört.“ *H. Tews*

Bremen setzt kulturell Segel

Neigt sich der Sommer dem Ende zu, dann läuft die Hansestadt Bremen auf Hochtouren. Eine Reihe von Festivitäten sorgt von Mitte August bis Mitte September für abwechslungsreiche Unterhaltung. So startet diesen Sonnabend das 30. Musikfest Bremen, zu dem bis zum 14. September über 1100 Sänger, Musiker und andere Künstler erwartet werden. Am 10. September kommt mit der Opernsängerin Anna Netrebko ein Weltstar. Im großen Saal der – bereits ausverkauften – Bremer „Glocke“ singt sie Opernarien und gemeinsam mit dem Tenor Yusif Eyvazov Duette. Das vollständige Programm der 49 Veranstaltungen, die vom Sinfoniekonzert bis Jazz reichen, findet man im Internet unter: www.musikfest-bremen.de.

Vom 14. bis 22. September findet an und auf der Weser die Maritime Woche statt. Dabei kann man Regatten verfolgen oder sich an Land über Schifffahrt und Küstenschutz informieren. Höhepunkt dürfte am 21. September die große Parade mit 150 Schiffen sein: www.maritimewoche.de.

Wasserratten sollten sich den 19. bis 23. August kommenden Jahres im Kalender vormerken. Dann findet in Bremerhaven die „Sail 2020“ statt. Zum nur alle fünf Jahre stattfindenden Internationalen Festival der Windjammer werden 250 Schiffe erwartet. *tws*

Schattenseiten im Berlin der »Goldenen Zwanziger«

Egal, was Ernst Gennat (1880–1939), dem „Buddha vom Alexanderplatz“, unter die Finger kam, alles musste zunächst mit einer großen Lupe gemustert werden, ob Obstkuchen, besonders Stachelbeertorte, mit der sich Gennat, Berlins berühmtester „Kriminaler“, zweieinhalb Zentner anfutterte, oder aktuelle Kriminalfälle. Er löste fast 300 Mordfälle in seiner langjährigen Tätigkeit. Jedes Verhör begann er jovial: „Nu sprechen Se sich erst mal aus, dann isset Ihnen gleich wohler.“

Völlig zurecht widmet Nathalie Boegel in ihrem Buch „Berlin. Hauptstadt des Verbrechens“ diesem ungewöhnlichen Kriminalisten ein eigenes Kapitel. Aber nicht nur dieses Kapitel, das ganze Buch zieht den Leser sofort in seinen Bann. Man liest es wahrlich „in einem Rutsch“. Die Autorin ist eigentlich Filmemacherin. Sie hat mehrere Serien über die deutsche Polizei und über Berlin als Hauptstadt des Verbrechens gedreht. Hier hat sie jetzt ihr großes Wissen im Buch zusammengefasst.

Die Jahre der Weimarer Republik stehen im Mittelpunkt. Es waren, wie heute Historiker meinen, weniger die „Goldenen Zwanziger“, sie glichen eher einem „Tanz auf dem Vulkan“. Gerade Berlin spiegelte beides: eine unglaubliche Blüte der Kultur, des fröhlichen, leichten, oft leichtfertigen Lebens, daneben wirtschaftliche und soziale Not sowie eine bis dahin nicht gekannte organisierte Kriminalität.

Für Letztere stehen die berüchtigten „Ringvereine“, etwa 60 Verbrechersyndikate, die in ihren Reihen einen geradezu perversen Ehrenkodex hochhielten. Daneben zahllose Einzeltäter wie die Korruptionsbrüder Sklarek („den Prüfern bleibt die Spucke weg“) oder die „stillen“ Bankräuber Fritz und Erich Sass, die Wände durchbrachen und Safes knackten, ohne dass ein Laut zu hören war. Da war der Meisterdieb Karl Fried-rich Bernotat, der seine kriminelle Energie auf ein eigentlich liebenswertes Hobby, nämlich seltene und kostbare Bücher, verwandte. Und da war der Kindermörder, der 1929 Berlin derart in Panik versetzte, dass die Verbrechersyndikate der Polizei die Arbeit „abnahmen“, von sich aus den Täter fanden und ihn in Selbstjustiz verurteilten und sofort ermordeten.

Polizeierfolge und Selbstjustiz

Fritz Lang hat daraus – mit Komparsen aus dem Milieu – seinen berühmten Film „M“ gedreht.

Freilich ist das Buch nicht nur eine Aufzählung übelster Verbrechen. Mit Kapiteln zu den Morden an Rosa Luxemburg, Liebknecht, Erzberger und Rathenau, mit dem Porträt Joseph Goebbels als Hitlers „Statthalter“ in Berlin, mit dem „Blutmai“ 1929, mit Erich Mielkes Mordtat an Berliner Polizisten und schließlich mit dem Straßenterror von SA und NSDAP weitet die Autorin das Spektrum auf politisch motivierte Gewalt aus.

Die Ursachen waren ja fast gleich: Die Entwurzelung vieler heimgekehrter Frontsoldaten nach 1918, wirtschaftliche und soziale Not, gipfelnd in Arbeitslosigkeit und einem Leben am Existenzminimum trieben vielfach ins soziale Abseits und in politische Extreme nach rechts und links.

Über das Verbrechen gerade in Berlin gibt es nicht von ungefähr schon einige gute Darstellungen, manche noch tiefschürfender, etwa in der Analyse sowohl des Verbrechertums als auch der nicht beliebten, gleichwohl in Fahndung und Verbrechensbekämpfung überaus erfolgreichen Polizei.

Boegels Buch gefällt durch eine lockere Darstellung, durch Faktenreichtum und souveräne Erzählweise. Aber kann ein solches Thema wirklich „gefallen“? Mord, Raub, Einbruch und Diebstahl gehören zu den düstersten Erscheinungen im menschlichen Zusammenleben. *Dirk Klose*

Nathalie Boegel: „BERLIN. Hauptstadt des Verbrechens. Die dunkle Seite der Goldenen Zwanziger“, *Deutsche Verlags-Anstalt, München 2018, gebunden, 288 Seiten, 20 Euro*

Unbekannte Erfinder

Dass Preußen eine ganze Reihe großer Persönlichkeiten hervorgebracht hat, die Bedeutendes in den verschiedensten Wissenschaftsbereichen hervorgebracht haben, ist bekannt. Zu weniger Ruhm kamen Männer und Frauen, die im Schatten berühmter Namen wie Kant, Herder oder Luther standen, deren Wirken und Erfindungen aber ebenso bedeutend für die Entwicklung des Landes waren.

Helga Tödt, bis zu ihrer Pensionierung Fachärztin für öffentliches Gesundheitswesen und Dozentin an verschiedenen Hochschulen, widmet ihr schriftstellerisches Werk vergessenen Firmengründern und frühen Wissenschaftlern. In ihrem neuen Buch „Vom Rubinglas bis zur Brille“ stellt sie in 14 bebilderten Biografien das Leben und Werk von Männern und Frauen im Zeitalter der Aufklärung vor, die Veränderungen schufen und deren Wirken großen Fortschritt im wissenschaftlich-technischen und medizinischen Bereich brachte.

Sie beginnt mit Johannes Briesmann, einem Wegbegleiter Martin Luthers, der unter anderem im Königsberger Dom predigte und der erste verheiratete Prediger in Preußen war, und endet mit Johann Heinrich August Duncker, der den Siegeszug der modernen Brille einläutete. Daneben werden bedeutende Frauen wie Benedicte Margarethe von Löwendal, die erste Unternehmerin der Lausitz, oder Justine Siegemund, eine emanzipatorische Hebamme am Kurfürstlichen Hof, vorgestellt.

In unterhaltsamem Stil erfährt der Leser viele bislang unbekannte Details zur preußisch-brandenburgischen Geschichte.

Manuela Rosenthal-Kappi

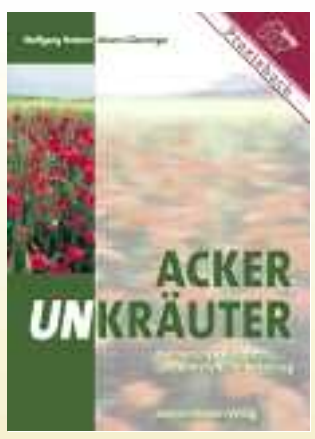
Helga Tödt: „Vom Rubinglas bis zur Brille. Erfinder und Aufklärer in Brandenburg“, *Book on Demand Verlag, Norderstedt 2018, broschiert, 214 Seiten, 16 Euro*

Unkräuter kennenlernen

Die meisten einheimischen Unkräuter wie Brennnesseln an Bahnanlagen oder Straßenböschungen oder Mohn und Kornblumen an Feldern sowie Gänseblümchen im Rasen sind uns bestens bekannt. Mit der Zeit wurden jedoch durch Importe aus dem Ausland immer wieder neue Pflanzen und Unkrautarten eingeschleppt, die zu einer Veränderung der Flora geführt haben.

In der dritten Auflage des Buchs „Acker Unkräuter“ geben die Autoren Wolfgang Holzner und Johann Glauninger einen Überblick über die wichtigsten Wildkräuter, die vornehmlich auf Äckern vorkommen. Das nach Pflanzenfamilien aufgeteilte Buch richtet sich an Landwirte und Laien gleicherma-ßen. So verwundert es nicht, dass neben einer allgemeinen Beschreibung mit Abbildungen die Bedeutung für die Landwirtschaft aufgeführt wird.

Ein Trost für Acker- und Gartenbesitzer: Es gibt nur wenige Unkrautarten, die man wirklich im Auge behalten sollte. Alle anderen sind entweder harmlose Begleiter von Nutzpflanzen oder sie kommen und gehen von allein. Einige von ihnen sind sogar seltene und überdies schön anzusehende Raritäten. *MRK*



Wolfgang Holzner/Johann Glauninger: „Acker Unkräuter. Bestimmung. Biologie. Landwirtschaftliche Bedeutung“, *Leopold Stocker Verlag, Graz/Stuttgart 2019, gebunden, 264 Seiten, 24,90 Euro*

Fontane-Jubiläum: Wichtiges Ereignis für Brandenburg

Am 30. Dezember 1819 wurde Theodor Fontane geboren. Dank dieses 200. Jubiläums kann sich das Land Brandenburg als „Kulturland Brandenburg 2019“ vorstellen. Mit seinen „Wanderungen durch die Mark Brandenburg“ schuf Fontane eine Liebeserklärung an seine Heimat. Inzwischen finden in vielen Orten des Landes – meist Stationen auf seinen Wanderungen – Veranstaltungen zum Thema Fontane statt: Ausstellungen, Lesungen, Konzerte, Theateraufführungen, Wanderungen und anderes mehr.

Dass der Märkische Dichterfürst nicht nur ein Brandenburger ist, zeigt das vielfältige Angebot an Lesestoff in Buchhandlungen in ganz Deutschland. Fontane gehört zu den großen Dichtern und Schriftstellern in unserem Land. Der Reiseschriftsteller und Fotograf Georg Jung geht mit seinem Buch „Auf den Spuren von Theodor Fontane durch die Mark Brandenburg“.

Im ersten Teil des Buches beschreibt er die Großlandschaften des Landes: das Ruppiner Land, Oderland und die Märkische Schweiz, das Havelland und den Spreewald. Es folgen im zweiten Teil aus den beschriebenen Landschaften Fontane-Orte von A bis Z. In der Innenseite des Umschlags findet der Leser Übersichtskarten mit den besuchten Orten. Dabei fällt auf, dass Fontane weder die Stadt Brandenburg noch Potsdam oder Berlin in seinen Wanderungen behandelt. Jung gibt mit Fontane die Begründung: Angesichts der historischen Bedeutung der Städte hätte eine Berücksichtigung den Rahmen gesprengt.

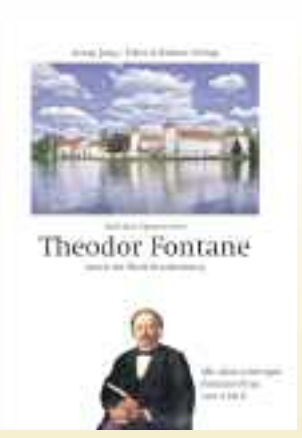
Untrennbar mit den Texten sind die zahlreichen Fotos zu sehen, die praktisch jeden von Jung besuchten Ort mit oft ergänzenden Erläuterungen zeigen. Alle Texte lassen erahnen, wie intensiv sich der Autor in die Themen Fontane und Mark Brandenburg eingearbeitet hat. Bestechend seine Landschaftsbeschreibungen, seine Ausflüge in die Vergangenheit bis zur Ostsiedlung im Mittelalter und bis in die nachsozialistische Gegenwart.

Ein großes Interesse zeigte Fontane an der Frühgeschichte der Mark, an den Slawen, Wenden oder – bis in die Gegenwart – an den Sorben. Ansonsten galt sein historisches Bewusstsein der preußischen Geschichte, und dies nicht unkritisch.

Die biografischen Daten Fontanes, ein Literatur-Verzeichnis sowie Orts- und Personenregister runden das Buch ab. Dieses ist mehr als ein Reiseführer, es kann auch als eine Einführung in die Geschichte und die Landschaften Brandenburgs genutzt werden.

Allerdings muss eine kritische Bemerkung ausgesprochen werden: Fontanes Wanderungen führten ihn auch in Gebiete östlich der Oder. Küstrin, Tamsel und Sonnenburg liegen zwar heute auf polnischem Territorium, sind aber bis 1945 Teil der deutschen Geschichtslandschaft gewesen. Zu dieser Thematik hatte sich bereits in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts der Danziger Günter Grass geäußert: „Zur deutschen Vergangenheit gehört auch der unwiederbringliche Verlust von Provinzen und Städten ... Wir haben zwar Land verloren, aber nirgendwo, in keinem Potsdamer Abkommen, steht geschrieben, dass die kulturelle Substanz dieser Provinzen und Städte in Vergessenheit geraten muss.“ Diese Mahnung besteht zu Recht.

Karlheinz Lau



Georg Jung: „Auf den Spuren von Theodor Fontane durch Mark Brandenburg“, *Ellert & Richter Verlag Hamburg 2018, broschiert, 240 Seiten, 12,95 Euro*

Perfide Propagandastrategien

Es heißt oft, das Erste, was im Krieg auf der Strecke bleibe, sei die Wahrheit. Dabei beginnt das große Lügen aber in aller Regel schon vor Ausbruch der Kampfhandlungen – oder schafft überhaupt erst die Voraussetzungen für den späteren militärischen Konflikt. Über genau diese Thematik schreibt der Trierer Politikwissenschaftler und Publizist Ulrich Teusch in „Der Krieg vor dem Krieg“.

Sein Buch schildert die perfiden Propagandastrategien, die den Kriegstreibern Aufwind verleihen und Kriegsgegner mundtot machen. Dabei widmet sich Teusch auch immer wieder unseren „angeblichen Leit- und Qualitätsmedien“, die er „Massentäuschungs- und Massenzerstreuungswaffen“ nennt, und analysiert deren tendenziöse beziehungsweise emotionalisierende Berichterstattung, welche die Bevölkerung kriegsbereit stimmen solle – derzeit vor allem gegen Russland.

In diesem Zusammenhang gelangt er zu der Erkenntnis, dass Medienkritik mittlerweile keinen Sinn mehr habe, denn die etablierten Medien seien weder willens noch in der Lage, sich zu reformieren: „Sie werden weiterhin wichtige Nachrichten absichtsvoll unterdrücken, Informationen einseitig gewichten ..., mit zweierlei Maß messen, interessengeleitete Narrative konstruieren, ... Kampagnen fahren oder sich für handfeste Propaganda hergeben.“ Deshalb sollten kritisch denkende Menschen auf „antisystemische Medien“ zurückgreifen, die sie „selbst besitzen oder kontrollieren“. Dann liefe die Propaganda von „Systemmedien“ wie „Spiegel“ und „Zeit“, „FAZ“ und „Süddeutsche“, ARD und ZDF ins Leere. Ein bemerkenswertes Buch, auch wenn Teusch gelegentlich etwas zu sehr dramatisiert: 2019 ist nicht 1939. *Wolfgang Kaufmann*

Ulrich Teusch: „Der Krieg vor dem Krieg. Wie Propaganda über Leben und Tod entscheidet“, *Westend Verlag, Frankfurt/Main 2019, broschiert, 224 Seiten, 18 Euro*

Auch Tiere werden groß

Das Erste, was an dem Buch „Wenn kleine Tiere groß werden“ auffällt, ist, dass dieses Bilderbuch angenehm in der Hand liegt. Warm, weich und reliefartig fühlt es sich an und der Einband besticht sogleich durch ein wunderschönes Bild einer Orang-Utan-Mutter mit ihren beiden Kindern im bunten Regenwald. Anna Taube, Autorin und Übersetzerin, hat die Texte verfasst. Doch überzeugt dieses wirklich zauberhafte Bilderbuch nicht durch das geschriebene Wort, sondern einzig und allein durch die hervorragenden Illustrationen der in Neuseeland lebenden japanischen Künstlerin Hanako Clulow.

Ein wahrer Bilderrausch erwartet die kleinen und großen Leser mit detaillierten Darstellungen verschiedener Tierfamilien. Da geht es gleich los mit der Biberfamilie, dem Stieglitz, dem Fuchs, Eichhörnchen, Braunbären, der Eule, dem Wolf, dem Buckelwal und vielen weiteren Tieren mehr. Dabei geht es darum, wie die jeweiligen Tierkinder heranwachsen, wie sie gefüttert werden, wie sie spielen und herumtollen und eines Tages erwachsen werden müssen.

Auf den Bildern gibt es für Kinder viel zu entdecken. Zum Beispiel, dass noch viel mehr Tierfamilien zu sehen sind als beschrieben werden. Ganz am Ende folgt eine Auflistung der gezeigten Tiere. Welche Arten wurden gezeigt, wo leben diese Tiere auf der Welt und wie verhalten sich die Tiereltern und Kinder untereinander. Auf den doppelten Bildseiten sprechen die hinreißenden Bilder für sich selbst. Die hinzugefügten Texte sind beinahe überflüssig. Dennoch ist es ein wunderbares Bilderbuch, das man sich schon mit kleinen Kindern ab drei Jahren anschauen kann.

Silvia Friedrich

Anna Taube/Hanako Clulow: „Wenn kleine Tiere groß werden“, *ars Edition, München 2019, gebunden, 32 Seiten, 15 Euro*

Roland Kaltenegger
Major Hans-Peter Jacob
Vom „Blumenteufel" der Leni Riefenstahl zum Ritterkreuzträger der Gebirgstruppe
Am 30. Dezember 1909 in Kaiserslautern geboren, trat Hans-Peter Jacob am 1. November 1934 in das Infanterieregiment Augsburg ein. Seinen Truppendienst leistete er zunächst im Gebirgsjägerregiment 99. Nach dem „Blumenkrieg" gegen Österreich erfolgte seine Versetzung in das Gebirgsjägerregiment 98 mit dem er am Einmarsch in das Sudetenland und am Polenfeldzug teilnahm. In Mittenwald lernte er 1940 während der Dreharbeiten zum Film „Tiefland" die bekannte Regisseurin Leni Riefenstahl kennen, als das Regiment für vier Wochen Gebirgsjäger und Tragtiere für die Dreharbeiten des Films abstellte und Hans-Peter Jacob den berühmten Hauptdarsteller Bernhard Minetti doubelte. Mit der neu aufgestellten 6. Gebirgsdivision zog er in den Balkanfeldzug. Während der Kämpfe auf dem griechischen Festland wurde er am 13. Juni 1941 als Chef der 2. Kompanie des Gebirgsjägerregiments 143 mit dem Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes ausgezeichnet. Am 21. März 1944 heiratete er Leni Riefenstahl, aber die Ehe wurde bereits im Frühsommer 1947 wieder geschieden. Nach dem Krieg arbeitete er als Filmproduzent und heiratete in zweiter Ehe die Schauspielerin Ellen Schwiers. 160 S.
Nr. P 540106 Gebunden 9,95 €

Ellen Schwiers mit Marte von Have
Dich hat der Esel im Galopp verloren
Lebenserinnerungen
„Dich hat der Esel im Galopp verloren" sind die persönlichen Lebenserinnerungen von Ellen Schwiers, einer herausragenden Schauspielerin und starken Frau, die auch in schwierigen Zeiten mit Mut, Fleiß und Klarsicht bewies, wie man auf der Bühne erfolgreich sein kann, ohne sich zu verbiegen. Die Trägerin des Deutschen Schauspielpreises schildert ihre Kindheit im Nationalsozialismus und die Erfahrungen als junge Frau in der Nachkriegszeit, spricht über Theater- und Dreharbeiten, Begegnungen und Freundschaften, über ihre große Liebe, die sie erst in reifen Jahren fand und auf überaus tragische Weise wieder verlor. Weitere Schicksalsschläge folgten, aber auch wieder Mutmachendes, Heiteres, spannende Aufgaben und neue Herausforderungen. Das Buch lässt tief in die Biografie der Schauspielerin blicken und zeigt ihr bewegtes privates und berufliches Leben. Mit einem Vorwort von Tochter Katerina Jacob. 240 Seiten
Nr. P A1394 Gebunden 22,00 €

CD – Lorbas und Marjellchen – Heiteres aus Ostpreußen
Ostpreußische Texte in ostpreußischer Mundart werden auf dieser CD präsentiert. Dazu ertönen ostpreußische Lieder. Mit Texten von Robert Johannes und anderen. Gestaltung Dr. Herbert Hefft. Aus dem Inhalt: Zogen einst fünf wilde Schwäne, Der Bauer Schneidereit, Öck bön emol önne Stadt gewäse, Mein Jettchen u.v.m. Gesamtspielzeit 29 Minuten
Nr. P 533200 CD 12,95 €

Pommernschluck
Kartoffelschnaps nach einem alten pommerschen Rezept.
32 % vol., Flasche 0,5 Liter
Nr. P A1280 17,95 €

Danziger Goldwasser „Lachs"
Likör mit Blattgold
40 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5808 21,45 €

Hans-Peter Hahn und Peter Körner
CD – Ostpreußischer Humor – Wenn bis weit nach Mitternacht der Lorbass beim Marjellchen wacht
Auf der Bühne hört man das Ostpreußische nur noch selten, aber wenn man es hört, dann ruft es Schmunzeln und Lachen hervor. Man wird sich nicht nur gern erinnern, sondern vor allem mit einem Augenzwinkern köstlich unterhalten. Einige Lieder wurden von den beiden Künstlern extra für dieses Hörbuch vertont. (Gesamtspielzeit: 133 Minuten)
Nr. P 533147 Doppel CD 14,95 €

Nalewka
Weichselkirchen-Likör
25 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5684 17,95 €

Gumbinner Marillchen
Aprikosen-Likör
25 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5686 17,95 €

Christian Tilitzki
Alltag in Ostpreußen 1940–1945
Die geheimen Lageberichte der Königsberger Justiz
56 S/W-Abb. 324 Seiten
Nr. P 1083 Gebunden 14,95 €

Die Königsberger Gerichtslageberichte gestatten für die Zeit von 1940–1945 Einblick in eine vielschichtige Lebenswelt, wie sie bislang aus der isolierten Perspektive von Trauer und Sehnsucht nicht wahrgenommen werden konnte. Die Behördenchefs der Justiz waren angewiesen, die Reaktion der Bevölkerung auf außenpolitische und militärische Ereignisse zu beobachten und zweimonatlich darüber einen Bericht zu verfassen. 53 Berichte von Gerichtspräsidenten, Oberstaats- und Generalstaatsanwälten und weiterer hochgestellter juristischer Amtsträger sind in diesem Werk versammelt und geben ein beeindruckendes Bild der Stimmungen in dieser Zeit.

Der Mythos Ostpreußen
Auf den Spuren der Ordensritter
im Ermland, Oberland, und Masuren.
Laufzeit: 60 Minuten
DVD
Nr. P A0351 5,95 €

Bereits im Jahre 1241 erbaut, liegt sie im südlichen Ostpreußen, in Masuren. Im 13. und 14. Jahrhundert erbauten die Ordensritter auch in den entlegensten Dörfern monumentale Kirchen und Burgen – die Zeugen der Backsteingotik. Eindrucksvolle Landschaftsaufnahmen, zum Teil aus dem fahrenden Auto, dokumentieren die Einzigartigkeit der ostpreußischen Landschaft. Der Autor, selbst gebürtiger Ostpreuße, vermittelt durch fundiertes Wissen interessante geschichtliche Hintergründe zu den einzelnen Objekten. Durch die Aktualität der Filmaufnahmen, sie alle stammen aus dem Jahr 2010, ist dieser Film nicht nur für Landsleute interessant, sondern für alle, die sich von der Einmaligkeit dieses beeindruckenden Landes überzeugen und begeistern lassen.

Königsberger Marzipan Teekonfekt
225 Gramm vakuumverpackt im Geschenkkarton
Nr. P 5664 Marzipan 9,99 €

Kurenkaffee
Ostpreußischer Likör
25 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5688 17,95 €

Trakehner Blut
40 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5697 1 Flasche 21,60 €
Nr. P A0298 3 Flaschen 62,00 €

Helmut Lindenblatt
Pommern 1945
Eines der letzten Kapitel in der Geschichte vom Untergang des Dritten Reiches
105 S/W-Abb. 404 Seiten
Nr. P 3010 Gebunden 14,95 €

Das Buch dokumentiert in einer einzigartigen Darstellung das letzte Jahr des 2. Weltkriegs in Pommern. Der Autor, Helmut Lindenblatt, hat über Jahre eine aufwändige Recherche unternommen, zahllose Korrespondenzen geführt, Fluchtberichte gesichtet, Archive durchstöbert und mit Zeitzeugen gesprochen. Daraus ist eine Dokumentation entstanden, die die schreckliche Chronologie des Krieges und den Untergang des Dritten Reiches festhält. Militärische und zivile Aspekte wurden gleichrangig miteinander verbunden und durch die ungewöhnliche Vielzahl der ausgewerteten Unterlagen gibt dieses Buch einen umfassenden Einblick in ein Stück Zeitgeschichte.

Königsberger Marzipanherz
Schwermer Marzipanherz einzeln in Cellophanfolie verpackt
25 Gramm geflämmtes Marzipan mit Zuckerguss in der Mitte.
Nr. P 5659 Marzipanherz 1,50 €

Königsberger Marzipan „Bunter Teller"
300 Gramm vakuumverpackt im Geschenkkarton
Nr. P 5666 Marzipan 12,99 €

Bärenjäger
Ostpreußischer Bärenfang
35 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5680 19,90 €

Danziger Goldwasser
Danziger Liqueur
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5811 21,95 €

Meschkinnes
Der Ur-Bärenfang
50 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5692 21,45 €

Tapi
Original Bärenfang
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5695 21,45 €

Pillkaller
Edel-Machandel
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5696 17,95 €

Trakehner Esprit
Edler Reiterschnaps
40 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5703 21,45 €

Schit-Lot-Em
Pommerscher Magenlikör
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5689 21,45 €

Bärenblut
Honig und Holunder
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5694 21,45 €

Bernsteinriegel
Meschkinnes, Bärenblut, Bärenfang, Kurfürstlicher Magenbitter und Danziger Goldwasser. je 0,10 Liter im Tragekarton
Nr. P 5702 Spirituosen (5 x 0,10 Liter im Tragekarton) 21,45 €

5 Ostpreußische Liköre
5 Flaschen je 0,10 Liter ostpreußische Liköre im Tragekarton.
Nr. P 5803 19,95 €

Moosbeere mit Wodka
Baltische Spezialität
20 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5685 17,95 €

Lorbass
Altpreußischer Kartoffelschnaps
40 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5673 16,95 €

Marjellchen
Schwarzer Johannisbeerlikör
25 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5693 17,95 €

Wir verschicken Flaschen in absolut bruchsicherer Verpackung. Dieses kostenintesive Verfahren erfordert, dass wir zusätzlich zur Versandkostenpauschale Verpackungskosten je Sendung in Höhe von 1,75 € erheben müssen.

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name
Straße/Nr. Telefon
PLZ/Ort
Datum Unterschrift

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

ZUR PERSON

Fußball-Kapitän namens Fritz

Vom Deutschen Fußballbund (DFB) kann die SPD noch viel lernen. Während sich bei den Sozialdemokraten ein ungeeigneter Kandidat nach dem anderen um den Vorsitz bewirbt und sich die Partei damit ständig weiter blamiert, ist der ebenso angeschlagene DFB einen anderen Weg gegangen, um die seit April anhaltende Führungskrise zu beenden. Eine Findungskommission hat mithilfe einer externen Personalagentur wochenlang hinter verschlossenen Türen nach einem fähigen Nachfolger Reinhard Grindels gesucht, der wegen der Annahme einer Luxusuhr zurücktrat.

Jetzt hat man die Katze aus dem Sack gelassen: **Fritz Keller** soll es werden. Der Präsident des Fußball-Erstligisten SC Freiburg steht für alle Tugenden, die dem deutschen Fußball nach und nach abhandengekommen sind: Integrität, Bodenständigkeit und Sparsamkeit. Der 62-jährige Winzer und Hotelier soll am 27. September ins Amt gewählt werden.

Wegen der vier Weltmeistertitel schmücken die DFB-Trikots vier Sterne. Keller bringt einen eigenen Stern mit, nämlich einen Michelin-Stern. Diese Gastronomie-Auszeichnung besitzt er seit 1969

Bild: Sven Mandel/CC-BY-SA-4.0

für sein Hotel und Restaurant „Schwarzer Adler“ im badischen Oberbergen. Dort im Kaiserstuhl führt Keller in dritter Generation auch ein Weingut, für das der „Botschafter der Weinkultur Badens“ dieses Jahr vom Gault-Millau zusätzlich zum „Winzer des Jahres“ erklärt wurde.

Ob er auch einmal Präsident des Jahres wird, hängt davon ab, ob der DFB erneut den Weltmeistertitel holt. Dass der Sportclub, wo Keller 2010 Erster Vorsitzender und 2014 dessen Präsident wurde, meist nur im Mittelfeld der Tabelle zu finden ist, muss nicht heißen, dass beim DFB jetzt Mittelmaß einzieht. Es gilt zu berücksichtigen, dass sich der badische Verein dem fußballerischen Mainstream teurer Spielertransfers und schneller Trainerwechsel widersetzt und sich trotzdem in der ersten Liga behauptet.

Der Verein setzt fast nur junge Spieler ein, die aus dem eigenen Fußballinternat kommen. Eine Talentschmiede, die sich der DFB zu eigen machen könnte. Mit Christian Streich hat der Club seit 2012 außerdem den dienstältesten Trainer der Bundesliga, dem Keller auch beim Abstieg vor vier Jahren in die 2. Bundesliga die Treue hielt. Der sofortige Wiederaufstieg ein Jahr später war der Lohn.

Mit seiner Beharrlichkeit könnte Keller, der 20 Jahre lang Vizepräsident der deutschen Sommelier-Union war, den abgehobenen DFB wieder in die Spur bringen. Das miserable Abschneiden bei der WM 2018, die Anklage früherer DFB-Chefs wegen der Vergabe der WM von 2006 im eigenen Land sowie die Uhrenaffäre des CDU-Politikers Grindel stecken dem mit sieben Millionen Mitgliedern größten Sportbund der Welt noch tief in den Knochen.

Keller ist übrigens Patenkind von Fritz Walter, dem Kapitän der Weltmeistermannschaft von 1954. Bald soll ein neuer Kapitän namens Fritz den DFB anführen. Kein schlechtes Omen. *H. Tews*

Die Schöne und das Biest

Wie die SPD in die Puschen kam und was die CDU-Vorsitzende nie sagen würde / Der satirische Wochenrückblick mit KLAUS J. GROTH

Wer ist denn darauf gekommen? Disney-Produktion wäre das zuzutrauen. Aber die produzieren familientauglich, ein bisschen gruselig darf es zwar schon sein, aber am Ende muss Cinderella Sternenstaub fliegen lassen. Oder so ähnlich. Jedenfalls muss es gut ausgehen. In Hollywood gibt es nur wenige Typen, die sich an eine Story mit Gesine Schwan und Ralf Stegner in den Hauptrollen heranwagen würden. Quentin Tarantino vielleicht. Bei dem dürfen auch garstige Typen mal siegen. Früher hätte der Stoff vielleicht Alfred Hitchcock als Vorlage für einen Gruselschocker gedient. Gefeiert und mit Auszeichnungen versehen sind beide. Aber ob die Regisseure sich an dieses Drehbuch gewagt hätten, das darf bezweifelt werden: Gesine Schwan und Ralf Stegner als das Traumpaar des SPD-Vorstandes! Das wäre doch wohl etwas zu hart gewesen. Obwohl, so ganz abwegig ist das doch gar nicht. Denken Sie nur mal an den herzergreifenden Film „Titanic“. Da sehen Sie Leonardo DiCaprio in die See schmachtend, unter Deck Kate Winslet, verloren an die Gewalten des baldigen Unterganges. Wenn das keine Vorlage ist! Und nun stellen Sie sich mal diese Situation im Film mit neuer Besetzung im SPD-Präsidium vor: Ralf Stegner schmachtend am Bug, die Arme weit ausgebreitet, bevor er mit Gesine Schwan untergeht.

Dabei ist Ralf Stegner nicht einmal erste Wahl für Gesine Schwan. Dieser Mehrfachtorpedo der SPD hatte sich vielmehr einen jungen Prinzen zur Seite gewünscht, Kevin Kühnert (verdächtig lange von dem nichts mehr gehört). Aber der Juso-Chef gab ihr einen Korb. Und selbst Genossen, denen sonst nichts suspekt ist, kam diese Liaison suspekt vor. Ralf Stegner, lange unterwegs bei Parship und anderen Kuppelprogrammen im Internet, griff beherzt zu, um der vereinsamten Gesine zu helfen. So ist er eben, der Ralf Stegner, er kann nicht anders. Immer vorn mit sozialistischem Gruß. Selbst wenn es sein letzter Schwanengesang sein sollte. Immerhin, den passenden Gesichtsausdruck zum Zustand seiner Partei hat Stegner bereits. Die Führung einer Partei per Twitter-Account müsste er auch nicht mehr üben.

Aber man soll niemals den Mut verlieren, Rettung naht. Kaum hatte sich das Duo Stegner/Schwan an die Öffentlichkeit gewagt, da erwachten die Sozialdemokraten nach einer Schrecksekunde aus ihrer Schockstarre. Und das mit einer solchen Wucht, als schleudere ein Lahmer seine Krücken von sich. Gleich zwei Kandidaten aus der ersten Garnitur hoben den Finger: Ich will auch! Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius und Bundesfinanzminister Olaf Scholz. Bis jetzt hatten sich auf diesen Rängen der Partei alle mucksmäuschenstill verhalten, getreu der Regel, wer sich bewegt, hat schon verloren. Damit ist es nun vorbei. Darum gebührt dem Duo Stegner/Schwan aufrichtiger Dank. Ohne ihren Auftritt lägen die jüngsten Bewerbungen wohl kaum auf dem Tisch. Ralf Stegner hat das sofort erkannt und deren Kandidaturen als Erfolg für sich reklamiert. Der steht ihm zu. Allerdings sollte er sich auch fragen, warum die neuen Kandidaten ihn und seine Partnerin unbedingt nicht hochkommen lassen wollen, warum sie die Rettung der Partei nur noch in der Flucht nach vorn sehen. Dorthin wollten sie ja bisher auf gar keinen Fall.

> Gesine Schwan und Ralf Stegner als das Traumpaar des SPD-Vorstandes?

Eines aber kann ziemlich sicher vorausgesagt werden: Auf 100 Prozent kommt bei der Wahl keiner der Bewerber. Das war und ist vorerst einmalig, das bleibt dem, na, wie hieß er noch gleich, na, der aus Brüssel, nee, nicht Scholz, aber so ähnlich, jedenfalls dem bleiben die 100 Prozent vorbehalten. Das schafft sonst keiner.

Jetzt muss Olaf Scholz unter den Genossinnen auf Brautschau gehen. Bleibt noch die Frage, ob die Sozialdemokraten mit dem Beschluss zur Doppelspitze die Zeichen der Zeit mutig genug erkannt haben. Warum muss eine Doppelspitze eigentlich unbedingt aus einer Frau und einem Mann gebildet werden? Könnten nicht auch zwei Frauen oder zwei Männer eine Doppelspitze bilden? Nur mal so gefragt. Da ergäben sich vollkommen neue Perspektiven.

Na ja, soweit sind wir noch nicht ganz. Aber keine Sorge, das kommt schon noch. Auch wenn der Fortschritt eine Schnecke ist, irgendwann erreicht jede Schnecke ihr Ziel. Vor vier Monaten bürstete der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer, dieser grüne Sarrazin, mal wieder wider den Strich. Der Parteigrüne mäkelte an der jüngsten Werbekampagne der Deutschen Bundesbahn herum. Sie zeigt im Internet Reisende unterschiedlicher Hautfarbe. Palmer begründete seine Kritik so: „Welche Gesellschaft soll das abbilden? Menschen, die so aussehen, als hätten sie keinen Migrationshintergrund, sind bei den Bildern in der Minderheit.“ Der Bundesgeschäftsführer der Grünen belehrte Palmer prompt: „Die Bahn ist für alle da, und dass sie mit Vielfalt wirbt, begrüße ich. Es zeigt die gesellschaftliche Realität.“ Vielleicht ist diese Realität noch nicht ganz erreicht, aber es wird mit Fleiß daran gearbeitet. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung griff jetzt die bunte Vielfalt in der Anzeige „Ich BAFÖG meine Zukunft“ auf. Gezeigt werden zwei junge Frauen und ein farbiger Mann. Burcu und Alina heißen die Frauen, Abib der Mann. Erneut wird die gesellschaftliche Realität der Vielfalt ins Bild gesetzt. Für Leser, denen die Namen Burcu und Abib noch nicht ganz geläufig sein sollten (man kann ja immer noch dazulernen), eine kleine Fortbildung. Der türkische Frauenname „Burcu“ bedeutet „Wohlgeruch“, „schöner Duft“. Der arabische Männername „Abib“ leitet sich vom „Ährenmonat“ ab. In der „gesellschaftlichen Realität“ finden sich diese Namen trotz ihres Wohlklanges allerdings noch eher etwas seltener. Eltern, die sich allein schon deshalb verdächtig machen, weil sie ihre Kinder gerne auf eine kostenpflichtige Privatschule schicken, suchen für den Nachwuchs andere Namen aus. Und Eltern, die die Privatschule nicht bezahlen können, suchen auch andere Namen aus. 2019 wurden Mädchen besonders häufig Emma, Mia, Hannah oder Hanna, Emilia und Lina genannt. Jungen dieses Jahrganges heißen Ben, Jonas, Paul, Henry oder Henri und Finn. Daraus lässt sich auch einiges zur „gesellschaftlichen Realität“ folgern. Irgendwie muss sie doch anders sein, als sie in der staatlichen Werbung vorzugsweise dargestellt wird.

Nein, Annegret Kramp-Karrenbauer hat nicht den Rausschmiss von Hans-Georg Maaßen aus der CDU gefordert. Überhaupt nicht. Wie kommen Sie denn auf sowas? Sie hat doch nur gesagt, dass es aus gutem Grund hohe Hürden gebe, jemanden aus einer Partei auszuschließen. Sie hat schließlich nicht gesagt, leider gebe es hohe Hürden. Und die CDU hat sie schon gar nicht erwähnt. Also bitte immer schön beim gesprochenen Wort bleiben. Dann hatte die CDU-Vorsitzende im nächsten Satz gesagt, sie sehe bei Herrn Maaßen keine Haltung, die ihn noch wirklich mit der CDU verbinde. Also auch da ist wieder nicht von einem Rausschmiss die Rede. Allenfalls ist das so zu verstehen: Maaßen kann doch gehen, wenn es ihm in der CDU nicht gefällt. Der aber denkt gar nicht daran. Offenbar halten andere in der CDU immer noch große Stücke auf ihn. Hätte sonst Sachsens Landtagspräsident Matthias Rößler den Verfassungsschützer im Ruhestand als Wahlkampfhelfer angefordert? Geht nicht das Gerücht, Maaßen werde Sachsens neuer Innenminister? Vielleicht können wir mit einer kleinen Formulierungshilfe Kramp-Karrenbauer aus der Patsche helfen. Heiner Geißler, seinerzeit CDU-Generalsekretär, hatte nach einer missglückten Äußerung in einem Interview, die aber leider mit einem Tonband aufgenommen und somit nicht zu bestreiten war, kurzerhand erklärt, es handele sich um eine an Verfälschung grenzende Fehlinterpretation. Das war noch hohe Schule des politischen Leugnens. Nicht diese lasche Verteidigung Kramp-Karrenbauers, sie habe nie den Parteiausschluss Maaßens gefordert. So sei das nicht gesagt worden. Um sich dann auf die Zunge zu beißen: Aber gemeint gewesen.

MEINUNGEN

***Matthias Iken**, stellvertretender Chefredakteur des „Hamburger Abendblattes“, **empört** sich in seiner Zeitung (11. August) über die „Maß- und Gnadenlosigkeit“ der **Kritiker von Clemens Tönnies**:*

„Es ist erschreckend, dass Akzentuierungen in der öffentlichen Empörung kaum noch möglich scheinen. So kritisiert Timo Reinfrank, Geschäftsführer der Stiftung Amadeu Antonio, die Aussagen Tönnies' als ‚nicht mehr im Rahmen des Tolerierbaren'. Das zeigt ein seltsames Toleranzverständnis: Wer bestimmt eigentlich, was noch gesagt und nicht mehr gesagt werden darf? Timo Reinfrank? Oder die Stiftung Amadeu Antonio? ... Die Sätze von Tönnies und sein Altherrenwitz sind peinlich. Aber Tönnies ist kein Integrationsminister, sondern Fleischfabrikant. Er hat seine Rede nicht bei einer Einbürgerungsfeier oder im Bundestag gehalten, sondern beim Tag des Handwerks in Paderborn. Für seinen Fehlgriff gab es dort keine Buhrufe, sondern Lacher und Applaus. Sind das auch alles Rassisten? Oder klingt seine Rede einfach anders als ein Zitat, das sich wie ein Lauffeuer auf Twitter und Facebook verbreitet? Als das Wort dann in der Welt war, begann in Politik und Medien ein Wettrüsten der Empörung. Einer schreit Rassist – und alle brüllen mit. Es ist ja auch so einfach – man stellt den Bösewicht (Tönnies) ins Aus und inszeniert sich als besserer, moralischer Mensch. Je härter man den bösen ‚Rassisten' kritisiert, umso edler steht man als Antirassist da.“

*Im Interview mit dem „Spiegel“ (33/2019) erklärt der Historiker **Andreas Wirsching**, warum **SPD und CDU** in der Wählergunst so weit **abgesackt** sind:*

„Die Ursachen der Erosion gehen zurück bis in die Achtzigerjahre. Die Parteien standen damals vor der Herausforderung eines gewaltigen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Strukturwandels – seit den Siebzigern mit Haushaltsdefiziten und hoher Arbeitslosigkeit. Als Reaktion hierauf haben die CDU unter Helmut Kohl wie auch die SPD – jede für sich und wenig unterscheidbar – ein Programm durchgezogen, das beim Wähler zu Enttäuschungen geführt hat. Mit dem Beginn der Globalisierung wurde den Bürgern bei sinkenden Reallöhnen ein enormer Anpassungsdruck abverlangt.“

***Jan Fleischhauer** wendet sich im „Focus“ (33/2019) **gegen Untergangsstimmungen** in der **Klimadebatte**:*

„Ich gebe zu, ich bin für die apokalyptische Weltsicht ungeeignet. Wahrscheinlich habe ich zu viel überlebt. Wer wie ich in den siebziger Jahren groß wurde, hat das Waldsterben und das Ozonloch überstanden, die Aids-Katastrophe, die nach ersten Berechnungen Teile der Weltbevölkerung hinwegraffen sollte, diverse Vogel- und Schweinegrippen und natürlich BSE, den Killer im Fleischklops. Aus der Tatsache, dass sich eine Prophezeiung nicht bewahrheitet hat, folgt nicht, dass es einen beim nächsten Mal nicht doch erwischen kann, ich weiß. Trotzdem bin ich für Endzeitprognosen verloren. Nennen Sie es einen Generationendefekt.“